

HRK-Jahresversammlung 2006  
**Die deutschen Hochschulen  
zwischen Bundesländern und  
Europa**

Greifswald, 4./5. Mai 2006

**Beiträge zur Hochschulpolitik 2/2007**

Diese Publikation dokumentiert  
die Jahresversammlung der  
Hochschulrektorenkonferenz  
im Mai 2006 in Greifswald.

This publication is a documentation of  
the Annual Meeting of the German  
Rectors' Conference, held in  
May 2006 in Greifswald.

**Beiträge zur Hochschulpolitik  
2/2007**

Herausgegeben von der  
Hochschulrektorenkonferenz

Redaktion:  
Dr. Ulrich Meyer-Doeringhaus, Petra Löllgen

Ahrstr. 39, 53175 Bonn  
Tel.: 0228/887-0  
Fax: 0228/887-110  
[www.hrk.de](http://www.hrk.de)

Bonn, Februar 2007

Nachdruck und Verwendung in  
elektronischen Systemen – auch  
auszugsweise – nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung durch die  
Hochschulrektorenkonferenz.

Reprinting and use in electronic systems of  
this document or extracts from it are subject  
to the prior written approval of the German  
Rectors' Conference.

**ISBN 3-938738-30-8**

# Inhaltsverzeichnis

## **Eröffnungsveranstaltung**

Greifswalder Dom

Eröffnung

**Professor Dr. Margret Wintermantel** 7

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Begrüßung

**Dr. Harald Ringstorff** 11

Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern

**Professor Dr. Rainer Westermann** 17

Rektor der Universität Greifswald

Grußworte

**Ute Erdsiek-Rave** 24

Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder

**Andreas Storm** 32

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Festvortrag

Einführung

**Professor Dr. Margret Wintermantel** 40

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Festvortrag

**Professor Dr. Fotis C. Kafatos** 41

Imperial College London

Vorsitzender des wissenschaftlichen Rats des europäischen  
Forschungsrates (ERC)

**Verleihung des Ars legendi-Preises  
für exzellente Hochschullehre**

<b>Einführung von Dr. Arend Oetker</b>	51
Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft	
<b>Ansprache von Professor Dr. Helmut Ruppert</b>	55
Präsident der Universität Bayreuth, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz	
<b>Laudatio der Ars legendi-Preisträger durch Professor Dr. Dietrich Niethammer</b>	58
ehemaliger Vorsitzender des Medizinausschusses des Wissenschaftsrates	
Dankesworte der Ars legendi-Preisträger	
<b>Dr. Sigrid Harendza</b>	63
Medizinische Fakultät der Universität Hamburg	
<b>Professor Dr. Reinhard Putz</b>	65
Ludwig-Maximilians-Universität München	

**Arbeitsitzung**

Vortrag	
<b>Entgrenzung der Wissenschaften und Prämissen des europäischen Wissenschaftsraums: Anregungen zur Gestaltung des Europäischen Forschungsrats</b>	
<b>Professor Dr. Armin von Bogdandy, M.A.</b>	69
Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht, Heidelberg	

Kurzvorträge	
<b>Hochschulausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Europa – Sind der europäische Arbeitsmarkt und der europäische Hochschulraum synchron?</b>	
<b>Professor Dr. Dieter Jahn</b>	91
BASF Aktiengesellschaft, Abteilungsdirektor GOH – Hochschulbeziehungen und Forschungsplanung, Ludwigshafen	
<b>Karl Dittrich</b>	95
Vorsitzender der Niederländisch-Flämischen Akkreditierungsorganisation	
<b>Schlusswort</b>	
Hochschulen – Architekten eines neuen Europa	
<b>Professor Dr. Margret Wintermantel</b>	100
Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz	
<b>Teilnehmerliste</b>	107



# Eröffnungsveranstaltung

## Eröffnung

**Professor Dr. Margret Wintermantel**

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Ministerin,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär,  
sehr geehrte Rektorinnen und Rektoren, Präsidentinnen und Präsidenten,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Jahre 2006 jährt sich zum 550. Mal der Gründungstag der Universität Greifswald. Ich danke dem Rektor, Herrn Kollegen Westermann, dass die Ernst-Moritz-Arndt-Universität der Hochschulrektorenkonferenz die ehrenvolle Aufgabe zugebracht hat, den Reigen der Feierlichkeiten mit ihrer Jahresversammlung zu eröffnen. Die schönen Blumen, die schöne Musik, das schöne Wetter – es ist alles sehr ehrenvoll, wunderschön bei Ihnen in Greifswald. Wir danken Ihnen dafür!

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität, die in ihrer wechselvollen Geschichte nicht nur für den norddeutschen Raum Bedeutung hatte, sondern auch als Kulturbrücke in den skandinavischen Raum, vor allem nach Schweden, diente, ist ähnlich wie meine Universität, die Universität des Saarlandes, vielleicht sogar aufgrund ihrer geografischen Lage noch exponierter – eine Hochschule im europäischen Grenzraum. Für diese Hochschulen gilt es, ungeachtet des Aufeinanderstoßens nationaler Interessen die Verständigung über Grenzen hinweg zu initiieren, durch Hochschulbildung und Wissenschaft die Beziehungen zu den Nachbarn, also hier in den gesamten Ostseeraum und zu den östlichen Nachbarn, zu verbessern. Was läge da näher als das Thema ‚Europa‘ in den

Mittelpunkt der Diskussionen der diesjährigen Jahresversammlung zu stellen?

Es wäre sicherlich verfehlt, zu Beginn dieser Tagung und vor den Begrüßungsworten unserer Ehrengäste, allen voran des Herrn Ministerpräsidenten, der uns die Ehre seiner Anwesenheit gibt, Einzelaspekte des Themas „Die deutschen Hochschulen zwischen Bundesländern und Europa“ aufzugreifen und näher zu beleuchten. Er hat übrigens in Rostock studiert, und wie er mir eben sagte, ist die Universität sogar noch ein bisschen älter, Herr Westermann. Doch ich will ganz kurz vor der Begrüßung der Gäste und Redner den Themenbogen, der sich vor uns aufspannt, beleuchten.

Europa, vor allem die Europäische Union, setzt große Erwartungen in die Wissenschaften. Wissenschaft, Forschung und Innovation sollen Europa beflügeln, sollen Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen. Die nationalen Regierungen sind aufgerufen, den Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt, die für Wissenschaft und Forschung verausgabt werden, deutlich, und zwar auf drei Prozent, zu steigern. Man hofft, nicht nur den USA, sondern auch dem asiatischen Raum, der sich mit enormen Anstrengungen gerade im Bereich der Wissenschaft wirtschaftlich auf der Überholspur befindet, Paroli bieten zu können. Neue Konzepte und Institutionen werden entwickelt – ich erwähne hier nur das European Research Council oder das European Institute of Technology, mit denen wir uns im Verlauf der Tagung noch genauer auseinander setzen werden –, um Kräfte zu bündeln und die Leistungsfähigkeit im Bereich von Wissenschaft und Forschung nachhaltig zu steigern. Gleichzeitig sind wir dabei, die nationalen Bildungssysteme kompatibler zu machen. Wir führen intensive Debatten über das System gestufter Abschlüsse, über die angemessene Qualitätssicherung, über die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Promotionsstudiengängen und Promotionsprogrammen und Research Training und über die geeignete Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft bei Forschung und Entwicklung. Die Europäisierung stößt aber auch auf Bedenken. Wie viel nationale Identität geben wir auf? Grenzt das Bemühen um größere Kompatibilität der nationalen Systeme nicht an Vereinheitlichung, die wir ja gar nicht



wollen? Geben wir zu viel an gewachsenen Strukturen, Traditionen, Kulturen und Identitäten um Europa willen auf? Finden wir als Hochschulen mit unserem großen Wissen und unserer Kompetenz selbst eine Antwort auf diese drängenden Fragen? Können vielleicht unsere Kulturwissenschaftler, unsere Historiker, unsere Juristen, unsere Judaisten, wie wir gestern gehört haben, den Weg zu einer Balance zwischen Annäherung der Systeme und Beibehaltung und Nutzung nationaler Eigenheiten weisen? Können sie das?

Diese Frage hat im föderalen Staat Bundesrepublik Deutschland eine besondere Bewandtnis. Der Begriff des Wettbewerbsföderalismus hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr durchgesetzt. Durch Konkurrenz der Länder sollen die Schwächen unseres Bildungssystems behoben, soll die Leistungsfähigkeit des Systems signifikant gesteigert werden. Verfolgen wir als Deutsche deshalb jetzt parallel zwei ganz unterschiedliche Konzepte – Angleichung, Harmonisierung der Strukturen im europäischen Raum und zunehmende Divergenz Deutschlands? Wie verträgt sich das eigentlich? Oder handelt es sich nur um einen scheinbaren Widerspruch? Auf diese Frage hoffen wir heute und morgen Antworten zu finden.

Ich danke all jenen, die dazu einen besonderen Beitrag leisten und heute und morgen zu uns sprechen werden. An erster Stelle nenne ich noch mal Herrn Ministerpräsidenten Ringstorff, der uns gleich begrüßen wird, den Herrn Oberbürgermeister, der uns gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten heute Abend zu einem Empfang im Pommerschen Landesmuseum eingeladen hat. Ich danke ausdrücklich der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, die aus Kiel angereist ist, sehr schnell über die neue Autobahn, und Herrn Staatssekretär Storm aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Dankbar begrüße ich den Hausherrn, Herrn Professor Westermann, unseren Festredner Herrn Professor Kafatos und Herrn Oetker, der zu uns gekommen ist oder kommen wird, um im Rahmen dieser festlichen Eröffnungsveranstaltung den vom Stifterverband gestifteten und erstmals vergebenen Preis Ars legendi für die beste Hochschullehre zu verleihen. Wenn auch noch auf dem Wege zu uns, schließe ich in meinen Dank ebenfalls die Redner des morgigen Tages,

allen voran Herrn von Bogdandy, aber auch Herrn Dittrich, Herrn Jahn und Herrn Wasserhövel ein.

Ich freue mich außerordentlich, dass Sie sich Zeit genommen haben, nach Greifswald zu kommen und mit den Rektorinnen und Rektoren, Präsidentinnen und Präsidenten und der Vielzahl der Gäste aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft aus dem In- und Ausland zu diskutieren. Mein Gruß und Dank gilt auch dem Kammerchor, der sich kaum hat sehen lassen, aber hören lassen, des Instituts für Kirchenmusik und Musikwissenschaft unter Leitung von Herrn Professor Modeß, dem Universitäts-Sinfonie-Orchester unter Leitung von Herrn Braun.

Da es mir nicht gelingen wird, die sehr vielen würdigen Persönlichkeiten, die darüber hinaus eine namentliche, persönliche Begrüßung verdient hätten, einzeln aufzuführen, begrüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Mitglieder und Gäste der Hochschulrektorenkonferenz auf das Herzlichste. Ich wünsche uns einen angeregten Gedankenaustausch.

## Begrüßung

### **Dr. Harald Ringstorff**

Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Frau Professor Wintermantel,  
sehr geehrte Mitglieder und Gäste der Hochschulrektorenkonferenz,  
sehr geehrte Frau Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Erdsiek-Rave,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates des europäischen Forschungsrates, Herr Professor Kafatos,  
sehr geehrter Herr Präsident des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft, Herr Dr. Oetker,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Storm,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister König,  
sehr geehrter Herr Rektor Westermann,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie herzlich willkommen in unserem schönen Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind stolz darauf, die Hochschulrektorenkonferenz in diesem Jahr in der Hansestadt Greifswald zu Gast zu haben. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, die Hochschulrektorenkonferenz anzulocken. Für manchen ist die Reise in den nordöstlichen Zipfel der Republik vielleicht immer noch ein bisschen exotisch, weil er bei Greifswald eher an romantische Bilder von Caspar David Friedrich als an Spitzenforschung denkt. Aber das ist das Gute an Greifswald, wir können mit Fug und Recht sagen, hier verträgt sich beides ganz hervorragend.

Umso schöner ist es, dass es uns in diesem Jubiläumsjahr gelungen ist, Sie nach Greifswald einzuladen. Mit 550 Jahren Geschichte kann aber auch nur eine Handvoll deutscher Universitäten Eindruck machen. Die Universität Greifswald ist eine der ältesten Hochschulen in Deutschland und nach der Rostocker Universität, die 1419 gegründet wurde, die zweitälteste im Ostseeraum. Weltoffenheit hat hier eine lange Tradition. Schon in ihrer Frühzeit zog die Greifswalder Alma mater auch für damalige Verhältnisse bemerkenswert viele nordeuropäische Professoren

und Studenten an. Aber nicht nur das. Als nach dem Dreißigjährigen Krieg Vorpommern unter schwedische Herrschaft kam, war sie über 150 Jahre lang die älteste schwedische Universität. Nach dem Wiener Kongress 1815 wurde aus der ältesten schwedischen die älteste preußische Universität. Besonders die Medizin entwickelte sich damals rasant. Die Medizinische Fakultät in Greifswald und ihre Kliniken standen denen in Berlin kaum nach, und manch ein Gelehrter, der später in Berlin brillierte, hatte sich seine Sporen in Greifswald verdient.

Die Universität Greifswald ist stolz auf ihre reiche Geschichte, doch ich glaube, selten zuvor hat sich in so kurzer Zeit so viel getan wie in den Jahren seit der Wende. Heute, in ihrem Jubiläumsjahr, präsentiert sich die Greifswalder Universität als lebendiger und aufstrebender Wissenschaftsstandort – eine Universität mit Tradition, aber auch mit Zukunft.

Seit der Wiedervereinigung hat sich in Mecklenburg-Vorpommern eine kleine, aber feine Hochschul- und Forschungslandschaft entwickelt. Dazu gehören die beiden Universitäten Rostock und Greifswald, die neu entstandenen Fachhochschulen Stralsund, Wismar und Neubrandenburg und die Hochschule für Musik und Theater in Rostock. Mecklenburg-Vorpommern tut schon seit Jahren alles, was in seinen Kräften steht, um seine Hochschullandschaft auf den modernsten Stand zu bringen. In Greifswald entsteht beispielsweise das modernste Uniklinikum Deutschlands. Hier werde „die Reform der Medizinausbildung in Beton gegossen“, so schrieb ‚DIE ZEIT‘ zur Einweihung des ersten Bauabschnittes vor zwei Jahren.

Aus den Hochschulen und um die Hochschulen herum sind eine ganze Reihe hochkarätiger Forschungsinstitute und Technologiezentren entstanden. Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik oder das Biotechnikum in Greifswald, die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere auf der Insel Riems hier in der Nähe oder das Institut für organische Katalyseforschung in Rostock oder die geballte Life-Science-Kompetenz im BioCon Valley in Mecklenburg-Vorpommern sind dafür gute Beispiele.

Für ein noch strukturschwaches Land wie Mecklenburg-Vorpommern kommt den Hochschulen als Motoren für Bildung, Innovation und wirtschaftlichen Fortschritt eine enorme Bedeutung zu. Entscheidend ist für uns daher eine im bundesweiten und internationalen Vergleich leistungsfähige, zukunftsorientierte, aber auch finanzierte Hochschulstruktur zu schaffen. Uns allen ist klar, die deutschen Hochschulen stehen in einem harten Wettbewerb untereinander, europaweit, weltweit. Jede einzelne muss sich fragen, wodurch sie sich auszeichnet, welche Vorzüge sie verkörpert, wofür sie steht. Nur durch Konzentration auf ihre Stärken können die Hochschulen internationale Spitzenklasse erreichen. Wer in allen Fächern in der Bundesliga spielen möchte, steigt schnell in die Regionalliga ab.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage auch in Mecklenburg-Vorpommern kommen die Hochschulen um eine Konzentration und Bündelung ihrer Ressourcen nicht herum. Mit der Hochschulentwicklungsplanung und dem neuen Hochschulgesetz hat die Landesregierung gute Voraussetzungen dafür geschaffen. Dass die zum Teil einschneidenden Veränderungen nicht ohne Reibung vonstatten gehen, ist verständlich. Dennoch ist es gelungen, gemeinsam mit fünf der sechs Hochschulen übergreifende und spezielle Entwicklungsziele zu vereinbaren. Eine Zielvereinbarung mit der Universität Rostock kam nicht zustande. Das finde ich bedauerlich, weil hier ein langer Diskussionsprozess mit der Universität Rostock nicht zu den Zielen geführt hat, die erreichbar gewesen wären. Zur Sicherstellung eines landesweit abgestimmten und bedarfsgerechten Lehr- und Forschungsangebotes in Mecklenburg-Vorpommern ist es daher notwendig, in diesem Fall eine Zielvorgabe zu erlassen. Bei den Entwicklungszielen geht es zum Beispiel um verstärkte Profilierung. Das gilt nicht nur in fachlicher, sondern auch in funktionaler Hinsicht, etwa: Wie gewichtet man Forschung oder Lehre? Für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern spielen die Hochschulen zudem eine wichtige Rolle, um den notwendigen Strukturwandel weiter voranzubringen.

Unser Ziel ist es daher, unsere Hochschulen noch stärker auf die zentralen Bereiche der Landesentwicklung, auf innovative Branchen und unternehmerisches Potenzial auszurichten. Es geht um eine weitere

Strukturierung und Koordinierung der Hochschullandschaft, auch um eine noch engere Vernetzung mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Wirtschaft im Rahmen von Drittmittelprojekten, Angeboten zur Weiterbildung und neuen Finanzierungsinstrumenten. Es geht um verstärkte Internationalisierung.

Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind bereits seit einigen Jahren dabei, den Bologna-Prozess erfolgreich umzusetzen. Bei der Umstellung der bisherigen Studiengänge auf das zweistufige Graduiertensystem mit Bachelor- und Masterabschlüssen zählt die Universität Greifswald deutschlandweit zu den Vorreitern und genießt nicht zuletzt wegen dieser konsequenten Reformbemühungen eine hohe Wertschätzung in der Hochschulrektorenkonferenz.

Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschul- und Forschungsraumes ist ein hohes und erstrebenswertes Ziel. Viel hängt davon ab – und mit diesem Thema werden Sie sich morgen Vormittag beschäftigen –, dass es gelingt, sowohl die Marktgängigkeit der neuen Hochschulabschlüsse sicherzustellen als auch die Ausbildung eines hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses für Deutschland und Europa zu gewährleisten.

Gerade Universitäten wie Rostock und Greifswald mit ihrer langen Geschichte als geistige Brückenköpfe im Ostseeraum sind auf internationale Öffnung und Abstimmung besonders angewiesen. Weltoffenheit bedeutet für die Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns Tradition und Zukunft.

Natürlich geht es auch um die finanziellen Aussichten der Hochschulen. Trotz Sparhaushalt haben wir den Hochschulen nicht nur eine stabile Mittelausstattung gesichert, sondern dazu noch einen Aufwuchs von 1,5 Prozent pro Jahr. Das Geld, das durch den notwendigen Stellenabbau frei wird, bleibt im System. Die Hochschulen haben dadurch mehr Geld zur Verfügung, das nicht durch Personalkosten gebunden ist.

Die Finanzierung seiner Hochschulen ist für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ein gewaltiger Kraftakt. Das gilt verstärkt vor

dem Hintergrund der notwendigen Hauskonsolidierung, der degressiven Ausgestaltung der Solidarpaktmittel und der Föderalismusreform, durch die künftig die gemeinschaftliche Finanzierung von Hochschulbau und Forschungs Großgeräten abgeschafft werden soll. In der Diskussion um die föderale Neuordnung hat die HRK genauso wie unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern eindrucklich vor dem Rückzug des Bundes aus der Verantwortung für das Hochschulwesen gewarnt. Die Gefahr ist groß, dass dadurch die Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschullandschaft gefährdet und regionale Ungleichgewichte in der deutschen Forschungslandschaft weiter vertieft werden. Eine Kompensation für bisher gezahlte Bundesmittel wird in Höhe von 70 Prozent vorgenommen, festgeschrieben bis zum Jahr 2013. Wenn 30 Prozent der bisherigen Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau künftig beim Bund zur Förderung konkreter Forschungsprojekte verbleiben, sind nach den bisher erörterten Kriterien Länder mit großen Universitäten und etablierten Instituten klar im Vorteil.

Im Sinne der ursprünglichen Verabredung einer langfristigen Erhaltung von Volumen und Status quo der Finanzausstattung der Länder dringt Mecklenburg-Vorpommern hier nachdrücklich darauf, dass es für alle Länder eine realistische Chance gibt, an der neu gestalteten gemeinsamen Forschungsförderung teilzuhaben. Hier muss in der Föderalismusreform unserer Meinung nach nachgesteuert werden. Dafür setzen wir uns ein. Wichtig ist, dass auch künftig gemeinsame Sonderprogramme von Bund und Ländern möglich sind, um besondere Situationen zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, die deutschen Hochschulen stehen vor großen Herausforderungen. Im Spannungsfeld zwischen Föderalismusreform einerseits und Bologna-Prozess andererseits haben sie eine Fülle heißer Eisen auf Ihrem Programm. Ich glaube, umso besser ist Greifswald als Tagungsort gewählt. Hier an Bord weht immer eine frische Brise. Das ist ideal nicht nur für Segler und Surfer, sondern auch für überanstrengte Köpfe und erhitzte Gemüter.

Ich wünsche Ihrer Jahresversammlung einen guten Verlauf und Ihnen allen einen schönen Aufenthalt in der schönen Hansestadt Greifswald in unserem schönen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Herzlichen Dank!



**Professor Dr. Rainer Westermann**

Rektor der Universität Greifswald

Frau Präsidentin,  
Frau Ministerin,  
Herr Ministerpräsident,  
Staatssekretär,  
Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald freue ich mich heute besonders, Sie alle hier zur Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz begrüßen zu dürfen. Ich danke der Hochschulrektorenkonferenz, dass Sie meine Einladung angenommen hat, Ihre Jahresversammlung in diesem Jahr 2006 hier in Greifswald abzuhalten.

Sie sind hier Gast einer Universität, die vergleichsweise alt ist. Sie sind hier Gast einer Universität, die vergleichsweise klein ist. Sie werden es bemerkt haben, Sie sind hier Gast einer Universität, die vergleichsweise abgelegen im Nordosten Deutschlands liegt. Greifswald ist die zweitälteste Universität des Ostseeraums. Im Jahre 1456 wurde sie als Pommersche Landesuniversität gegründet. Dieses Jahr feiern wird unser 550. Gründungsjubiläum.

Eröffnet wurde die Greifswalder Universität am 17. Oktober vor genau 550 Jahren, und genau hier an diesem Ort im Dom Sankt Nikolai. Deshalb werden wir auch am 17. Oktober in diesem Jahr unseren Festakt hier an diesem Ort begehen.

Wenn es einen Vater dieser Universität gibt, dann ist das Heinrich Rubenow, der damalige Greifswalder Bürgermeister. Heinrich Rubenow wurde auch der erste Rektor der Universität. Er machte sich allerdings, wie das bei manchen Bürgermeistern und Rektoren so ist, auch viele Feinde. In der Silvesternacht 1462 wurde er dann auch erschlagen im

Rathaus mit einem Beil. Das ist glücklicherweise aber auch der einzige Fall geblieben. Das hätten wir also hinter uns, das steht den anderen noch bevor.

Während des Dreißigjährigen Krieges vermachte der Pommersche Herzog Borislav XIV. der Universität das Kloster Eldena mit 14.000 Hektar Land. Diese generöse Schenkung hatte einen relativ modernen Grund. Der Herzog konnte nämlich aus seinen liquiden Mitteln die Kosten für die Universität nicht mehr bezahlen und hat von daher das Vermögen verschenkt. Die Universität Greifswald lebte übrigens bis Ende des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen von den Erträgen genau dieses Vermögens.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es der Universität allerdings ebenso wie den meisten Großgrundbesitzern – sie wurden nämlich enteignet. Von daher sind uns inzwischen von diesen 14.000 Hektar nur noch 7.000 übrig geblieben, was allerdings auch noch eine ganze Menge ist. Wir haben also viel Wald, viel Wiesen, viel Feld; wir haben sehr viele verfallene Gutshäuser, Ställe und Scheunen. Wer sich dafür interessiert, der möge sich mit uns in Verbindung setzen. Wir verkaufen das gerne und billig. Denn große Gewinne lassen sich mit diesem Landbesitz heute natürlich nicht mehr erzielen. Allerdings: Uns gehören auch einige unserer Universitätsbauten, also die Bauten, die wir für universitäre Zwecke nutzen, was uns mitunter eine erfreuliche Unabhängigkeit von der staatlichen Bauverwaltung gibt.

Die Universität ist auch Eigentümerin bedeutender Kunstschatze. Unser größter Schatz ist der Croy-Teppich aus dem 16. Jahrhundert. Den können sie im Pommerschen Landesmuseum besichtigen, in dem nachher der Empfang des Ministerpräsidenten und des Oberbürgermeisters stattfindet.

Als Folge des Dreißigjährigen Krieges, wir haben es bereits gehört, fiel die Greifswalder Universität wie ganz Vorpommern 1648 an Schweden.

Unsere Universität trägt den Namen von Ernst Moritz Arndt. Er war Historiker und lehrte bis 1811 hier in Greifswald, ging dann anschließend

nach Bonn. Durch seine Veröffentlichungen hat er dazu beigetragen, dass die Leibeigenschaft in Schwedisch-Pommern 1806 aufgehoben wurde und dass sich Deutschland 1813 gegen die napoleonische Fremdherrschaft erhob. Ernst Moritz Arndt ist aber auch eine umstrittene Persönlichkeit. Wie vielen seiner Zeitgenossen waren ihm fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen keineswegs fremd.

1815 ging Schwedisch-Pommern dann in preußischen Besitz über, und wir wurden von der ältesten schwedischen Universität damit verwandelt in die älteste preußische Universität.

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg ging der bisher einzige Nobelpreis nach Greifswald. Ausgezeichnet wurde der Physiker Johannes Stark. Auch heute noch ist die Physik einer unserer Forschungsschwerpunkte hier in Greifswald mit zwei An-Instituten, einem Leibniz- und einem Max-Planck-Institut. Leider war auch der Nobelpreisträger Johannes Stark eine etwas problematische Persönlichkeit. Er war nämlich nicht nur ein guter Physiker, sondern auch einer der Hauptproponenten der antisemitischen deutschen oder, wie sie sich manchmal auch nannte, arischen Physik, der vehement gegen die Relativitäts- und gegen die Quantentheorie polemisierte – nicht aus wissenschaftlichen, sondern aus rassistischen Gründen.

Da Greifswald im Zweiten Weltkrieg nur relativ geringfügig zerstört wurde, konnte auch der Lehrbetrieb dann relativ schnell wieder aufgenommen werden, allerdings ohne die Rechtswissenschaften. Trotz aller Einschränkungen und Behinderungen wurde in den Jahren der DDR in vielen Teilen der Universität gute Forschung und gute Lehre betrieben. Das sieht man unter anderem auch daran, dass einige der gegenwärtig erfolgreichsten Forscherpersönlichkeiten unserer Universität seit Jahrzehnten hier in Greifswald arbeiten.

Das Ende der DDR und die Vereinigung zogen naturgemäß einen enormen Umbruch für die Universität nach sich. Viele mussten ihre Tätigkeit an der Universität beenden, anderen kamen neu nach Greifswald. Einige Fachrichtungen verschwanden, andere wurden neu aufgebaut. Es wurde auch viel gebaut und renoviert. Vor vier Jahren

wurde eine moderne Universitätsbibliothek eingeweiht, in ihrer Nähe entsteht das modernste Universitätsklinikum Deutschlands. Der erste Abschnitt dieses Uniklinikums ist bereits in Betrieb, der zweite Abschnitt ist im Bau. Unser Universitätsklinikum ist übrigens eins der relativ wenigen in Deutschland, das ohne Verluste arbeitet, dem Land also nicht auf der Tasche liegt.

Auf dem neuen Campus am Berthold-Beitz-Platz entstehen auch gerade der Neubau des Instituts für Biochemie und der Neubau des Instituts für Physik. Wir haben es dank der Finanzierung durch das Land glücklicherweise auch geschafft, dass rechtzeitig zum Jubiläum unser Hauptgebäude mit der schönen barocken Aula saniert worden ist und auch fast fertig ist. Das Hauptgebäude und die Aula wurden übrigens vor gut 250 Jahren durch den schwedischen König eröffnet.

Die Universität Greifswald ist vergleichsweise klein. Gegenwärtig haben wir gut 200 Professuren und gut 10.000 Studierende. Seit 1990 hat sich die Zahl der Studierenden an der Universität Greifswald mehr als verdreifacht. Über die Hälfte der gegenwärtig Studierenden kommt übrigens aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland. Dass unsere Universität sehr attraktiv für Studierende ist, zeigen auch immer wieder Umfragen und Ranglisten, die beispielsweise vom Centrum für Hochschulentwicklung durchgeführt worden sind oder werden und die neuerdings in der ‚ZEIT‘ veröffentlicht werden. Wir haben einmal die Ergebnisse der letzten Jahre für die Universität addiert, noch nicht die neuesten, so schnell war ich nicht, sondern die der letzten Jahre. Da wurden 17 Fächer bewertet, und es gab insgesamt 76 Bewertungskriterien. Es war so, dass in 42 Prozent aller Bewertungen Greifswald in der Spitzengruppe liegt, in weiteren 45 Prozent der Bewertungen in der Mittelgruppe und nur in 13 Prozent der Bewertungen in der Schlussgruppe. Das hat unter anderem dazu geführt, dass in der Länderwertung Mecklenburg-Vorpommern 2004 den dritten Platz erreicht hat im 17er Ranking nach Baden-Württemberg und nach Bayern.

In der Forschung müssen wir dagegen noch erheblich aufholen. Die Universität Greifswald hat 2005 etwa 21 Millionen Euro aus eingeworbenen Drittmitteln zur Verfügung gehabt. Das sind immerhin

mehr als doppelt so viele wie vor sechs Jahren. In der Rangliste der Drittmittel pro Professur oder pro Wissenschaftlerstelle liegen wir allerdings noch ziemlich weit hinten. Es ist uns immer nur ein geringer Trost, dass unsere Nachbaruniversität Rostock uns dort Gesellschaft leistet, aber wir wissen, wir müssen dort besser werden. Allerdings: Relativiert man die Drittmittel auf den Landeszuschuss, den wir bekommen, also auf das, was das Land für die einzelnen Fächer aufwendet, dann sieht die Sache gar nicht so schlecht aus. Denn dann liegen wir oft im Mittelfeld, manchmal sogar ziemlich weit oben an der Spitze.

Gegenwärtig sind wir an drei Sonderforschungsbereichen als Haupt- oder als Mit Antragsteller beteiligt, die alle in den letzten zwei Jahren bewilligt worden sind. Ein weiterer Sonderforschungsbereich ist in der Begutachtung und wird demnächst von der Deutschen Forschungsgemeinschaft beschieden – ich hoffe, positiv.

In der ersten Runde der Exzellenzinitiative sind wir leider nicht erfolgreich gewesen. Das gilt bekanntlich für viele kleine Universitäten, insbesondere in den ost- und norddeutschen Ländern. Das war dem damals scheidenden Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, dem Kollegen Max Einhüpl, Anlass für eine besondere Warnung. Seiner Meinung nach stehen die Hochschulen in Ostdeutschland vor schwierigen Zeiten. „Wir müssen aufpassen“, so wird er in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ vom 01. Februar dieses Jahres zitiert, „dass wir nicht in Ostdeutschland eine Steppe bekommen und sich in Süddeutschland die gesamte Macht ballt bezogen auf die Universitäten.“ Als Gründe für das schwache Abschneiden der ostdeutschen Universitäten in der Exzellenzinitiative führt er an: das schwache wirtschaftliche Umfeld, der Geburtenrückgang und die Abwanderung und die nicht ausreichenden Lebensumstände.

Aus Greifswalder Sicht noch wichtiger sind allerdings die Probleme mit den Finanzen und die Probleme mit den Strukturen, die wir als kleine ostdeutsche Universität haben. Einerseits haben wir ein traditionelles breites Fächerspektrum von der Amerikanistik bis zur Zahnmedizin. Andererseits haben wir ein sehr schmales Budget an Personal- und Sachausgaben. Beides zusammen genommen führt dazu, dass in

Greifswald fast alle Fächer im bundesweiten Vergleich sehr schlecht mit Räumen, mit Personal und mit Sachmitteln ausgestattet sind. Hinzu kommt, dass Landesregierung und Landtag wegen der stark sinkenden Einnahmen des Landes beschlossen haben, dass wir bis 2017 knapp 20 Prozent unserer Personalstellen wegfallen lassen müssen. Wir haben gegen Stellenkürzungen im Bildungsbereich zusammen mit vielen anderen immer wieder seit Jahren argumentiert und protestiert, wir konnten sie aber leider nicht verhindern.

Deshalb haben wir hier in Greifswald die notwendigen Konsequenzen gezogen und gehen unsere Finanz- und unsere Strukturprobleme offensiv und aktiv an. Einerseits versuchen wir, die Qualität unserer Forschung und Lehre gezielt zu stärken. Wesentlich zur Erreichung dieses Ziels ist meines Erachtens eine aktive Berufungs- und Bleibepolitik. In der Tat haben wir in mehreren Fällen Leistungsträger, die einen Ruf nach außerhalb erhalten hatten, dazu bewegen können, ihre Arbeit in Greifswald fortzusetzen. Dazu müssen natürlich mitunter erhebliche Mittel umgeschichtet werden, manchmal muss man auch ungewöhnliche Wege gehen. Aber ich denke, der Erfolg in diesen Bemühungen gibt uns Recht. Zweitens haben wir zur Sicherung der Qualität in Forschung und Lehre unsere Fächerstruktur zielgerichtet umgebaut. Wir haben die erforderlichen Kürzungen nicht proportional auf alle Bereiche verteilt, sondern einige mehr geschont als andere. Ziel war es, eine Struktur von Fächern zu schaffen, die eng aufeinander bezogen werden können und der Universität ein deutliches Profil verleihen. Dabei ist das Rektorat nicht nur auf Unterstützung gestoßen, sondern wir haben auch massiven Widerstand erleiden müssen. Widerstand kam aus der Universität selber, kam aus der Stadt, kam aus der Politik – also von überallher, wo man sich denken kann. Allerdings haben wir nach einigen Modifikationen schließlich für unsere Ideen dann doch sowohl die Zustimmung der Universität, des Senates bekommen als auch die Billigung der Landesregierung, die dann in eine Zielvereinbarung eingemündet sind.

Das verkleinerte, aber immer noch breite Fächerspektrum der Universität Greifswald wird sich künftig in vier Schwerpunkte gliedern: Der erste sind die Lebenswissenschaften von der Medizin über die Biochemie bis zur Psychologie; der zweite sind Physik und Geowissenschaften; der dritte

sind die Kulturwissenschaften mit einem deutlichen Schwerpunkt im Bereich Nord- und Osteuropa, allerdings auch mit traditionellen Fächern wie Germanistik und Geschichte; der vierte ist der Bereich Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaftlehre und Politikwissenschaft, ebenfalls mit einem Schwerpunkt im Bereich Nordosteuropa und in einem anderen Bereich Gesundheit. Auf der anderen Seite haben wir einige Arbeitsrichtungen aufgeben müssen, beispielsweise Sport, Altertum, Romanistik und weitgehend auch die Lehrerbildung.

Sie sehen, die Universität Greifswald gehört zu den ältesten und kleinsten Universitäten Deutschlands. Wir haben Strukturprobleme, wir haben Finanzprobleme, gehen diese aber offensiv an. Unser Ziel ist klar: Wir wollen international anerkannte Forschung betreiben und attraktive Lehre anbieten. Deshalb ist Greifswald ein guter Ort, um die Probleme der deutschen Hochschulen in den gesellschaftlichen Fokus und in den europäischen Kontext zu rücken. Ich heiße Sie herzlich willkommen und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## Grußworte

### Ute Erdsiek-Rave

Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder

Sehr geehrte Frau Professor Wintermantel, Frau Präsidentin,  
Herr Ministerpräsident, lieber Harald Ringstorff,  
sehr geehrter Herr Rektor Westermann,  
Herr Oberbürgermeister,  
Herr Staatssekretär,  
verehrte Delegierte dieser Frühjahrspalenartagung,  
verehrte Gäste,

ich freue mich, sehr geehrte Frau Professor Wintermantel, dass ich Ihnen auch im Namen aller meiner Kolleginnen und Kollegen in der KMK auch noch mal an dieser Stelle ganz persönlich zur Übernahme Ihres Amtes gratulieren darf. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und uns gemeinsam eine erfolgreiche Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen HRK und KMK. Sie ist nötiger denn je. Und wenn ich jetzt sage, wir stehen gemeinsam vor großen Herausforderungen, so ist das zwar eine beliebte Redefigur am Beginn eines solchen Grußwortes, aber es ist, glaube ich, in diesem Fall mehr zutreffend als jemals zuvor.

Da ist zum einen die Verpflichtung gegenüber Europa, den Bologna-Prozess bis 2010 weitgehend zu realisieren. Da ist die Pflicht, die Studierendenquote und die Bildungsausgaben in Deutschland zu erhöhen. Da sind die Veränderungen, die zwischen Bund und Ländern aus der Föderalismusreform entstehen und auf die sich die Länder derzeit vorbereiten und die mittelbar und unmittelbar zu erheblichen Veränderungen führen und mit erheblichen Auswirkungen verbunden sind. Da sind nicht zuletzt Veränderungen in den Ländern selbst. Von den demografischen Entwicklungen ist hier schon gesprochen worden, aber das gilt natürlich nicht nur für den Osten, sondern das gilt für eine demografische Entwicklung in Deutschland insgesamt, verbunden mit der fast in allen Bundesländern bereits eingeleiteten oder bevorstehenden Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Sie wird zwischen 2007 und 2018



zu einem deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen führen. Ich sage das hier aus gutem Grunde noch einmal, weil gelegentlich behauptet wird, dies sei Zweckpropaganda. Nein, es ist nachrechenbar und nachlesbar. Es werden in den einzelnen Bundesländern zeitversetzt Doppeljahrgänge ihr Studium aufnehmen. Das beginnt 2007 in Sachsen-Anhalt und endet 2018. Dazwischen haben wir einen Höhepunkt oder man müsste besser sagen: ein Hochplateau, nämlich zwischen 2011 und 2014, nämlich dann, wenn die bevölkerungsreichsten Länder Deutschlands an der Reihe sind. Das sind zwei Studierendengenerationen. Niemand darf glauben, dass wir diesem Anstieg mit einer Art Untertunnelungsstrategie gerecht werden können, meine Damen und Herren.

Nicht zu vergessen die Konkurrenzsituation nicht nur im europäischen Hochschulbereich, also der Wettbewerb um die besten Köpfe bei den Lehrenden und bei den Studierenden, selbstverständlich auch bei Drittmitteln und Forschungsgeldern. In Klammern füge ich hinzu, und da bin ich mit dem Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern gewiss einig, ich sage das aus der Sicht eines ebenso strukturschwachen und finanzschwachen Bundeslandes: Diesen Wettbewerb sollten wir möglichst nicht über die Zuständigkeit der Länder in Besoldungsfragen austragen.

Diese europäischen und nationalen Herausforderungen sind aber zugleich auch Chancen. Studienstrukturen können neu bestimmt werden und dabei von Anfang an an den europäischen Grundsätzen der Mobilität, der Modularisierung, der Transparenz orientiert werden. Berufs- und Beschäftigungsfelder können vertieft und verändert werden. Weiterbildungsangebote, spezielle Weiterbildungsprofile können entwickelt werden. Und Hochschulen können sich – und sie tun das ja auch – neu aufstellen, wie man so schön sagt, zum Beispiel durch Schwerpunktbildung, durch interdisziplinäre, durch fach- und fakultätsübergreifende, durch hochschul- und sogar durch länderübergreifende Vernetzungen.

Ich weiß gewiss, es ist nicht einfach, diese anstehenden Herausforderungen sozusagen parallel zum laufenden Betrieb auch umzusetzen. Aber so sympathisch das Gedankenspiel auch ist, eine

Stunde Null, die Alternative, einen klaren Schnitt zu machen und einen einheitlichen Neuanfang zu wagen, die gibt es nicht. Der notwendige Umstellungsprozess verlangt jetzt von allen Beteiligten sehr viel. Aber ich bin überzeugt davon, dass am Ende die Vorteile überwiegen werden, vor allem dann, wenn es uns gelingt, wie bisher auch zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Sie sind dabei unser Partner auch im Prozess der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, der sich im Bildungs- und Hochschulbereich meiner Meinung nach am stärksten auswirken wird.

Lassen Sie mich einige kurze Bemerkungen dazu machen, wie man es in einer Situation machen kann, in der vieles noch im Fluss ist!

Meine Damen und Herren, die Wissenschaftsminister haben sich Anfang dieser Woche am Dienstag mit dem Bund über die Grundsätze, die möglichen Eckpunkte eines zu schließenden Hochschulpaktes unterhalten, um gerüstet zu sein für die unmittelbar anstehenden Aufgaben, die ich mit dem Anstieg der Studierendenzahlen ja angedeutet habe. Unser Ziel ist es dabei auch – und da bin ich als Landesministerin auch mit dem Ministerpräsidenten natürlich einer Meinung –, die negativen Effekte einer Föderalismusreform insbesondere für die kleinen und finanzschwachen Länder gilt es dabei soweit wie möglich abzumildern. Nun ist es in der Kultusministerkonferenz nicht anders als in der HRK auch: Es gibt unterschiedliche Auffassungen und Meinungen zu diesem Thema. Wir haben unsere Position allerdings nach dem Einstimmigkeitsprinzip zu bilden und nicht nach Mehrheit. Das wird für die Weiterentwicklung nach der Föderalismusreform durchaus ein hohes und wichtiges Gut sein, das will ich betonen.

Die KMK hat sich insgesamt also eine Position gebildet in der laufenden Diskussion und begrüßt grundsätzlich die klare Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht, auch die Entflechtung und die Vereinfachung der politischen Entscheidungsverfahren. Aber mehr Freiheit vom Bund, das heißt zugleich mehr Verantwortung für das Ganze und ist nicht umgekehrt ein Freibrief für jedes einzelne Bundesland. Das darf es nicht heißen, meine Damen und Herren!

Sie bereiten sich ja selbst in Ihrer Verantwortung auf das vor, was jetzt uns allen bevorsteht. Die Gesetzentwürfe sind dem Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet worden, und die Anhörungen stehen unmittelbar bevor. Sie werden in der übernächsten Woche beginnen, am 29. mit den Themen Bildung, Hochschule, Forschung und Hochschulbau.

Parallel sprechen wir natürlich – und das müssen wir tun in der KMK, um darauf vorbereitet zu sein – über Zuständigkeiten, über Verfahrensebenen, über Verfahrensweisen ob beim Hochschulbau, ob bei den neuen Gremien, die erforderlich sind zur Koordinierung zwischen den Ländern und zur Abstimmung mit dem Bund.

Die KMK wird gefordert sein wie nie zuvor, und sie steht bestimmt dabei nicht vor einer einfachen Aufgabe. Gerade der Grat zwischen der wettbewerblichen Freiheit der Länder auf der einen Seite und der notwendigen länderübergreifenden Abstimmung ist im Hochschulbereich besonders schmal. Die Balance ist wegen der durchaus divergierenden Interessen zwischen den Bundesländern auch besonders schwierig zu halten.

Alle Beteiligten werden in den nächsten Monaten zeigen – das wird vielleicht so etwas wie eine Art Probewanderung über diesen schmalen Grat werden –, ob – ob ist wohl nicht mehr die Frage –, sondern wie Bund und Länder im Rahmen eines Hochschulpaktes 2020 gemeinsame Lösungen zur Bewältigung der Studierendenzahlen finden werden. Denn an dieser Frage zeigt sich natürlich durchaus die schwierige Kehrseite einer kompletten Entflechtung und eines möglicherweise kommenden rigiden Kooperationsverbotes. Das heißt also keine Hochschulsonderprogramme mehr, wenn Bund und Länder nur noch die Forschungsförderung als Gemeinschaftsaufgabe im Hochschulbereich behalten.

Nach den ersten Gesprächen zwischen Bund und Ländern zum Hochschulpakt ist zu hoffen, dass es eine Lösung geben kann, in der es zu einer Unterstützung des Bundes über die Forschungsförderung kommt, die aber anknüpfen kann an den Studienkapazitäten und deren Ausbau in den Ländern. Noch ist nichts in den berühmten ‚trockenen Tüchern‘,

das kann es auch gar nicht sein. Aber wichtig ist mir dieses Signal, die Länder und der Bund sehen gemeinsam die Notwendigkeit, Studienplätze auszubauen. Dieses Signal ist wichtig für die Hochschulen, aber auch für die zukünftigen Studierenden, denen wir doch vermitteln wollen: „Ihr sollt studieren können, und ihr werdet in Deutschland gebraucht.“

Gelegentlich wird auch von der Einführung der gestuften Studienstrukturen ein Beitrag zur Bewältigung des Anstiegs der Studierendenzahlen erwartet. Als die Bologna-Erklärung 1999 unterschrieben wurde – ich war damals für die KMK dabei, obwohl ich damals gar nicht Präsidentin war, man hielt das damals für noch nicht so wichtig, dass die KMK dort durch den Präsidenten vertreten sein musste –, sollte dieses überhaupt keine Rolle spielen. Inzwischen sind HRK und European University Association europaweit diejenigen, die konsekutive Studiengänge vorantreiben. Die KMK hat sich inzwischen positioniert, hat Beschlüsse gefasst, sich für die Einführung bis 2010 entschieden. Ich weiß natürlich, dass diese Zielsetzungen trotzdem mancherorts als unnötige Aufgabe, wenn nicht gar als Verrat der einzigartigen Juristen-, Mediziner- oder Pharmazeutenausbildung in Deutschland gelten. Ich will dem hier nicht weiter nachgehen, dass in anderen Zusammenhängen dann doch immer wieder auch beschrieben wird, wie defizitär oder teilweise sogar überholt die herkömmliche Ausbildung auch in diesen Fächern sei. Gewiss, die Umstellung auf die gestuften Studiengänge ist ein enormer Kraftakt, der in dieser Entwicklungs-, Übergangs- und Einführungsphase mehr Kapazitäten bindet, als sie freisetzt, und der die Universitäten auch wegen der Akkreditierungskosten finanziell belastet. Aber ich bin überzeugt davon, diese Investition wird sich rechnen.

Der einheitliche europäische Hochschulraum ist ja nicht nur eine politische Willenserklärung von Wissenschaftsministern, sondern ein von Hochschulen, von Studierenden, von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern unterstütztes Ziel. Er ist eine Antwort auf die Internationalisierung und Globalisierung. Und die Herausforderung, vor der wir alle zusammen dabei stehen, liegt darin, dass wir diese Abstimmung und Abgleichung – nicht Angleichung – als Qualitätssprung wirklich nutzen und unsere nationalen und regionalen Besonderheiten

dabei wahren, da, wo sie unverzichtbar sind. Das ist die thematische Klammer Ihrer Plenartagung. Vielleicht kann sich dabei der Föderalismus ja durchaus als Wahrer dieser regionalen Besonderheiten einer Herausforderung und Bewährungsprobe stellen.

Sie sehen, ich will die Umstellungsprobleme, die wir haben, alle miteinander nicht schönreden. Mit Blick auf die Bologna-Folgekonferenz 2007 und die Zielmarke 2010 werden wir uns in der KMK gesondert mit der Situation in den Staatsexamensstudiengängen befassen. Ich bin zuversichtlich, dass wir gute Lösungen finden können (trotz Koalitionsvertrag in Berlin – sag ich in Klammern), – und das Ganze mit Kompetenz, mit Fingerspitzengefühl und auch mit Geduld.

Ein Beispiel dafür ist meiner Meinung nach der europäische Qualifikationsrahmen. HRK, Bundesministerium und KMK haben ja bereits einen ersten Qualifikationsrahmen für die Hochschulabschlüsse erarbeitet als ersten Schritt hin zu einem europäischen Qualifikationsrahmen. Ich weiß, noch überwiegt auf Hochschulseite die Zurückhaltung, und zwar wegen der deutlichen Berufsorientierung der Kompetenzdefinierung, die in der Tat mit dem umfassenden Auftrag der Hochschulen ja kollidiert, muss man wohl sagen. Hochschulen sind per Definition keine Stätten der beruflichen Bildung, das wäre eine absolut unzulässige Verengung. Aber wir sind in der Diskussion darüber, wie denn ein bereichsübergreifender Qualifikationsrahmen aussehen könnte und welche mittel- und langfristigen Folgen eine ergebnisorientierte Definition der Kompetenzen für die Hochschulen haben kann.

Diese Debatte belegt im Übrigen auch, wie wichtig es ist, dass die deutsche Position auf der Ebene der EU entschlossen vertreten werden kann. Ich höre immer wieder Skeptiker, die befürchten, unsere föderale Struktur schwäche unseren Stellenwert in der EU. Sie haben mit diesem Argument ja auch ihre Bedenken, die gestärkte Kompetenz der Länder in Hochschulangelegenheiten, begründet. Geplant ist aber nach dem aktuellen Stand – so weit sind die Beratungen jedenfalls fortgeschritten –, dass das bisherige Abstimmungsverfahren erhalten bleibt. Die Länder werden also wie bisher ihre Stellungnahmen entsprechend dem Gesetz zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern in

Angelegenheiten der EU im Bundesratsverfahren verabschieden. Ich habe über fünf Jahre lang in der EU für die deutschen Kultusminister dieses Amt wahrgenommen. Zugegeben, im europäischen Kontext und bei unseren europäischen Nachbarn – das werden Sie genauso erleben in der Zusammenarbeit – verlangen wir unseren Nachbarn immer einiges ab, wenn wir den deutschen Föderalismus erklären und wenn sie unser föderales System verstehen sollen. Aber ich bin überzeugt davon, dass wir diese Vertretung in der EU gemeinsam mit dem Bund genauso solidarisch und gemeinsam stark vertreten werden.

Meine Damen und Herren, wir haben ein gemeinsames Ziel, die deutschen Hochschulen zwischen Flensburg, Chemnitz und Tübingen und Greifswald in die Lage zu versetzen, den europäischen Hochschul- und Forschungsraum mitzugestalten und uns im globalen Wettbewerb zu behaupten. Die Richtschnur dafür muss sein, so viel Einheit wie irgendwie nötig und möglich und so viel Freiheit wie nötig.

Dass es in Zukunft mehr Wettbewerb geben wird, das wird und muss überall zu größtmöglichen Anstrengungen führen. Dafür spricht eine ganze Reihe von rationalen Gründen. Wettbewerb tut gut, aber Wettbewerb um jeden Preis können wir uns, glaube ich, nicht leisten, schon gar nicht um den Preis, dass wir ein paar sehr exzellente Hochschulen haben, während das Gros nicht mehr mithalten kann. Schließlich verpflichtet uns das Grundgesetz zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland, und dafür werde ich auch in Zukunft entschieden werben. Aber nicht nur das! Ein Land in Deutschland kann es sich gewiss nicht leisten, wenn es ein erhebliches Gefälle in der akademischen Lehre und damit verbunden dann möglicherweise auch bei den Hochschulabgängern gibt. Dann würden wir tatsächlich unsere Zukunft aufs Spiel setzen. Deswegen setze ich auch besonders auf Ihr Gewicht und spreche sozusagen – in diesem Raum ist es angebracht – ein kleines Stoßgebet: Möge die Stimme der Hochschulen in den anstehenden Anhörungen zur Föderalismusreform wirklich gehört werden!

Deswegen betone ich noch einmal: Die KMK ist Ihr Partner. Lassen Sie uns die nationalen und europäischen Aufgaben im Hochschulbereich gemeinsam versuchen zu bewältigen! Herzlichen Dank.

**Andreas Storm**

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Professor Wintermantel,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
Frau Präsidentin Erdsiek-Rave,  
Herr Oberbürgermeister,  
Herr Professor Kafatos,  
Herr Professor Westermann,  
meine Damen und Herren Präsidenten und Rektoren,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute zu Ihnen hier in Greifswald sprechen zu können, und möchte als erstes die Grüße meiner Ministerin Frau Schavan überbringen, die es sehr bedauert, dass sie heute nicht persönlich hier sein kann.

Diese Hochschulrektorenkonferenz findet ja an einer der ältesten deutschen Universitäten statt. Es ist schon angesprochen worden, vor 550 Jahren fand hier im Dom Sankt Nikolai die Gründungsfeier der Universität Greifswald statt. Der bereits genannte Bürgermeister Rubenow hatte diese Gründung maßgeblich vorangetrieben, denn er hatte erkannt, dass die Universität für seine Stadt Prestigegewinn und wirtschaftliche Vorteile bedeutet. Er hatte aber auch – und das ist eine historische Kuriosität – ein Stück weit die Gunst der Stunde genutzt. Denn eigentlich war es nur eine Auslagerung eines Teils des Lehrbetriebes aus der älteren Universität Rostock zu Beginn des 15. Jahrhunderts, geplant für kurze Zeit hier in Greifswald. Wie das mit Provisorien so ist: Man hat sich hier so wohl gefühlt, dass viele gemeinsam mit Rubenow nicht mehr zurückkehren wollten. So wurde der Startschuss für die Gründung der Universität hier in Greifswald gesetzt.

Damit ist eine Universität entstanden, die nicht nur auf eine einzigartige Geschichte zurückblicken kann – es ist ja angesprochen worden: die erste schwedische und die erste preußische Universität zugleich –, die namhafte Professoren vorweisen kann in der Vergangenheit, sondern es



ist auch eine Universität, die gezeigt hat, dass sie unter den schwierigen Startbedingungen nach der Wende in den letzten 15 Jahren eine außerordentlich beeindruckende Entwicklung zurückgelegt hat. Es kommt nicht von ungefähr, dass in dem bereits angesprochenen Wettbewerbsergebnis, in dem Ranking dieser Woche, diese Universität gleich mit zwei Fachbereichen, der Medizin und der Biologie, einen Spitzenplatz im deutschsprachigen Raum erreicht hat. Ich darf Ihnen, lieber Herr Professor Westermann, auch an dieser Stelle – ich habe es ja schon getan bei der Feier der Landesvertretung in Berlin – noch einmal zu diesem großartigen Jubiläum gratulieren, Ihnen aber auch Mut machen, diesen Weg weiterzugehen, der zeigt, wie viel Kraft, wie viel Innovationsfähigkeit gerade auch in solchen kleineren, sehr dynamischen Universitäten steckt.

Meine Damen und Herren, die Hochschulrektorenkonferenz hat für die diesjährige Jahresversammlung ein Motto gewählt, das aktueller kaum sein kann, nämlich die Frage der Positionierung der deutschen Hochschulen im Lichte der Entwicklungen, die man mit zwei Schlagworten eigentlich nur verkürzt wiedergeben kann, nämlich zum einen Föderalismusreform und zum anderen der europäische Hochschulraum. Ich möchte gleich voranschicken, dass ich das Wort ‚und‘ für sehr wichtig halte, nämlich Föderalismusreform und europäischer Hochschulraum im Sinne einer klaren Vereinbarkeit. Das war ja bereits bei der Eröffnungsrede der Präsidentin die Frage: Entsteht hier ein Widerspruch, oder schaffen wir es, die Idee des Wettbewerbsföderalismus so auszugestalten, dass wir am Ende auf höherem Niveau zu relativ einheitlichen Standards kommen, indem diejenigen, die vorangehen, mit guten Beispielen die anderen nachziehen?

Wir wissen alle, dass die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ganz entscheidend von der Leistungsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems und damit vor allen Dingen auch der Hochschulen abhängt. Wenn wir wollen, dass sowohl in der Forschung Höchstleistungen geboten werden und dieses auch in der Lehre gelingt, wenn wir wollen, dass die Forschung in einem international immer schärfer werdenden Wettbewerb um Innovation und technologischen Fortschritt bei uns an vorderster

Front betrieben werden kann, dann müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die deutschen Hochschulen noch besser als bisher mithalten können. Forschungsstarke Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Schwerpunkte in der Forschung gezielt auszubauen. Hier hat die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern bereits wichtige Impulse gegeben für die Forschung an den Hochschulen und hat an vielen Orten zu einer Aufbruchstimmung geführt. Ich bin übrigens der festen Überzeugung, dass dieses keine Veranstaltung sein wird, die in wenigen Jahren beendet sein wird, sondern dass dieses eine Einrichtung ist, bei der man über die Details reden muss, die mit Sicherheit von sehr langer Dauer sein wird.

Zugleich stehen die deutschen Hochschulen aber auch vor einer anderen großen Herausforderung, die bereits beschrieben worden ist von der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, nämlich der steigenden Zahl der Studierenden. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass dieses kein Übergangsproblem ist, eine Untertunnelungsfrage, dass man sagt, wegen der demografischen Entwicklung und wegen der Umstellung im Hinblick auf die Abiturregelungen mit den Doppeljahrgängen, die in den einzelnen Bundesländern in den nächsten Jahren anstehen, haben wir vorübergehend einen Anstieg der Studierendenzahlen bis zum Jahr 2012, wenn die KMK-Prognose zutrifft, auf 2,4 Millionen. Aber wir werden dauerhaft – auch dieses ist ja eine Zielsetzung im Hinblick auf die Verbesserung der Bildungsstruktur unseres Landes – mehr Hochschulabsolventen brauchen. Deshalb müssen wir uns in der Tat darauf einstellen, dass wir dauerhaft mehr Studenten haben wollen und die erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere in Hinblick auf die Kapazitäten, schaffen müssen.

Meine Damen und Herren, wir müssen also zu einer Denkweise kommen, die dieses nicht als Belastung, sondern als Chance für unser Land sieht.

Nun hat die Hochschulrektorenkonferenz bereits mehrfach eindringlich darauf hingewiesen, dass dabei die Qualität der Lehre nicht außer Acht gelassen werden darf. In der Tat müssen die Hochschulen so ausgestattet sein, dass sie einen möglichst hohen Anteil der Studienanfänger in angemessener Zeit zum Studienabschluss führen können. Ich nenne hier

nur aus zwei Fachbereichen Studienabbruchquoten: bei den Ingenieurwissenschaften in einer Größenordnung von 30 Prozent, bei Geisteswissenschaften gar von 45 Prozent, die so sicherlich nicht akzeptabel sind und eine wichtige Aufgabenstellung bereits kennzeichnen. Ist deshalb auch folgerichtig, dass die aktuellen Studienreformen vor allem auf eine effizientere Gestaltung der Curricula angelegt sind? Eine konsequente Umsetzung des Bologna-Prozesses, die ja nun in allen Hochschulorten in diesen Monaten stattfindet, bedeutet auch eine große Chance, den Studienerfolg insgesamt zu erhöhen und die Studienzeiten zu verkürzen. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Hochschulrektorenkonferenz diesen Prozess beharrlich unterstützt und auf der Ebene der Hochschulen bereits eine vorbildliche Überzeugungsarbeit für diesen Prozess geleistet hat.

Entscheidend ist aber dabei, meine Damen und Herren, dass wir an den Hochschulen diese Reform nicht als eine Last, sondern auch als eine Chance begreifen, die den Hochschulen die Möglichkeit gibt, auch auf dem internationalen Ausbildungsmarkt an Profil zu gewinnen. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Thema ansprechen, das die Hochschulrektorenkonferenz bereits beschäftigt hat, nämlich die Frage, ob wir nicht das derzeitige Verfahren zur Akkreditierung von Studiengängen verändern müssen. Frau Ministerin Schavan sieht hier in der Tat einen dringenden Handlungsbedarf, um die Hochschulen bei der Umstellung der Studienstruktur auf die gestuften Studiengänge entlasten zu können. Es sind die Fragen wie etwa die, ob die bisherige Einzelakkreditierung von Studiengängen noch zu einem hochschulpolitischen Leitbild passt, nachdem sich der Staat aus der Detailsteuerung zurückzieht und den Hochschulen mehr Freiräume für die Profilbildung, aber auch für die Qualitätssicherung gibt. Es ist auch die Frage, ob es nicht eine Alternative wäre, ein Verfahren zur Systemakkreditierung als Qualitätssicherungssystem an den Hochschulen zu etablieren. Ich darf Ihnen versichern, dass uns an einer raschen Beantwortung dieser Fragen im Dialog mit allen Beteiligten und, Frau Erdsiek-Rave, natürlich auch mit denen, die sie dann umsetzen müssen, gelegen ist. Wir werden auch in diesen Tagen mit Ihnen, mit der Hochschulrektorenkonferenz deshalb in Kontakt treten.

Meine Damen und Herren, die Studienreform setzt im Übrigen, wenn wir die gewünschte Qualitätssteigerung erreichen wollen, einen erhöhten Betreuungsaufwand in der Lehre voraus. Das ist in der Tat ohne zusätzliches Personal kaum zu leisten. Auch darauf haben Sie zu Recht hingewiesen und eine Reihe von Lösungsvorschlägen in die Debatte eingebracht.

Jeder Einzelne, der die entsprechenden Vorqualifikationen mitbringt, muss in Deutschland die Chance bekommen, sich an einer Hochschule erfolgreich auf ein künftiges Berufsleben vorbereiten zu können, egal ob in der Wissenschaft, in der Wirtschaft oder auch in der Verwaltung. Dafür stehen Bund und Länder sowohl nach der gegenwärtigen als auch der vermutlich in einigen Monaten dann verabschiedeten reformierten Verfassung nach wie vor gemeinsam in der Verantwortung. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems ist und bleibt eine gesamtstaatliche Verantwortung.

Diese Verantwortung müssen Bund und Länder nach der geplanten Föderalismusreform im Sinne einer kooperativen Gewaltenteilung gemeinsam wahrnehmen. Das bedeutet aber auch eine klare Zuordnung der Aufgaben. Während die Länder für die Stärkung der Lehre und die Offenhaltung der Hochschulen zuständig sein werden, wird sich der Bund auf die Förderung der Forschung an Universitäten und Fachhochschulen konzentrieren. Schließlich kann die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen insgesamt nur gesichert werden, wenn Forschung und Lehre gleichermaßen gestärkt werden. In diesem Sinne hat ja Frau Ministerin Schavan begonnen, mit den Ländern Gespräche über einen Hochschulpakt 2020 zu führen. Frau Erdsiek-Rave hat ja angesprochen, dass vorgestern bereits erste wesentliche Fortschritte erreicht worden sind. Die Tatsache, dass man im Moment dabei ist, ein gemeinsames Bild über das zu lösende Problem, die Aufgabe für den Hochschulpakt 2020, in dem Sinne nicht einer Untertunnelung, sondern einer langfristigen Steigerung der Kapazitäten für die Lehre an den Hochschulen und der Stärkung der Forschung an den Hochschulen herbeizuführen, macht ja deutlich, dass dieses Zusammenwirken möglich sein wird. Es setzt aber voraus den Willen bei allen Beteiligten zu einem konstruktiven Dialog, ein wechselseitiges Vertrauen und ein partnerschaftliches Engagement.

Herr Ministerpräsident, ein Wort zu der Frage der Finanzierung des Hochschulbaus, investive Maßnahmen. Es ist ja vorgesehen, dass, wenn man einmal den Bereich der Großgeräte, der ja weiterhin in Teilen vom Bund bereitgestellt wird, außer Acht lässt, dann das Finanzvolumen von 695 Millionen Euro zweckgebunden an die Länder weitergegeben wird, festgeschrieben zunächst einmal bis zum Jahr 2013 mit der Option auf das Jahr 2019. Es kommt nun gerade auch bei den Gesprächen über den Hochschulpakt darauf an, dass auch die Länder diese Priorität festschreiben und deutlich machen, dass wir im Hinblick auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Kapazitäten in der Lehre an den Hochschulen auch einen steigenden Beitrag der Länder haben müssen. Der Bund wird seinen Beitrag leisten oder bietet dieses an in der Stärkung der Forschung an den Hochschulen – Stichwort: der Einstieg in die so genannte Overhead-Finanzierung. Das, was im Moment in diesem Bereich doch in wesentlichen Teilen als eine sinnvolle Lösung angesehen wird, wäre stufenweise in eine Größenordnung von etwa 20 Prozent bei einer Overhead-Finanzierung zu gehen.

Meine Damen und Herren, die Föderalismusreform gibt den Ländern eine steigende Verantwortung für den Hochschulbereich. Dieser Kompetenzzuwachs ist aber kein Selbstzweck, auch dieses ist angesprochen worden. Er bedeutet eine Stärkung von dezentralen Strukturen, die eine größere Flexibilität und eine schnellere Umsetzung neuer Konzepte ermöglichen, aber nur unter einer Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist die, dass die Länder diese Freiheiten in weiten Teilen weitergeben an die Hochschulen selber. Das ist der entscheidende Punkt: die Freiheit zu stärken, auszubauen. Flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren und für jede einzelne Hochschule im Wettbewerb ein differenziertes Profil entwickeln zu können, ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen insgesamt. Das bedeutet eine große Herausforderung für jede einzelne Universität, denn die Verwaltungsstrukturen müssen so verändert werden, dass ein weiterer Zuwachs an Autonomie auch produktiv gemacht werden kann.

Die anstehende Föderalismusreform ist also geprägt von dem Gedanken, ein neues, weniger restriktives Verhältnis von Staat und Hochschule in den Mittelpunkt zu stellen. Wenn das neue Leitbild heißt „Wettbewerb

und Leistungsorientierung“, dann zeigt sich bei den Landeshochschulgesetzgebungen der letzten Jahre bereits, dass zahlreiche innovative und produktive Ansätze eingeführt worden sind. Dieser Weg muss fortgesetzt werden mit Eigenverantwortlichkeit und der Chance zur Profilbildung. Ich selber komme aus dem Wahlkreis Darmstadt. Von daher wird Sie es natürlich nicht überraschen, da wir an der Technischen Universität in Darmstadt ja die erste autonome Modelluniversität haben, dass mich das in der Überzeugung bestärkt hat, dass in einem Leistungswettbewerb autonomer Hochschulen ein Stück weit die Zukunft liegt. Das bedeutet aber nicht, dass wir überall die gleichen Regelungen haben werden. Es wird sehr unterschiedliche Grade geben, und die Länder werden auch unterschiedliche Möglichkeiten gewähren. Aber, und hierfür ist diese Universität in Greifswald ein beeindruckendes Beispiel, wenn wir das kreative Potenzial, das an den Hochschulen vorhanden ist nutzen, – was Sie hier gezeigt haben in den letzten fünfzehn Jahren nicht nur im Fachbereich Medizin, wo jetzt in der Tat die modernste Universitätsklinik in Deutschland entsteht – dann geht das nur, wenn man den Universitäten mehr Freiräume gibt. Deshalb ist die Autonomie der Weg, den wir in die Zukunft gehen müssen.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz auf die Rolle der Hochschulrektorenkonferenz kommen. Meine Damen und Herren, gerade wenn man davon ausgeht, dass die Hochschulen in Zukunft mehr Eigenverantwortung haben werden, gewinnt die Interessenvertretung der Hochschulen gegenüber den verschiedenen Partnern sowohl im Inland als auch, wenn man an den Bologna-Prozess und die europäischen Entwicklungen denkt, natürlich im Ausland klar an Bedeutung. Trotz einer stärker akzentuierten Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft geht es dann darum, zentrale Interessen zu bündeln und mit einer gewichtigen Stimme vorzutragen. Das bedeutet, im Zuge der Gestaltung des europäischen Forschungs- und Hochschulraumes muss diese Stimme auch noch stärker international hörbar sein. Das bedeutet also, dass die Hochschulrektorenkonferenz in Zukunft eine noch wichtigere Bedeutung gewinnen wird. Ich wünsche Ihnen, liebe Frau Professor Wintermantel, deshalb für Ihre Arbeit und für die Hochschulrektorenkonferenz eine glückliche Hand und viel Erfolg bei der Gestaltung dieser wichtigen

Aufgabe. Ich wünsche Ihnen und uns eine diskussionsreiche und fruchtbare Jahresversammlung hier in Greifswald. Herzliches Glückauf!

# Festvortrag

## Einführung

### **Professor Dr. Margret Wintermantel**

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich, Ihnen als Festredner des heutigen Nachmittags Herrn Professor Kafatos ankündigen zu können.

Herr Kafatos ist seit Ende des letzten Jahres Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates des europäischen Forschungsrates (ERC), dieser neuen Institution, die als zweite Programmlinie im 7. Forschungsrahmenprogramm die Forschungsförderung in Europa voranbringen soll.

Herr Kafatos wurde in Griechenland geboren, studierte in Harvard Biologie, war Professor in Griechenland, bevor er für acht Jahre als Direktor und Gruppenleiter an das EMBL in Heidelberg ging. Seit 2003 ist er als Professor am Imperial College in London tätig und seit Dezember 2005 auch in Brüssel in dieser neuen Funktion.

Herr Kafatos wird auf Englisch zu uns sprechen. Sir, chairman, colleague, we feel extremely honoured to have you as our main speaker in this year's annual assembly of the German institutions of higher education. The European Research Council is of highest interest to all the members of the Hochschulrektorenkonferenz. As the ERC will be an entirely new kind of institution, it is hard to introduce it or its scientific council, of which you are the chairman, for anyone outside the inner circle of those few experts entrusted with the most challenging task to design and set up the ERC. May I now ask you to speak to us and help us to understand the task of the scientific council and what we may expect from the ERC, and also how we would contribute to the success? The floor is yours.



**Festvortrag****Professor Dr. Fotis C. Kafatos**

Imperial College London

Vorsitzender des wissenschaftlichen Rats des europäischen  
Forschungsrates (ERC)

Mrs President of the German Rectors' Conference,  
Minister President of the land,  
Mister Rector of the University,  
Mrs President of the Standing Conference of the Culture Ministers of the  
Länder,  
Mister State Secretary,

it is a great pleasure indeed for me to address you today. My talk was designed to be fully integrated with a PowerPoint presentation as I am a scientist. So when I walked into this magnificent church, I realized that they had to make some last minute changes. So I hope that you don't mind if my papers turn out to give me some trouble. I also wanted to apologize that I will only be speaking in English. I did spend twelve years in Heidelberg and indeed I left my heart there, but unfortunately, I did not bring back with me your beautiful language. Since living in an international environment I did not have any chance or time to practice it.

Thank you for inviting me to speak about the birth of an exciting new institution, the European Research Council, which I now lead as the chairman of the Scientific Council and therefore as the President of the ERC. The ERC is exciting because of its clear mission. Its mission is to promote scientific research in all fields across all of Europe, in a bottom-up mode and with excellence as the sole criterion.

My talk will be divided into three sections, and it has the title *The birth of the European Research Council putting excellence at the heart of the European science policy*. The talk can be divided into three sections which are history, strategy and perspectives.

Starting with history comes natural to a Greek and it is essential because those who do not recall history are condemned to repeat it. Science is the major part of the European heritage. It begun in ancient times in the mediterranean region and blossomed again all across Europe in the renaissance, in the age of enlightenment. In the nineteenth and early twentieth centuries, not least because of the contributions of the German World, it was a central feature of the European civilisation, even as it begun to spread gradually to North America and other parts of the world. The human catastrophes of the two World Wars, the Soviet communism, National Socialism and genocide were disasters, also for science in Europe.

However, soon after the end of World War II, European integration begun and not just in the coal and steel industries how it is usually talked about, but also in scientific research. This was the birth of the inter-governmental science system: the formation of CERN, a world centre of particle physics research, EMBL, EMBO, the European Southern Observatory, the European Space Agency and the variants like the Neutron Source and the SRF in Grenoble, JET, EFTA, and so on.

In parallel with this process, which I should say it was led by a generation of visionary scientists, whom the ERC Scientific Council inspires to emulate, in parallel with that development the European community system of science begun. This started with the Joined Research Centre which is now a directorate of the European Community, and in all frankness I would have to say that its contributions have been rather minor or marginal indeed. A second part of the European Commission's efforts in science, in research was led by the directorate of the research and technology. There the contributions were much more significant although we must also recognize that they had been strongly constrained by a very narrowed mission. The mission was defined in instrumentalist terms but than recognizing the key importance of science in civilisation as well as culture. The instrumentalists' view was expressed in a mission that said that the community action will have to be in support of industrial policy, and as an after thought in other commission policies.

How comes science was not used to drive science policy and science integration? I have to ask the question in the broad terms of saying: *Who was afraid of Virginia Woolf?* Can there be excellent science? Can there be excellent science policy without investment in science? Is the European paradox really – the concept that was formulated as the mission of the commission to address – that everything is well in the European science system and the only thing that is missing is more efficient technology transfer? I submit that this is not the case and that there cannot be European science policy without serious investment in science.

Those historical processes have their own dialectic and I was unfortunately to be involved in science policy and advices in the European commission for a very long time. There was a hopeful start: the CODEST, the Committee for Development of Science and Technology in Europe, was led by outstanding leaders of science, Nobel price winners and heads of major organizations. There was the beginning or towards building a European science policy indeed.

Then there was a change in the commission and there was a new instrument, the European Science and Technology Assembly, ESTA. And the hopeful start of CODEST was followed by what I will characterize as a bizarre failure. The decision of the then commission for research, who really was not interested in research but getting back into French politics, was to dispend the ESTA when it did not agree with her vision.

But now let us really dig more into the origins of the problem – why did we not have earlier a European science policy? Sad to say, part of the blame rests with the dysfunctional top-down dirigiste enforce of Europe. What we might call the political bureaucratic clienteles complex which has a hub in Brussels but satellites all across the continent. If you wish this is our counterpart of what the Americans call, actually the American President, called the American Military Industrial Complex. It is the nexus of the conservative – I would say reactionary – Brussels bureaucracy with the narrow approach to science that the mission that I mentioned embodies. But I am not apart of the blame that rests on the national science systems.

We have to be frank in these discussions. They defended their self-sufficiency and they blocked together with Brussels because they did not believe in them, the benefits of European integration in science. They contributed to the mind set of the European paradox that I mentioned before.

In the last few years a series of initiatives has started bottom-up in the scientific community. I had the privilege to be involved in the beginning in one of them, the European Life Sciences Forum, an initiative of EMBL, EMBO and FEBS, the Federation of European Biochemical Societies. We organized the grassroots initiatives towards investment in science at the European level. What we initiated was integrated very soon to an initiative that was started by the Swedish Royal Academy which convened in Stockholm, a small meeting to examine the question: Do we need more investment in basic research in Europe? The meeting obviously and very concretely identified the problem. That led it to the Danish presidency of the European Union to hold the next year in Copenhagen a large meeting on the topic: Do we need a European Research Council? It was actually to the surprise of everyone, especially the political leadership that the resulting answer was yes. And it was nearly unanimously. And from that point on the ERC was an idea whose time had come.

We at the ELSF had a series of meetings to examine in depth what was needed. We engaged the other scientific communities from physics, mathematics, social sciences and so on. Gradually there was a series of high level advisory bodies formed by the political leadership while we transmitted the ELSF into an initiative for science in Europe, a very broad umbrella organization which we actually asked a politician, Minister José Mariano Gago, to lead, which he did for a time. Gago is a trained physicist. He spent his years of exile in CERN and in France. He accepted to provide the titular leadership of this initiative.

Then I must identify some order major contributors, Commissioner Philippe Buscane was crucial in basing this concept, together with his director general, my compatriot Achilleas Mitsos. And it was their presentation of the concept as an initiative to enhance, to add value to

science in Europe by competition at the European level for excellence. It was this concept that persuaded the council of ministers finally to embrace and the commission to accept this as a key part of their framework programme.

The next step was the birth of the ERC. This is not just dry history – this is history that teaches because what happened then was with the change in commission. Commissioner Potočník, an economist, made a wise decision which was to establish the scientific council to create and lead the ERC by an arms length procedure, not the typical political approach of grab and hold and direct an initiative but rather to promote an initiative and give it to those who could lead it. This was done by his appointing a five member committee of wise people who accepted nominations from a wide consultation exercise. Nearly 400 names were proposed, and out of those the nomination committee, the identification committee selected 22, covering the entire area from the humanities and social sciences to the physical sciences, engineering, and life sciences and medicine. Those 22 members were given to Commissioner Potočník. Potočník took his pen and signed. No questions – no changes.

This is how the scientific committee was established. It elected without any difference its chair, myself, and two vice chairs, Professor Helga Nowotny, who is a social scientist working on the development of knowledge systems, and Daniel Estève, a very innovative physicist in this area in Paris.

Our first action as presidency of the ERC was to identify the one problem that we saw in the design which was the separation of the scientific council from the executive agency: the scientific council, which was sitting on the mount Olympus, and the executive council that was doing the work. We decided that this would not work. In our very first meeting which I chaired I submitted a paper which was approved to create a board which will have the presidency of the Scientific Council, the director of the executive agency, and a secretary general: a person who had the experience in running major science systems, a position which we now have opened to applications and nominations in the expectation that we will fill it within a couple of months. The concept then that

emerged from our very first meeting was creating an integrated autonomous ERC. This is what is going to be the case.

We have had two plenary meetings since then and an extended meeting of the chairs and those members who could attend. The last meeting took place just last week in Vienna. I am very pleased to announce the outcome of the meeting today. We made a decision what our starting strategy will be and what the two initial programs of the ERC will be. Those documents are available on the web on the [erc.europa.eu](http://erc.europa.eu).

Our strategy was to focus on the essentials and the obvious. What does Europe need?

The essentials and the obvious are:

1. Excellence is the sole criterion for selection of the competition.
2. All fields of research and scholarship.
3. A special focus on individual independent investigators.

We think that collaborations are a strength of European science, but that already is done on the European level, and what we need actually is science driven by individual investigators. Finally we decided that what we need to do was significant funding to make a real difference.

The two programmes that we decided to initiate, and we will initiate them as soon as the political leadership takes the formal decision to create the ERC with the approval of framework programme 7, then will start, but which in a bionic form already are starting, are the following: One addressed to start in independent researchers, and the second addressed to advanced investigators.

The first programme we call the *ERC Starting Independent Researcher Grant*, or for short *ERC Starting Grant*, which shows to plan that this will be the only programme that will be funded in 2007. We expect to have a budget of 300 million Euros, and all of it will be committed to funding independent early stage investigators. We expect that something like 200 new positions will be created, 200 individual investigators will get a

chance to lead their own group, to establish a leader group. Each will be funded for up to five years. And of course the level of funding will differ in different fields, but we think that something of the order of one and a half million Euros will be what they will get on the average.

Again, sole selection criterion is excellence, excellence of the person and excellence of the proposal. The criteria for eligibility will be that no more than ten years since the PhD. This will not be a post doctoral programme. People who will apply for that will already have been through one or two post doctoral periods, and no more than ten years after the award of the PhD at the submission deadline. They must be either newly established within a very short period of time in research and educational positions or they may have the offer of the positions subjected to funding being granted. They can be within the European Union or the associated States, that is a requirement, but there will be no nationality criterion. In fact we are thinking in terms of the motto of the three *R*'s: retain, repatriate, and recruit. What we are aiming to do is to retain in Europe the top talent, to repatriate to Europe the top talent that has moved overseas, and indeed to recruit top talent into Europe. If you do the math over seven years of the framework program we expect that something of the order of 1400 independent starting investigators will be funded by us.

The second major programme will be the *ERC Advanced Investigator Grant*, for short *ERC Advanced Grant*. We expect to start this on a small scale in the second year. I should have said that the average funding will be something more than 1 billion Euros per year, but it will rise linearly, and in the first few years we are quite limited from the budget. This second programme will have the total budget at least at the beginning minus the starting grants. Therefore we expected there will be about 250 million in the first year rising to more than a billion a year over the time. That will allow us to grant approximately 200 grants committed at every year again for periods of up to five years. Again the selection criterion is simple: excellence of proposal and track record of the investigator. The eligibility will be investigators at all career stages, no age limit, and the three *R*'s are again applying.

In that concept, what can the ERC do for the universities? The universities are not our clients, our clients are the investigators, but the universities are our partners. And that is the perspective. You are our natural partners. Quantitatively the universities will be the major beneficiaries of the ERS funding although independent research institutes of course will also receive grants because any research organization in Europe is eligible to sponsor applications by individual investigators.

You are our natural partners because a bottom-up excellence oriented strategy is well suited to the universities, broad communities of standard of scholars, and in a new run of reform the universities can be helped by the ERC beyond the money. Our policy, although is not a criterion, is to emphasize the opportunities generated by interdisciplinarity. This is how science now is developing. It is the borders between the disciplines that are going to be the most fertile areas for new advances in the future. We are mindful of that. We hope that through our activities there will be an increased emphasis on interdisciplinarity at the universities in loosening of the barriers that is specialization, the chair system and even departments can foster.

The other side is that we hope to capitalize on the breadth on the Humboldt model of the university. Again, because this breadth will make possible the multidisciplinary approach and the collaborative within disciplines, but the investigators led the process.

Would you be partners in helping you rejuvenate the faculties? As you heard we will be opening a considerable number of positions for the top talent of the next generation. Of course it could be the political leadership and the universities and the established systems to ensure that these promising investigators are not left high and dry and migrate to America after the five years rather than before. We help you to rejuvenate the faculties by opening the positions, but we will also help you to internationalize the European universities which are a significant ingredient for success in a globalized world. That is why there is no nationality criterion, only a residence criterion for the investigators that will be funded by the ERC. We hope that you will see through this



process equality based democratization – if I can use that term – or a greater flexibility of the university systems in Europe.

I believe and I am convinced of that, you will see the emergence of centres of excellence by mutual attraction of top talent. It is quite clear that top quality attracts top quality. The emergence of centres of excellence is a process that is created by mutual attraction as well as of course by high-end policy. In that context it will be your decisions about high-end policy and your decisions what areas you would wish to emphasize in your particular universities that will create these centres of excellence of the future.

It is in fact in historical terms an interesting process, a creative process of how a mutual attraction of a top talent can generate individual excellence, can generate institutional excellence. We will help you also in the healthy competition for top talent because there will be a stimulus for institutional and regional investment in research infrastructures given the additional money and the prestige associated with the grants of the ERC.

We hope in this process we will be empowering the young to accelerate reform. One interesting decision is that the grants will be made to the universities or the institutions of the investigator, but they are portable. If the investigator moves the grant moves with them. We hope that you will use these decisions as a leverage to stimulate institutional and regional investment in research infrastructures and underpin the excellence initiatives – which I am very glad your country is engaged in.

I will conclude by saying something that I am beginning now to address as a message to all the European states. Talking to the European Parliament, talking to a large number of people, I have seen concerns who is going to benefit and who is going to lose from this. I believe really very frankly of that everybody will gain because there will be opportunities for institutions with vision. So your very best institutions will have a good chart. But also in general there will be opportunities for countries like yours with well established institutions and for systems that are fostering excellence.

There will also be opportunities for countries like mine where the institutions are not at the wide level but where we have a large and hungry pool of underutilized talent.

Ladies and gentlemen, I believe that we are at the cusp of a change in European science policy. It is my privilege to be in a leadership position in this process and it is all of us, the leadership, because I am also a member of the university community, it is our privilege to be living in a period of reform and at last in a period of European excellence at the European scale.

Thank you!

# Verleihung des Ars legendi-Preises für exzellente Hochschullehre

## **Einführung von Dr. Arend Oetker**

Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Sehr geehrte Frau Ministerin Erdsiek-Rave,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Storm,  
sehr geehrte Frau Professor Wintermantel,  
sehr geehrter Herr Professor Westermann,  
sehr geehrter Herr Professor Kafatos,  
sehr geehrte Preisträger,  
meine Damen und Herren!

Zum ersten Mal verleiht der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft heute den Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre. Das erste Mal ist ja immer etwas Besonderes, und ich freue mich sehr darüber, dass ich die Preisverleihung an diesem traditionsreichen Ort vornehmen kann, dem Dom St. Nikolai, Gründungsort der Greifswalder Universität und seit vielen Jahrhunderten eine Stätte der Versammlung, der Stärkung und der Ermutigung.

Um Stärkung und Ermutigung geht es dem Stifterverband und der Hochschulrektorenkonferenz auch beim Ars legendi-Preis: Um die Stärkung der Hochschullehre und die Ermutigung vor allem des wissenschaftlichen Nachwuchses, sich in der und für die Lehre zu engagieren.

Die ersten Überlegungen, einen Lehrpreis auszuloben – neben den fünf Wissenschaftspreisen, die der Stifterverband regelmäßig auf Vorschlag der Wissenschaftsorganisationen verleiht –, reichen mehr als zwei Jahre zurück. Seinerzeit wollte die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Bulmahn einen Wettbewerb initiieren mit dem Ziel, eine deutsche Ivy League von zehn Spitzenuniversitäten zu etablieren. Aus

dieser Idee wurde später die Exzellenzinitiative, die uns in den nächsten Jahren 40 zusätzliche Graduiertenschulen und 30 Exzellenzcluster beschenken sowie zehn Spitzenuniversitäten aufgrund richtungweisender Zukunftskonzepte identifizieren wird.

Von der Lehre an den Hochschulen war und ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede. Dabei ist die Lehre nicht nur eine Kernaufgabe der Hochschule neben der Forschung. Sie ist auch das Fundament für Spitzenleistungen in der Forschung. Ob eine deutsche Hochschule mit Harvard oder Stanford, dem MIT oder Yale konkurrieren kann, erweist sich nicht zuletzt an der Bedeutung, die sie hervorragender Hochschullehre beimisst. Mit anderen Worten: Eine Spitzenuniversität braucht Exzellenz in Forschung und Lehre.

Einer der Gründe dafür, dass die Lehre hierzulande so sehr im Schatten der Forschung steht, ist, dass sich Engagement in der Lehre für eine wissenschaftliche Karriere kaum lohnt. Der Erwerb der Lehrberechtigung, der ‚venia legendi‘, ist nicht an den Nachweis geknüpft, dass man auch die Kunst des Lehrens, also die ‚ars legendi‘, beherrscht. Akademische Reputation wird durch die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen erlangt, nicht durch die zeitaufwändige Entwicklung neuer Lehrveranstaltungen oder eine intensive Betreuung der Studierenden. Auch in Berufungsverfahren spielt die Qualität des Bewerbers in der Lehre häufig nur eine untergeordnete Rolle. Es ist also durchaus rational, wenn sich Hochschullehrer und der wissenschaftliche Nachwuchs auf die Forschung konzentrieren und die Lehre eher als zeitraubende Pflicht begreifen.

Das wollen wir ändern. Deshalb haben wir den Ars legendi-Preis ausgelobt und ihn mit 50.000 € dotiert – ebenso hoch wie unsere anderen Wissenschaftspreise.

- Der Ars legendi-Preis soll exzellente Lehre überregional sichtbar machen und öffentlichkeitswirksam auszeichnen.
- Der Ars legendi-Preis soll Vorbilder schaffen, ‚Stars‘ der Lehre, wenn Sie so wollen. Deshalb haben wir uns nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, Personen auszuzeichnen, die sich besonders

engagieren, statt Fakultäten oder einzelne Institute, die beispielhafte Reforminitiativen in der Lehre vorzuweisen haben.

- Der Ars legendi-Preis soll einen wirksamen Anreiz vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs für Engagement und Exzellenz in der Lehre schaffen.
- Der Ars legendi-Preis soll den Diskurs über Qualität in der Lehre fördern. Er soll auch ein Bewusstsein dafür schaffen, dass man nicht als guter Hochschullehrer geboren wird. Gute Hochschullehre verdankt sich im Wesentlichen einschlägigen Qualifizierungs- und Professionalisierungsmaßnahmen.

Es gibt aber doch schon so viele Lehrpreise, mag uns der eine oder andere entgegenhalten. Tatsächlich: Wir haben im Vorfeld der Ausschreibung ca. 35 Lehrpreise ausfindig gemacht, die von Bundesländern, Hochschulen, Fakultäten oder Fachschaften verliehen werden. Diese Preise will ich keineswegs kritisieren, ganz im Gegenteil: Sie sind außerordentlich verdienstvoll, um die Lehre vor Ort aufzuwerten. Aber bisher fehlt ein Preis, der überregional sichtbar ist und ausreichend dotiert, um einen wirklichen Anreiz für Engagement und Exzellenz in der Lehre zu schaffen.

Ich freue mich sehr, dass wir in der Hochschulrektorenkonferenz einen starken und kongenialen Partner für den Preis gefunden haben. Abgesehen davon, dass wir das ganze Verfahren ohne die maßgebliche Unterstützung der HRK gar nicht durchführen könnten: Welche Resonanz sollte der Preis in der Fachwelt und der Öffentlichkeit erzielen, wenn wir nicht die HRK als ‚Stimme der Hochschulen‘ hinter uns wüssten? Liebe Frau Professor Wintermantel, Ihnen gilt stellvertretend mein herzlicher Dank für die Zusammenarbeit.

Der Ars legendi-Preis wird jedes Jahr in einer anderen Disziplin bzw. Fächergruppe verliehen, in diesem Jahr im Fach Medizin. Wir wollen damit die vielfältigen Anstrengungen würdigen, die in den letzten Jahren unternommen wurden, um das Medizinstudium zu reformieren und die Lehre zu professionalisieren.

Wenn sich die 35 Medizinischen Fakultäten dazu entschließen, gemeinsam und regelmäßig einen solchen Preis zu verleihen, und wenn

jede Fakultät zum Beispiel 500 € pro Jahr hierzu beisteuerte, dann könnte alle zwei Jahre ein mit 35.000 € dotierter Lehrpreis für die Medizin ausgelobt werden. Dann würde der Stifterverband noch etwas dazugeben, und alles hätte einen ganz anderen Impetus, als einmalig heute in Greifswald für die Medizin ein Zeichen zu setzen, und dabei bliebe es bis auf Weiteres.

Der Stifterverband versteht sich als Animator und Anstifter. In Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz, die wir weiter ausbauen wollen, kann ich mir vorstellen, dass dieser Ars legendi-Preis was wird.

Einer der in Europa bekanntesten Ausbildungsforscher und Reformer des Medizinstudiums, Cees van der Vleuten von der Universität Maastricht, hat einmal gesagt:

„There is a remarkable difference in attitude between university staff as teachers and as researchers. As researchers we critically read the newest literature, we think of new approaches and theories, look for verification and submit our work ... rigorous peer review. As teachers we do things because ... that is the way it has been done ... highly convinced that what we do is appropriate.“

Die beiden Preisträger, die wir heute Abend auszeichnen, Herr Professor Putz und Frau Dr. Harendza, können mit dieser Beschreibung nicht gemeint sein. Sie vereinen Forschung und Lehre in ihren Personen und betreiben beides gleichermaßen professionell, erfolgreich und vorbildlich. Ihnen möchte ich im Namen des Stifterverbandes und der Hochschulrektorenkonferenz herzlich gratulieren.

Bevor ich Ihnen aber den Preis überreichen darf, werden wir nun von Herrn Professor Ruppert ein paar Worte zu den Kriterien und zum Auswahlprozess unseres Preises hören.

**Ansprache von Professor Dr. Helmut Ruppert**

Präsident der Universität Bayreuth, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was ist gute Lehre, wie misst man sie und wie bewertet man sie im Vergleich? Das sind Fragen, die sehr langweilig klingen, aber sie stehen natürlich im Hintergrund des heutigen Tages. Man muss sie beantworten, wenn man zu einer würdigen und respektablen Entscheidung über Preisträger kommen möchte.

Die erste Entscheidung war, den Preis für ein bestimmtes Fach auszuloben, das jährlich wechselt. So können spezifische Kriterien entwickelt und Vorschläge besser verglichen werden. In der Medizin beispielsweise ist die Lehre aktuell sehr stark von der neuen Approbationsordnung geprägt, aber auch von einer beeindruckenden Entwicklung der Lehr- und Prüfungsformen, der Weiterqualifikation für Lehraufgaben und der Ausbildungsforschung. Die Vorschläge, die eingegangen sind, legen ein beredtes Zeugnis davon ab.

Die vorgeschlagenen Personen stehen für sehr unterschiedliche Projekte, die alle auf ihre Weise bemerkenswert sind. Einige Themen kehren dabei immer wieder:

- Die Vorbereitung auf die ärztliche Praxis, der frühe Kontakt zu klinischen Themen und die Heranführung der Studierenden an den Umgang mit den Patienten.
- Im Zusammenhang damit die Auseinandersetzung mit der eigenen Berufsrolle als Arzt oder Ärztin.
- Das Abstellen der Lehre auf die Lernprozesse der Studierenden, nicht allein auf einen tradierten Kanon von Inhalten und Lehrformen.
- Das Entwickeln oder Adaptieren neuer Lehr-/Lernformen und Prüfungsformen.
- Das Weiterentwickeln der eigenen Lehre durch Weiterbildungen, aber beispielsweise auch durch gegenseitige Hospitationen von Kolleginnen und Kollegen.

- Und schließlich die Organisation guter Lehre, also die Abstimmung unter den Lehrenden, die Entwicklung neuer Curricula, bis hin zum Schaffen von Abstimmungsgremien, Weiterbildungsangeboten oder Anreizsystemen in der leistungsorientierten Mittelvergabe.

Es ist diese Kombination, die HRK und Stifterverband wichtig war, und das war die zweite, wichtige Entscheidung: Über die gute Lehre des Einzelnen hinaus geht es ganz wesentlich um ein Engagement über den eigenen Wirkungsbereich hinaus, für Strukturen, die gute und innovative Lehre fördern; Strukturen, die in die Fakultät, die gesamte Disziplin und vor allem auch in die Zukunft wirken, im Sinne einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung.

Wir haben entsprechende Kriterien gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Medizin in einem eintägigen Workshop entwickelt, und wir dürfen wohl sagen, dass sie sich im gesamten Verfahren bewährt haben. 50 Personen sind uns auf diese Weise vorgeschlagen worden, und wir haben jeweils die Perspektiven der Fakultäten, der Fachschaften und der Personen selbst eingeholt. Für die Entscheidung konnten wir eine unabhängige Jury gewinnen, der Mediziner, Medizindidaktiker, allgemeine Hochschuldidaktiker und Studierende der Medizin angehörten.

In der engeren Auswahl der Jury lassen sich drei Typen von Personen unterscheiden:

- Die langjährigen Protagonisten der medizinischen Lehre, die sich seit vielen Jahren in der eigenen Lehre, in der Weiterbildung, in Modellstudiengängen und in den Gremien und Fachgesellschaften engagieren. Sie sind die Pioniere, die viele der aktuellen Entwicklungen in der medizinischen Lehre erst möglich gemacht haben.
- Die jungen, sehr professionellen Lehrenden, die auch in der Ausbildungsforschung stark sind. Sie stehen dafür, dass eine Hochschulkarriere künftig auch über die Professionalisierung im Bereich der Lehre möglich sein muss.



- Last, but not least: Die engagierten Umsetzer, die neue Lehr- und Lernkonzepte aufnehmen und in ihren Fakultäten einführen, teilweise auch gegen erhebliche Widerstände.

Die Qualitätsentwicklung in der Lehre benötigt alle drei Typen: Die ‚Pioniere‘, die ‚Innovatoren und Forscher‘ und die ‚Umsetzer‘, die oftmals die Brücke zwischen Innovation und Praxis bilden.

Gute Lehre wird von vielen Protagonistinnen und Protagonisten getragen, von denen wir im Laufe des Verfahrens einige kennen gelernt haben. Ihnen allen, das möchte ich zum Schluss meines Berichtes betonen, gebührt unser Respekt.

Die Jury hat ihre Entscheidung nach einer sehr sachorientierten Diskussion einmütig gefällt. Im Namen des Stifterverbandes und der HRK danke ich ihren Mitgliedern sehr für ihr Engagement. Ich freue mich, dass wir diesen ‚ersten Durchgang‘ des Ars legendi-Preises zu einem guten Ergebnis führen konnten und darf damit an Herrn Dr. Oetker übergeben, der den Preis des Stifterverbandes übergeben wird.

## Laudatio der Ars legendi-Preisträger

**durch Professor Dr. Dietrich Niethammer**

ehemaliger Vorsitzender des Medizinausschusses des Wissenschaftsrates

Dem langjährigen Mitglied und Vorsitzenden des Ausschuss Medizin des Wissenschaftsrates ist es eine Ehre und Vergnügen, als Jury-Mitglied für den Ars Legendi Preis heute die Laudatio halten zu dürfen. Dass die erste Verleihung dieses Preises ausgerechnet in einer traditionsreichen Universität der neuen Bundesländer geschieht, hat für mich eine besondere Bedeutung. Bei den Begehungen der neun medizinischen Fakultäten in den neuen Bundesländern im Auftrag des Wissenschaftsrates kurz nach der Wende fiel uns an allen Standorten auf, dass der Lehre von den Professoren dort ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt wurde als in den Universitäten der alten Bundesländer. Dort war in der Medizin vielerorts die Lehre eine eher lästige Belastung neben der Krankenversorgung, es gab weder Studiendekane oder Studienkommissionen, keine strukturierten Lehrpläne und die Hauptvorlesung war weiterhin das zentrale Lehrinstrument. Der Medizinausschuss ist in den 90er Jahren nicht müde geworden, allen Fakultäten deutlich zu machen, dass Forschung und Lehre die zentralen Aufgaben der Hochschulmedizin sind.

Zunächst hat sich viel im Bereich der Forschung getan, aber dann rückte, vor allem mit Einführung der neuen Approbationsordnung, doch auch die Lehre immer mehr in das Blickfeld. Die Mitglieder der Jury waren jetzt sehr beeindruckt, zu sehen, dass an fast allen medizinischen Fakultäten in den letzten fünf bis zehn Jahren große Anstrengungen zur Reform der Lehre unternommen wurden, wobei meist einzelne Mitglieder der Fakultäten oder kleinere Gruppen als Katalysatoren wirkten. Neben einzelnen engagierten Professoren, von denen einen die Jury zur Auszeichnung vorgeschlagen hat, sind es vielerorts junge aktive Kliniker und Wissenschaftler, die völlig neue Instrumente und Programme für die Lehre entwickelten und implementierten, aber sich auch einer entsprechenden Ausbildung unterzogen. Die Jury beschloss, auch aus dieser Gruppe eine herausragende Vertreterin zur Ehrung vorzuschlagen,

um deutlich zu machen, wie hoch sie das Engagement dieser Nachwuchswissenschaftler bewertet, durch deren Arbeit sehr deutlich wird, dass der Lehre in der Hochschulmedizin in dieser Generation ein viel höherer – und wie ich meine – angemessener Stellenwert im Dreiklang von Forschung, Lehre und Krankenversorgung eingeräumt wird.

Frau Privatdozentin Dr. Sigrid Harendza ist Oberärztin am Universitätsklinikum Eppendorf der Universität Hamburg und wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie ist Fachärztin für innere Medizin und hat sich in diesem Bereich auch habilitiert. Sie hat einen Master of Medical Education an der Universität Bern abgeschlossen mit einer Arbeit über die Evaluation des Studienreformprozesses in ihrer Fakultät. Und seit Kurzem ist sie nun auch Prodekanin für Lehre in Hamburg.

Professor Dr. Reinhard Putz ist Professor für Anatomie und Vorstand der Anatomischen Anstalt an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seit 1979 ist er Hochschullehrer. Seine wissenschaftlichen Verdienste, seine Preise, seine Funktionen in den unterschiedlichen Fachgesellschaften sind sehr umfangreich. Seit 2003 ist er Prorektor für Lehre der Universität München. Und in einem früheren Leben war er einmal Volksschullehrer – ein Umstand, von dem er selbst sagt, dass er seine Sensibilität für Fragen der Lehre und seinen professionellen Zugang dazu mitgeprägt hat.

Die Jury hat sich entschlossen, diesen beiden Personen den Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre des Stifterverbandes zuzuerkennen. Beide ragen aus einem wirklich beeindruckenden Bewerberfeld heraus.

Frau Dr. Harendza hat an ihrer Fakultät einen Entwicklungsprozess für mehr Qualität in der Lehre initiiert, der in sehr beeindruckender Weise umfassend ist. Sie hat nicht viele Handlungsfelder ausgelassen, die man sich hier vorstellen kann:

- Sie hat neue Lehr- und Prüfungsformen in ihrer eigenen Lehre umgesetzt.
- Sie hat einen ganzen Themenblock und ein Wahlfach des medizinischen Curriculums selbst inhaltlich gestaltet.

- Sie hat aber vor allem einen Prozess der Curriculumsentwicklung geleitet, den sie nach anerkannten medizindidaktischen Gesichtspunkten gestaltet hat. In diesem Prozess zieht sie mit viel Geschick und Energie die ganze Fakultät mit. Das ist alles andere als trivial.
- Sie hat, weil neue Lehr- und Lernformen auch neue Qualifikation der Lehrenden erfordern, Weiterbildungen organisiert, wobei sie einen Teil davon selber bestreitet.
- Sie hat eine Arbeitsgruppe für ‚faculty development‘ initiiert - und auch gleich deren Leitung erhalten. Das ist das Schicksal von Leuten mit guten Ideen und großem Engagement!
- Sie hat Öffentlichkeitsarbeit für die Reform in der Fakultät und darüber hinaus betrieben.
- Und schließlich hat sie mit Kolleginnen und Kollegen ihrer Fakultät eine Arbeitsgruppe etabliert, die die Qualität der Reformen überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt.

Es sind also umfassende Maßnahmen, die die Lehrqualität entwickelt und verbessert, aber auch dauerhaft gesichert haben.

Frau Dr. Harendza übernimmt kein bestehendes Modell für medizinische Lehre. Sie schöpft aus ihrem didaktischen Fachwissen, das sie sich neben ihrem Fortkommen als Medizinerin angeeignet hat und sie nützt außerdem ein großes Talent, Prozesse zu organisieren. Sie bezieht weiterhin offenbar aus einer ebenso überzeugenden wie mitreißenden Wesensart, die in den Stellungnahmen gelobt wird, viele Kollegen in der Fakultät mit ein. Und außerdem kann sie zaubern, was ja vielleicht zu ihren Erfolgen mit beigetragen hat.

Herr Professor Putz hat begonnen, sich der Professionalisierung medizinischer Lehre zu widmen, als das Thema kaum in den Kinderschuhen steckte. Er hat Lehrbücher und Atlanten verfasst oder an ihnen mitgearbeitet und hat mit seinen Mitarbeitern Lernsoftware entwickelt. Bei den Studierenden ist er für seine Lehre, aber auch seine offene und humorvolle Art anerkannt und beliebt. In einem studentischen Film, so berichtet die Fachschaft, hat er Marlon Brando gespielt und sie offenbar auch damit in seinen Bann geschlagen!

Insbesondere in den letzten zehn Jahren hat Professor Putz dann Initiativen ergriffen, die sowohl seine große Fakultät, als auch die gesamte medizinische Hochschullehre in Deutschland geprägt haben.

- Er hat mit anderen an der Münchener Fakultät einen Prozess der Qualitätsentwicklung in der Lehre in Gang gesetzt, der auf der Zusammenarbeit mit der Harvard Medical School basiert. Für die Lehrenden – einschließlich seiner selbst – beinhaltet dieser Prozess Weiterbildungen zur Lehre.
- Seit 1997 hat er mit einer Gruppe von Hochschullehrern problemorientiertes Lernen (POL) in den klinischen Semestern eingeführt. Damit hat er die Fakultät insgesamt dazu gebracht, sich mit neuen Lehr-/Lernformen auseinanderzusetzen.
- Seit dieser Zeit organisiert er mit einer Gruppe von Hochschullehrern halbjährlich hochschuldidaktische Kurse für Fakultätsangehörige – und inzwischen auch darüber hinaus. Dabei geht es ihm nicht allein um Methoden, sondern auch um das Rollenverständnis der Lehrenden – ein Aspekt, der bei den Teilnehmenden offenbar großen Eindruck macht.
- Sein vielleicht wichtigstes Werk, so sagt er auch selbst, ist der hochschulübergreifende Master of Medical Education, der seit Kurzem an der Universität Heidelberg angesiedelt ist. Es ist der erste Studiengang dieser Art in Deutschland und Professor Putz hat sich intensiv als führender Initiator im medizinischen Fakultätentag für die Einrichtung dieses Studiengangs eingesetzt, wofür er nicht zuletzt Unterstützung vom Stifterverband erhielt. Wer den Prozess kennt, weiß, wie schwierig diese Aufgabe war.

Man darf Herrn Professor Putz wohl als Pionier bezeichnen, der aber auch selber die Konzepte immer umgesetzt hat, sowohl in seiner Lehre als auch in Weiterbildungen in zahlreichen Veranstaltungen. Und er ist bis heute weiter sehr aktiv.

Sie, Frau Dr. Harendza, demonstrieren uns viele Facetten des Berufs des klinischen Hochschullehrers in Forschung, Lehre und Krankenversorgung. Sie sind eine sehr professionelle Lehrende. Aber Sie sind auch Managerin, Managerin für Lehrqualität sozusagen. Sie schaffen in Ihrer Fakultät Strukturen und Prozesse, die, wie ein Kollege in der Jury sagte, irgendwann auch ohne Sie funktionieren werden. Das ist nun wirklich

nachhaltige Qualitätsentwicklung. Und durch Ihre Publikationen und Ihre Tätigkeit als Dozentin für Projektmanagement im Studiengang zum Master of Medical Education geben Sie diese Kompetenzen weiter. Das ist eine zweite Dimension der Nachhaltigkeit.

Herr Professor Putz! Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme zum Vorschlag Ihrer Person, dass gerade die Medizin professionelle Lehre braucht, denn anders sei die umfangreiche Ausbildungsaufgabe schlicht nicht zu bewältigen. Und das bedeutet ganz wesentlich eine Professionalisierung der Lehrenden. Der Präsident des Stifterverbandes, Dr. Oetker, hat am Schluss seiner Rede verdeutlicht, wie absurd unser häufig wenig reflektierter Umgang mit der Lehre ist. Sie, Herr Putz, haben das schon lange erkannt. Sie handeln beharrlich und sehr konsequent aus dieser Erkenntnis heraus. Und Sie werden nicht müde, anderen die Notwendigkeiten vor Augen zu führen.

Ich denke, es ist deutlich geworden, wie wichtig die Beiträge unserer Preisträgerin und unseres Preisträgers für die Lehre in der Medizin sind. Wir haben allen Grund, Ihnen dafür zu danken! Denn wir brauchen Wertschätzung für die Lehre, wir brauchen Professionalität, für die Herr Putz seit langem kämpft. Und wir müssen deutlich machen, dass der Auftrag des Hochschullehrers in Wissenschaft und Lehre wurzelt, wie es auch Frau Harendza vorlebt.

Ich wünsche schließlich diesem Lehrpreis Glück und Gelingen, denn er ist eine hervorragende Initiative in einem eminent wichtigen Thema für die deutschen Hochschulen, die dem Stifterverband und der HRK dafür großen Dank schulden. Möge dieses Projekt, lieber Herr Oetker und liebe Frau Wintermantel, auch längerfristig ein Erfolg werden und seine Ziele erreichen. Schließlich können alle Fakultäten nur davon profitieren.

## Dankesworte der Ars legendi-Preisträger

**Dr. Sigrid Harendza**

Medizinische Fakultät der Universität Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

für einen Hochschullehrer und einen Arzt gilt das gleiche Berufsprinzip: Man muss Menschen mögen, um in diesem Beruf glücklich zu sein. Man muss sich daran freuen können, wenn Studierende aus einer guten Lehrveranstaltung herausgehen und selbstständig in der Lage sind, ein Problem lösen zu können oder einen Sachverhalt selbstständig bearbeiten zu können. Und man sollte als Lehrer auch immer der Partner seiner Studierenden sein.

Ich selbst habe während meiner Schulzeit als Nachhilfelehrerin immer sehr viel Freude daran gehabt, wenn die Schüler, die ich betreut habe, auf eine spielerische Art und Weise plötzlich immer bessere Noten geschrieben haben. Dies ist eine Freude, die mir auch erhalten geblieben ist und die meine Arbeit in sehr wichtiger Weise begleitet.

Aber zur Entwicklung eines Curriculums gehört natürlich mehr, als einfach Menschen zu mögen. Es gibt meiner Ansicht nach fünf wichtige Punkte, die hierbei eine Rolle spielen und die auch den Prozess, den wir an der Medizinischen Fakultät in Hamburg gegangen sind, sehr nachhaltig geprägt haben.

Der erste Punkt ist, dass man in der Lage sein muss, die eigenen Strukturen zu hinterfragen, die natürlich langjährig etabliert sind; aber man muss diese kritische Haltung bewahren und auch in der Lage sein, die Strukturen kritisch zu beäugen. Der zweite wichtige Punkt, der danach kommt, ist, dass es eine Person oder eine Gruppe von Personen geben muss, die eine Vision entwickeln, also etwas, was den Veränderungsprozess in Gang bringt. Man muss diese Vision auch an die Fakultät kommunizieren, um für diese Idee Mitstreiter zu gewinnen. Der

dritte Punkt, der sehr wichtig ist, ist, dass man dann die Kreativität der Mitarbeiter, die in diesem Prozess arbeiten, unterstützt und dass insbesondere auch von den Personen, die in den leitenden Funktionen sind, also vom Dekan, vom Studiendekan, für diese Mitarbeiter eine Unterstützung gewährleistet ist, was wir in Hamburg in einer hervorragenden Weise erlebt haben. Der vierte und vielleicht wichtigste Punkt ist, dass man selbst authentisch sein muss. Man muss seine Werte leben; und man muss auch das, was andere in diesen Prozess einbringen, wertschätzen und diese Wertschätzung auch zeigen. Der fünfte und letzte Punkt, vielleicht auch nicht ganz unwichtig, und deswegen bin ich auch heute hier: Man muss seine Erfolge auch feiern.

Ich freue mich sehr, dass ich stellvertretend für die Medizinische Fakultät in Hamburg die Hälfte des Ars legendi-Preises entgegennehmen darf, und ich freue mich, dass die Hochschulrektorenkonferenz und der Stifterverband unsere Arbeit in Hamburg auf diese Weise wertgeschätzt und gewürdigt haben.

Da ich gerade gesagt habe, dass es wichtig ist, die Erfolge zu feiern, und ich natürlich das Curriculum in Hamburg nicht ganz alleine reformiert habe, möchte ich noch etwas dazu sagen, was ich mir überlegt habe, wie ich den Preis nutzen kann oder nutzen möchte. Es gibt zwei Dinge, die mir dabei sehr wichtig sind. Das Erste ist, dass ich ein großes Fest veranstalten möchte für alle Personen, die an unserer Fakultät an diesem Entwicklungs- und Reformprozess beteiligt waren. Das sind inzwischen über 200 Personen aus dem Kreis der Dozierenden und auch der Studierenden. Diese Personen haben alle diese Arbeit gemacht und freuen sich hoffentlich über eine große Feier.

Das Zweite, was mir auch sehr wichtig ist: Es gibt bei uns an der Fakultät die Möglichkeit, Doktorandenpreise zu stiften. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, junge Leute insbesondere auch an die Ausbildungsforschung heranzuführen. Ich denke, dass es die Möglichkeit gibt, an der Fakultät vielleicht einen Teil des Preisgeldes dafür zu nutzen, einen solchen Promotionspreis für junge Medizinstudierende zu stiften. Die meisten von Ihnen wissen vermutlich, dass es didaktisch ganz schlecht ist, einen Vortrag zu halten, ohne dass man irgendwelches



Anschauungsmaterial dabei hat, und dass es auch schlecht ist, von einem Vortrag wegzugehen, ohne eine Take-home-Message mitgegeben zu haben. Herr Dr. Oetker hat gesagt, man soll den Ball im Spiel halten. Ich habe Ihnen daher aus meinem Zaubertrichter etwas mitgebracht, und zwar diese beiden Bälle (holt zwei rote Bälle aus der Jackentasche). Diese beiden Bälle sollen zum einen die Studierenden verkörpern und zum anderen die Dozierenden. Wir haben ja gerade schon etwas darüber gehört, dass es ein großes Problem war, dass die Studierenden ihre Sache gemacht haben oder Dinge nicht gut fanden und dass die Dozierenden ihr altes Curriculum gehabt haben und damit auch mehr oder weniger zufrieden waren. Also saß jeder in seinem Kämmerlein (steckt einen Ball rechts und einen Ball links in die Jackentasche) und hat nicht mit dem anderen geredet; und es passierte gar nichts. Dann haben wir den Reformprozess begonnen, und die Studierenden und Dozierenden kamen aus ihren Kämmerlein wieder heraus (holt Bälle aus der Jackentasche) und fingen an miteinander zu sprechen und zu kommunizieren (bringt Bälle aus rechter und linker Hand in einer Hand zusammen). Das ging über einen ziemlich langen Zeitraum, inzwischen vier Jahre. Und wenn das gut gelingt, dann ist es tatsächlich möglich, wenn diese Personengruppen miteinander kommunizieren, ein gutes Curriculum (öffnet die Hand, darin befindet sich ein roter Quader, die beiden Bälle sind verschwunden) zu schaffen. Vielen Dank!

**Professor Dr. Reinhard Putz**

Ludwig-Maximilians-Universität München

Mit diesem Preis, über den ich mich persönlich sehr, sehr freue, hat die HRK, haben Sie meine Damen und Herren, gemeinsam mit dem Stifterverband ein außerordentlich wichtiges Zeichen gesetzt. Sie haben damit einen in der universitären Konkurrenz grundsätzlich eher stiefmütterlich behandelten Bereich unseres Hochschulsystems überaus positiv auf die öffentliche Bühne gestellt und strahlen ihn mit hellem Licht an. Durch die Ausschreibung dieses Preises Ars legendi haben sie für uns alle ein Zeichen gesetzt, dass neben der Wissenschaft auch der akademischen Ausbildung in unserer Universität ein Marktwert zukommt.

Wenn ich hier dankbar im Rampenlicht stehen darf, dann müssten neben meiner Familie einige Wegbegleiter neben mir stehen:

- Mein Übungslehrer während meiner Ausbildung zum Volksschullehrer, der mit einem einzigen Satz mein Leben maßgeblich beeinflusst hat – ich komme darauf zurück,
- mein erster akademischer Lehrer, der mich in Freiheit die Begeisterung für die wissenschaftliche funktionelle Morphologie, Biomechanik entwickeln ließ, aus der heraus ich eine erfolgreiche wissenschaftliche Arbeitsgruppe durch die Jahrzehnte führen konnte,
- meine Mitarbeiter, von denen ich vier zur Habilitation führen konnte und die inzwischen alle in Leitungspositionen berufen worden sind,
- unser Ausbildungsteam von München, mit dem wir nun durch zehn Jahre Trainingskurse für Hochschuldidaktik durchführen und ein neues Medizinisches Curriculum, ‚MeCuM‘, etabliert haben,
- und das Team unseres Studiengangs Master of Medical Education, den wir mit Unterstützung des Stifterverbandes und getragen vom MFT und einigen Med. Fakultäten schließlich in Heidelberg etablieren konnten.

Wie soll man das, wofür ich mich tatsächlich engagiert habe, verstehen? Lassen Sie mich das Problem hier vor dem höchsten universitären Forum unserer Republik in einigen wenigen Worten skizzieren. Wer als junger Mensch erfüllt von der Begeisterung für ein wissenschaftliches Gebiet seinen Berufsweg in der Universität sieht, der will Wissenschaft machen, der will forschen. Daraus, das weiß jeder von Ihnen, leitet sich zuerst unser Selbstverständnis ab, unsere Identifizierung mit der Universität. Wir führen andere junge Menschen in unsere Wissenschaft ein, entwickeln unser Fach in Vorlesungen und Seminaren, ziehen Doktoranden heran, habilitieren uns, bekommen mit etwas Glück eine Professur.

Aus dem wissenschaftlichen Erfolg heraus, der mit verschiedensten – wenn auch von Fach zu Fach umstrittenen – Methoden gemessen wird, bestehen wir die nationale und internationale Konkurrenz bis hin zum Universitäts-Ranking. So schön kann die Welt der Universität, die Welt von Forschung und akademischer Lehre sein.

Doch die Öffentlichkeit verlangt von der Universität noch etwas Anderes, die Ausbildung von jungen Menschen für verschiedene für die Gesellschaft wichtige Berufsbilder, die nicht unbedingt direkt mit wissenschaftlichen Fächern korrespondieren. In einigen Fächern hat der Gesetzgeber von Beginn des letzten Jahrhunderts an zunehmend Wert darauf gelegt, die Qualität des Abschlusses selbst zu bestimmen und nicht ausschließlich in der persönlichen Einschätzung der Hochschule zu belassen. Ausbildungsordnungen haben vorgegeben, bzw. versucht vorzugeben, welches Wissen, welche Fähigkeiten, welche Einstellungen, die Ärztin, der Arzt, die Juristin, der Jurist, die Lehrerin, der Lehrer am Schluss des Studiums nachweislich besitzen sollte. Von der Universität wurde und wird zunehmend verlangt, mit den eigentlich wissenschaftlich definierten Ressourcen berufsbezogene Ausbildung durchzuführen. Es geht um Ausbildung mit Zielvorgaben, die zwangsläufig hinter der aktuellen Forschungsrealität herhinken, herhinken müssen, da sie sich auf geprüfte Standards berufen müssen.

Dieser Widerspruch zwischen freier wissenschaftlicher Orientierung und Zielsetzung auf der einen und Verpflichtung zur Mitwirkung an einer berufsbezogenen oft als trivial empfundenen Ausbildung auf der anderen Seite, ist das hin und hin offenkundige Problem. Der Kern des Problems aber ist, dass die beiden Ansprüche, die erfüllt werden müssen, ungleichen Bewertungsmaßstäben ausgesetzt sind. Nur wenn Engagement und Effizienz bei der Erfüllung der Ausbildungsaufgabe einen Marktwert erhalten, der dem wissenschaftlichen Marktwert gleich oder zumindest nahe kommt, kann dieser Konflikt aufgelöst werden. Mit Appellen allein geht dies nicht! Im Gegenteil: Appelle wirken mittelfristig demotivierend und finden Echo höchstens bei einigen wenigen Idealisten.

Dieser Preis Ars legendi macht Vielen in unseren Universitäten Mut – all denen, die nicht aufgegeben haben, die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Herausforderung und Ausbildungsverpflichtung zu versuchen. Auch wenn heute vielfach einer Aufspaltung von Forschung einerseits und Ausbildung andererseits das Wort geredet wird, geht es meines Erachtens im Gegenteil darum, dass gerade unsere aktivsten und damit begeisterten Wissenschaftler diese Begeisterung auch in ihre Ausbildungsverpflichtung hineinbringen.

Mein zitierter Übungslehrer hat mich nach meinem ersten Lehrauftritt damals zur Seite genommen und hat einen einzigen Satz zu mir gesagt, der allerdings mein Leben bestimmt hat: „Herr Putz, erst wenn Sie das Ziel kennen, kennen Sie den Weg.“ Und das, meine Damen und Herren, war und ist seit Jahren mein Ziel in Bezug auf die universitäre Ausbildung: Es geht darum, gerade die wissenschaftlich orientierten Kolleginnen und Kollegen für die Ausbildungsaufgabe zu gewinnen. Der Weg war und ist, ihnen didaktische Einsichten zu vermitteln, die sie die Faszination der Ausbildungsaufgabe begreifen lassen, ihnen Unterrichtsmethoden zu vermitteln, die ihnen Sicherheit in der Umsetzung der Unterrichtsaufgabe geben und sie schließlich in das zum Überleben in der Universität notwendige Zeitmanagement einzuführen.

Die besten Hochschullehrer sind Wissenschaftler, die zu lernen bereit sind, was Ausbildung an Theorie und Praxis in einem bestimmten Bereich erfordert. Abgesehen von den immer noch zahlreichen Idealisten erfordert diese Bereitschaft freilich einen materiellen Anreiz. Der zeitliche Aufwand und die Effizienz der Ausbildung müssen einen – ich komme an den Anfang meiner Bemerkungen zurück – für alle Beteiligten spürbaren Marktwert erhalten. Standardisierte Evaluationen mit transparenten, quantitativen und qualitativen Parametern, die zu institutionellen und individuell als angemessen bewerteten Incentives führen, werden der Weg zur Bewältigung der Herausforderung an eine zunehmend anspruchsvollere Ausbildung sein müssen. Die Studienbeiträge - so problematisch sie aus sozialen und aus verwaltungstechnischen Gründen zu sehen sein mögen – werden ohne Zweifel Bewegung in die Landschaft bringen.

Dieser Preis Ars legendi, für den ich auch im Namen aller meiner Wegbegleiter sehr danke, ist ein gar nicht wichtig genug zu wertendes Signal des Aufbruchs. Dem Stifterverband und der HRK vielen Dank.

# Arbeitssitzung

## Vortrag

### Entgrenzung der Wissenschaften und Prämissen des europäischen Wissenschaftsraums: Anregungen zur Gestaltung des Europäischen Forschungsrats

**Professor Dr. Armin von Bogdandy<sup>1</sup>, M.A.**

Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

#### 1. Einleitung

Die europäische Wissenschaftspolitik bewegt ein großes Projekt: die Schaffung und Gestaltung eines europäischen Raums der Wissenschaft. Dieses Projekt steht in der Tradition zweier bemerkenswert erfolgreicher Projekte im Hochschulbereich: der Förderung der Studenten- und Dozentenmobilität im Rahmen des Erasmus-, später Sokrates-Programms<sup>2</sup> und der Harmonisierung des tertiären Bildungsbereichs im Rahmen des so genannten Bologna-Prozesses, erfolgreich – so versteht sich – aus der Perspektive ihrer Initiatoren.<sup>3</sup> Während diese beiden Projekte auf die universitäre Lehre fokussiert sind, steht jetzt die Forschung im Mittelpunkt. Zwar gab es immer schon eine europäische Wissenschaftspolitik, sie war jedoch stark anwendungsbezogen. Nunmehr soll in der großen Vision eines europäischen Wissenschaftsraums die ganze Breite der Forschung einschließlich der Grundlagenforschung und der Geisteswissenschaften einbezogen

---

<sup>1</sup> Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg. Der Vortrag beruht auf Überlegungen, die in folgender Weise veröffentlicht wurden: Wissenschaft im Sog der Entgrenzung, Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (ZfBB) 51 (2004), 3; Der rechtliche Rahmen eines autonomen Europäischen Wissenschaftsrates, Wissenschaftsrecht 37 (2004), 224 (letzteres gemeinsam mit Dietrich Westphal).

<sup>2</sup> Ausführlich zur Geschichte des Erasmus- bzw. Sokrates-Programms etwa Carlos Pedro Sobreira, A História da cooperação internacional e dos limites da integração educativa na União Europeia, 2004, S. 62 ff.

<sup>3</sup> Hierzu im Detail Ute Mager, Die Universitäten im Zeichen von Ökonomisierung und Internationalisierung, VVDStRL 65 (2006).

werden. Die Speerspitze dieser Bemühungen ist die Einrichtung eines europäischen Forschungsrats zur Förderung der Grundlagenforschung. Mit seinem geplanten Etat von knapp 12 Milliarden Euro könnte ein solcher Forschungsrat in der Tat in den Jahren 2007 bis 2013 tief greifende Wirkungen auf die Wissenschaftslandschaft zeitigen.

Im Hintergrund dieser Bemühungen stehen die Gipfel des Europäischen Rates von Lissabon (2000) und von Barcelona (2002). Nach dem ersten Gipfel soll die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zur wettbewerbsfähigsten Wissensgesellschaft der Welt werden.<sup>4</sup> In Barcelona entschieden dann die Staats- und Regierungschefs, zur Erreichung dieses Ziels ihre Gesamtforschungsausgaben auf 3 % des BIP zu steigern.<sup>5</sup> Ein auch der Grundlagenforschung zugewandter europäischer Forschungsraum (European Research Area, ERA) soll entstehen. Die dänische Präsidentschaft der Union setzte im Oktober 2002 im Anschluss an eine Konferenz zum Thema ‚Europäischer Forschungsrat‘ eine Ad-hoc-Expertengruppe ein, welche Vorschläge zur praktischen Umsetzung der Vorhaben machen sollte.<sup>6</sup> Der im Dezember 2003 vorgestellte Mayor-Report basiert auf den Ergebnissen diverser europäischer Konferenzen und Gespräche unter Beteiligung von Wissenschaft<sup>7</sup> und Politik.<sup>8</sup> Er empfiehlt nachdrücklich die Gründung eines Europäischen Forschungsrates, äußert sich aber nur rudimentär zu

---

<sup>4</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000 (SN 100/00), Nr. 5.

<sup>5</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Barcelona), 15. und 16. März 2002 (SN 100/02 ADD 1), Nr. 47. Nach jüngsten Meldungen werden in der EU mittlerweile fast 2 % des BIP für Forschung und Entwicklung verwandt; allerdings bestehen erhebliche Disparitäten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, unter denen Schweden (4,27 %) und Finnland (3,49 %) besonders positive, Griechenland (0,67 %) und Portugal (0,84 %) dagegen recht niedrige Werte erzielen.

<sup>6</sup> Vgl. ERC-Expert Group (Mayor-Group), Report: The European Research Council, A Cornerstone in the European Research Area, Danish Ministry of Science, Technology and Innovation, Copenhagen, December 15 2003, 3.

<sup>7</sup> Zu nennen sind hier insb. eine Gruppe von 45 Nobelpreisträgern, die Europäische Wissenschaftsstiftung (European Science Foundation, ESF), der Verband der Leiter und Präsidenten der nationalen Forschungsräte (European Heads of Research Councils, EuroHORCS) sowie der Europäische Forschungsbeirat (European Research Advisory Board, EURAB).

<sup>8</sup> Beispielsweise die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. November 2003 (P5-TA-PROV (2003) 0495) zu der Kommissionsmitteilung „In die Forschung investieren: Aktionsplan für Europa“ vom 4. Juni 2003 (KOM (2003) 226 endg.).

den rechtlichen Rahmenbedingungen.<sup>9</sup> Die Kommission hat am 6. April 2005 einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das 7. Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (KOM(2005) 119 endg.) und am 21. September 2005 einen Vorschlag für eine Entscheidung des Rats über das spezifische Programm ‚Ideen‘ zur Durchführung des 7. Rahmenprogramms (2007-2013) der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (KOM(2005) 441 endg.) vorgelegt. Letzteres soll spezifisch der Förderung der Grundlagenforschung mittels des Europäischen Forschungsrats dienen. Zur Vorbereitung rief der Forschungskommissar Potočnik im Juli 2005 eine Reihe von Wissenschaftlern in den wissenschaftlichen Rat des noch zu gründenden Europäischen Forschungsrats. Derzeit werden die Richtlinien der europäischen Forschungsförderung entwickelt. Hierauf sind die nachfolgenden Überlegungen bezogen.

Der erste Hauptteil soll Optionen der Fortentwicklung der nationalen Wissenschaftssysteme im europäischen Wissenschaftsraum entwickeln (2.). Zu diesem Zweck erinnert er zunächst an die enge Verbindung von Wissenschaftssystem und Nationalstaat (2.1.). Nur vor diesem Hintergrund kann das Phänomen der Entgrenzung oder Globalisierung recht eingeschätzt werden, als dessen Teil der europäische Wissenschaftsraum zu verstehen ist (2.2.). Im Weiteren geht es dann darum, die Entwicklungsoptionen der nationalen Wissenschaftssysteme unter den Stichwörtern einer Binnenmarktoption, einer Kulturoption und einer Zivilisationsoption zu thematisieren. Der zweite Hauptteil (3.) wendet sich auf dieser Grundlage dann Fragen des derzeit wichtigsten Projekts zur Schaffung eines europäischen Wissenschaftsraums zu: dem Europäischen Forschungsrat. Insbesondere zwei große rechtliche und zugleich wissenschaftspolitische Herausforderungen sind zu meistern: die Begründung der Legitimität einer solchen Fördereinrichtung mit Blick auf den Grundsatz der Subsidiarität (3.1.) und die Wahrung der wissenschaftlichen Autonomie bei der Mittelvergabe (4.). Thematisiert

---

<sup>9</sup> Mayor-Group (Anm. 5), 5, 14 f. Vorgeschlagen wird ein Fördervolumen von bis zu 2 Mrd. € für die ersten 3-5 Jahre, vgl. Mayor-Group, ebd., 4.

werden müssen aber auch die Gefahren, die den Geisteswissenschaften in einem europäischen Wissenschaftsraum drohen (3.2.).

## **2. Die Entgrenzung der Wissenschaft und die Optionen im europäischen Wissenschaftsraum**

### **2.1. Wissenschaft und Nationalstaat**

Um die Zielsetzung, die transformatorische Bedeutung und die Problematik eines europäischen Wissenschaftsraums recht zu begreifen bedarf es der Besinnung auf die nationale Grundverfassung der Wissenschaften. Gewiss gab es stets eine im Prinzip weltumspannende Gemeinschaft des Wissens. Doch diese weltumspannende Gemeinschaft ruht auf einem harten, bisweilen eigensinnigen nationalen Sockel. Der Wissenschaftsbetrieb bildete sich als nationale Veranstaltung, ja als Veranstaltung des Nationalstaats aus. Die Wissenschaftler waren zumeist Staatsdiener, ihr Nachwuchs – insbesondere in staatstragenden Bereichen wie Recht oder Theologie – wurde staatlich examiniert. Der Nationalstaat finanzierte die Wissenschaften zwecks effektiver Verwaltung, nationalen Ruhmes und volkswirtschaftlicher Gewinne. Folgsam organisierten sich die Wissenschaften in nationalen Vereinigungen, pflegten nationale Publikationsorgane, trugen in der Landessprache eine nationale wissenschaftliche Öffentlichkeit. Gewiss gab es stets mehr oder weniger intensive internationale Kontakte. Doch diese Kontakte ruhten auf einer nationalen Basis, die weitgehend über Ausrichtung und Stil, Medien und Mittel, Karriere und Reputation entschied. Unter der Käseglocke des Nationalstaats entwickelten die nationalen Wissenschaften markant eigene Duftnoten, insbesondere in den Geisteswissenschaften.

### **2.2. Entgrenzung und Globalisierung**

Allein: diese nationale Basis erodiert. Wichtige Ursachen heißen ‚Entgrenzung‘ oder auch ‚Globalisierung‘. Diese vagen Begriffe bezeichnen das Phänomen, dass unterschiedliche nationalstaatliche Räume enger zusammen rücken, ja teilweise gar zuvor getrennte Bereiche verschmelzen.<sup>10</sup> Neue Kommunikationstechniken lassen zeitliche

---

<sup>10</sup> Näher Armin von Bogdandy, Demokratie, Globalisierung, Zukunft des Völkerrechts – eine Bestandsaufnahme, ZaöRV 63 (2003), 853.



und räumliche Distanzen schrumpfen – wenn nicht gar verschwinden. Globalisierung war bislang vor allem Thema der Wirtschaft und wurde kontrovers diskutiert: Manche verstehen sie als Bedrohung, als Entfesselung finsterner Kräfte, welche die Errungenschaften fortgeschrittener liberaldemokratischer Gesellschaften gefährden; andere hingegen feiern sie als Siegeszug des liberaldemokratischen Daseinsmodus, als Fortschritt in eine lichte und reichere Zukunft.

Was aber heißt Globalisierung der wissenschaftlichen Welt? Sie bedeutet nicht nur hin und wieder einen Aufsatz auf Englisch und mehr Auslandskongresse. Sie bedeutet, allgemein formuliert, dass der nationale Raum nicht mehr allein, wahrscheinlich sogar nur noch nachrangig zählt, wenn es um Ausrichtung und Stil, Medien und Mittel, Karriere und Reputation geht. Wissenschaftler, Politiker und Verlage müssen sich fragen: Welche tatsächlichen Optionen gibt es? Welche der möglichen Ausgestaltungen des europäischen Wissenschaftsraums ist zu bevorzugen? Aus deutscher und kontinentaleuropäischer Sicht lassen sich die möglichen Entwicklungspfade als Optionen zu drei Typen verdichten. Sie seien als Marktoption, Kulturoption und Zivilisationsoption bezeichnet.

Die *Marktoption* heißt, den kontinentaleuropäischen Wissenschaftsbetrieb nach dem Leitbild des europäischen Binnenmarkts und dem Beispiel der Vereinigten Staaten zu entwickeln. Sie liegt unreflektiert vielen wissenschaftspolitischen Äußerungen gerade im Vorfeld der Einrichtung eines europäischen Forschungsrates zugrunde.

Die gegenläufige *Kulturoption* lautet, zumindest in den für die Nationalkultur relevanten Wissenschaften den nationalen Wissenschaftsbetrieb zu verteidigen; europäische und internationale Begegnung und Austausch gelten zwar als erwünscht, eine Beschädigung der nationalen Basis sei jedoch zu vermeiden. Wissenschaft als Ausdruck und Motor einer Nationalkultur dürfe der nationalen Sprache und dem nationalen Bezugskontext nicht entgleiten. Universitäre Widerstände gegen die Zulassung englisch verfasster Dissertationen können vor diesem Hintergrund erklärt werden.

Die *Zivilisationsoption* schließlich zielt auf eine Vermittlung von erster und zweiter Option. Danach sind insbesondere die nationalen Geisteswissenschaften als Ausdruck und Reflexionsform nationaler Kultur ernst zu nehmen und zu bewahren. Sie sind jedoch in einen transnationalen Raum zu verlängern. Der Aufbau eines transnationalen Wissenschaftsraums insbesondere in den Geisteswissenschaften sollte wesentlich zum interkulturellen Lernen zwischen den Nationalkulturen beitragen sowie zu einer auf Vielfalt ausgerichteten europäischen und internationalen Zivilisation. Beispiel ist nicht der europäische Binnenmarkt, sondern der europäische Verfassungsraum.

In den nationalen Wissenschaften sind Momente jeder Option zu beobachten. In der Astrophysik sieht es anders aus als in der Goethe-Forschung. Und selbst innerhalb einer Teildisziplin wie der Wissenschaft vom transnationalen Recht gibt es ganz unterschiedliche Formen der Globalisierung. Wie stellen sich diese Optionen im Einzelnen dar?

### **2.3. Optionen der Entwicklung**

Für die Volkswirtschaften der westeuropäischen Nationalstaaten bedeutet der Sog der Globalisierung in erster Linie, sich auf den europäischen Binnenmarkt auszurichten. So liegt es nahe zu prüfen, ob nicht die Wissenschaften einen ähnlichen Entwicklungspfad nehmen und auch nehmen sollten. Was bedeutet das Binnenmarktmodell? Die zentrale Idee des europäischen Binnenmarktes ist die Ausdehnung der nationalen Märkte auf eine größere Ebene. Dieser europäische Raum ist – und das gilt als ein Prinzip des Binnenmarktes – außerdem eng international verflochten und gekennzeichnet durch freien Wettbewerb, durch Nicht-Diskriminierung und internationale Offenheit. Die meisten „großen“ Produkte sind solche, die auf den europäischen und grundsätzlich globalen Markt bezogen sind, nicht mehr auf den nationalen.

Für die Wissenschaft bedeutet das Binnenmarktmodell, dass sich ihre ‚Produktion‘ in einem europäischen und darüber hinausgehenden Rahmen abspielt. In vielen Wissenschaften – insbesondere in den Naturwissenschaften oder der Volkswirtschaftslehre – scheint sich dieser Entwicklungspfad zu realisieren. In ihnen wird an global vorgegebenen Problemen gearbeitet, die relevanten Publikationen erscheinen in einer

Handvoll Zeitschriften, und einige wenige Zentren der Forschung bestimmen den Gang der Wissenschaft.

Die Entgrenzung von Räumen und die Bildung von neuen Räumen erfolgt zumeist nach den Regeln des stärksten Systems. So, wie der europäische Währungsraum maßgeblich nach deutschen Vorstellungen und dem Beispiel der Mark entstand, so formt sich der europäische Wissenschaftsraum nach den Regeln der angelsächsischen Wissenschaftswelt. Die erste Regel lautet: Englisch ist die maßgebliche Sprache. Dies hat das deutsche Wissenschaftssystem im Rahmen der Exzellenzinitiative anerkannt.

Ein europäischer und international eng eingebundener Wissenschaftsraum nach den Regeln der angelsächsischen Wissenschaftswelt bietet viele Vorteile. Es gilt die aus der Ökonomie bekannte Einsicht, dass weltweite Spezialisierung und Wettbewerb grundsätzlich segensreich sind. Insgesamt dürfte der kontinentale Wissenschaftsbetrieb vom diskursiveren angelsächsischen Stil profitieren. Auch bedeutet dieses Modell keineswegs eine US-Hegemonie. Es gibt viele wissenschaftliche Zentren außerhalb der Vereinigten Staaten. Einige Länder – vor allem Skandinavien, die Niederlande und die Schweiz – haben wichtige Teile ihres Wissenschaftssystems nach dem Binnenmarktmodell umgestellt. Sie erscheinen im globalen Wissenschaftsbetrieb nach Maßstab der ‚citation indexes‘ sogar erfolgreicher als die in den Vereinigten Staaten und auch Großbritannien organisierte Forschung.

Eine solche Entwicklung verlangte für den deutschen, französischen, spanischen oder italienischen Wissenschaftsbetrieb ein grundsätzliches Umdenken. So wird es notwendig sein, die knappen Ressourcen auf wenige Wissenschaftseinrichtungen zu konzentrieren. Genau dies geschieht mit der Exzellenzinitiative, die somit als eine deutsche Antwort auf die Entgrenzung verstanden werden kann. Diese Lenkung und Fokussierung der Mittel erscheint unvermeidlich. Denn Entgrenzung erleichtert die Migration – und internationale Attraktivität ist kostenintensiv. Die weitere Zerstörung von Gleichheitspostulaten zwischen wissenschaftlichen Institutionen und Wissenschaftlern wird

schmerzhaft sein und harte Verteilungskämpfe mit sich bringen. Und ähnlich wie in den USA und dem Vereinigten Königreich dürfte sich das Heranziehen des wissenschaftlichen Nachwuchses auf eine Handvoll Institutionen beschränken. Auch dieses Thema ist mit der Frage nach dem Promotionsrecht aktuell neu gestellt.

Die Präsenz auf dem weltweiten Wissenschaftsmarkt verlangt nach einer Umstellung der Publikationsstrategien. Die Arbeiten haben auf Englisch zu erscheinen – und in vielen Fächern nicht nur als bloße Übersetzungen. Der spezifische nationale Entwicklungspfad, den viele Wissenschaften genommen haben, verhindert eine lückenlose Anschlussfähigkeit. Der Gedanke muss anders formuliert werden und prägt damit den Gehalt. In derartige Publikationen wird die Substanz wissenschaftlicher Anstrengung gehen. Für anderes wird nicht viel Zeit bleiben. Dies wird Stil und Inhalt nachhaltig bestimmen.

Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit wird umgelenkt. Die zwingend wahrzunehmende und notwendig zu verarbeitende Literatur ist die transnational-englische. Daran wird sich die Anschaffungspolitik der Bibliotheken orientieren, was die Auflagenhöhe anderer Werke massiv beeinflussen wird. Da das Zielpublikum ein transnationales ist, muss auch der Tagungsbetrieb neu organisiert werden. Bislang wollen vor allem in den Geisteswissenschaften die großen, karriereentscheidenden Präsentationen wissenschaftlicher Erkenntnisse in erster Linie die karriereentscheidenden wissenschaftlichen Landsleute erreichen. Überhaupt dürfte die Rekrutierungspolitik für die erstrebenswerten Positionen im Wissenschaftsbetrieb ein ganz wichtiger Stimulus dafür sein, welcher Option eine Wissenschaft letztlich folgt.

Es ist unwahrscheinlich, dass diese Entwicklung ohne einen politischen Rahmen und Institutionen auf europäischer Ebene gelingen kann. Ein deutscher Wissenschaftsbetrieb ist ohne eine Wissenschaftspolitik des Bundes nicht zu haben, das stellt selbst Hessen im Rahmen der aktuellen Föderalismusdiskussion nicht in Frage. So impliziert der Entwicklungspfad zu einem europäischen Wissenschaftsmarkt eine einflussreiche europäische Wissenschaftspolitik, die binnenmarktanaloge Strukturen vorgibt und – dies entspricht der ‚weichen‘ Steuerung im

Wissenschaftsbetrieb – substanzielle Mittel verteilt. Die Nationalstaaten hätten als Wissenschaftsräume eine Bedeutung, wie sie derzeit die Bundesländer im deutschen Wissenschaftsraum haben.

Daher sieht der Entwurf des EU-Verfassungsvertrags von Valéry Giscard d'Estaing eine verstärkte europäische Forschungskompetenz vor, Art. III-248 ff. VVE. Ganz in diese Richtung weist das bisherige Projekt der Gründung eines europäischen Forschungsrats (European Research Council, ERC). Nicht zufällig wird es von den Lebenswissenschaftlern energisch vorangetrieben. Die Vertreter dieser Schlüsselwissenschaft des 21. Jahrhunderts sehen besonders deutlich die Vorteile eines binnenmarktinspirierten Wissenschaftsraums in einem globalen Wissenschaftsfeld.

Wie werden sich die menschlichen Beziehungen im Wissenschaftsbetrieb ändern? Im angelsächsischen Wissenschaftsraum etwa nennt man sich beim Vornamen. Eine entsprechende Ausrichtung hätte in kontinentaleuropäischen Wissenschaften einen gründlichen Wandel der Arbeitsbeziehungen zur Folge. Eine Umstellung auf das Englische hätte weitere Konsequenzen, insbesondere für die Geisteswissenschaften. Die Meisterschaft in einer Geisteswissenschaft baut – frei nach Noam Chomsky – auf die Argumentationskraft des Muttersprachlers, der generativ mit der Sprache umgehen kann. Die Geisteswissenschaften zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Gegenstand allein in der Sprache liegt. Er wird mit Sprache gemacht und ist ohne sie nicht zu haben. Es gibt hier keinen ‚Sinn‘, keine ‚Bedeutung an sich‘, zu denen das Denken sprachunabhängig durchstoßen könnte. Selbst unter der – philosophisch und sprachwissenschaftlich problematischen – Prämisse der grundsätzlichen Übersetzbarkeit aller Sprachen in alle Richtungen unterscheiden sich die Geisteswissenschaften in den Wissenschaftsräumen. Daher lassen sie sich in einem transnationalen Wissenschaftsraum und in einer anderen Sprache nur mit großen Einschränkungen entsprechend ihres bisherigen Entwicklungspfad fortführen.

Geisteswissenschaften sind ein Medium, in dem sich eine Gesellschaft spiegelt, erklärt und ausrichtet. Die Geisteswissenschaften haben für

,ihre' Gesellschaft und deren Kultur eine Funktion, welche die Naturwissenschaften vielleicht so nicht haben. Selbst wenn man nicht der These von Odo Marquard folgt, dass die Geisteswissenschaften das Sinnreservoir einer Gesellschaft bilden, so dürfte doch deren wichtige Rolle in den nationalen Kulturen außer Frage stehen. Auch sind den Wissenschaften wesentliche sprachliche Innovationen zu verdanken.

Was bedeutet es nun, wenn maßgebliche Teile der Geisteswissenschaften auf das Englische umstellen und in einem transnationalen Rahmen ihre Wurzeln haben? Unter der Annahme, dass die Geisteswissenschaften wesentlicher Teil der nationalen Kultur sind, gibt es zwei Lesarten: Die eine – die Entwicklung befürwortende – wird in der Europäisierung und Internationalisierung der Wissenschaften eine willkommene Europäisierung und Internationalisierung der nationalen Kulturen sehen. Die andere – kritische – wird eine Entkopplung fürchten, welche die Inhalte der nationalen Kulturen verringert.

Damit sei die zweite Option, die *Kulturoption*, beleuchtet. Sie drängt auf eine Verteidigung des nationalen Sockels der Wissenschaften, insbesondere der Geisteswissenschaften. Und sie verfügt – wie die bisherigen Überlegungen zeigen – über gute Argumente. Eine Sprache, die keine Wissenschaftssprache mehr ist, wird verflachen und sich trüben. Eine Nation, die nicht mehr Gegenstand der Überlegung ihrer besten Wissenschaftler ist, wird im Verständnis ihrer selbst zurückgeworfen. Eine Kultur ohne Wissenschaft tendiert zur Folklore.

Dies ist nicht gewollt, politisch unerwünscht, verfassungsrechtlich gar stigmatisiert. Das deutsche Verfassungsrecht postuliert den Kulturstaat, das europäische Verfassungsrecht erhebt den Schutz der nationalen Kulturen zu einem wesentlichen Anliegen der Europäischen Union. Auch verfügt der nationale Wissenschaftsbetrieb über mächtige Instrumente, sich einer Entwicklung nach Beispiel des Binnenmarktes entgegenzustemmen. Deren wichtigstes ist die Berufungspolitik für die wissenschaftlichen Schlüsselpositionen.

Betrachtet man die Praxis in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern, so scheinen – bei aller Vorsicht – nicht wenige

geisteswissenschaftliche Institutionen zur harten Verteidigung entschlossen. In vielen juristischen Fakultäten etwa dürfte der Gedanke, dass eine nicht in Deutschland staatlich zum deutschen Recht examinierte Wissenschaftlerin in Kernfächern lehrt und forscht, als abstruser Gedanke erscheinen. Jedoch ruht diese Option auf einer Fehlwahrnehmung: Sie geht vom Fortbestehen einer monolithischen nationalen Kultur aus und ignoriert, dass auch viele andere gesellschaftliche Bereiche und damit Sphären der Kultur sich im europäischen und internationalen Raum neu formieren.

Wie steht es um die dritte, die *Zivilisationsoption*? Die Natur- und Ingenieurwissenschaften sind Teil einer europäischen und tendenziell globalen wissenschaftlichen Zivilisation. Sie können und sollten der spezifisch nationalen Kultur noch weiter entwachsen. Hier gibt es nichts zu bedauern, aber viel zu tun. Der entschiedene Umbau von Wissenschaftsstrukturen, Hochschullandschaft, Karrierewegen und Publikationswesen bleibt Zukunftsaufgabe.

Anders lauten die Aufgaben in den Geisteswissenschaften. Wenn der Reichtum Europas in seinen vielfältigen Kulturen liegt, so sollte maßgebliche geisteswissenschaftliche Forschung in der Landessprache und kulturbezogen bleiben. Darüber hinaus bedarf es des entschiedenen Aufbaus eines europäischen Raums geisteswissenschaftlicher Begegnung, aus dem eine europäische Zivilisation der Vielfalt wächst.

Nicht der europäische Binnenmarkt, sondern der europäische Verfassungsraum bietet das Beispiel. Darin stehen die nationalen Verfassungen und die europäische Verfassung gleichrangig und identitätsgeschützt im engen und konstruktiven Austausch. Ein kulturell reiches Europa ist ohne ein gegenseitiges Verständnis der eigensinnigen Geisteswissenschaften nicht zu haben. Diese Formen der Begegnung bedürfen jedoch der institutionellen Abstützung – die bis heute weit gehend fehlt.

### **3. Zur Ausgestaltung des europäischen Forschungsrats**

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen sei nunmehr der rechtliche Rahmen eines Europäischen Forschungsrates (European Research Council

oder ERC) als zentralem Instrument zur Gestaltung des europäischen Wissenschaftsraums erörtert. Fest steht zunächst, dass ein europäischer Wissenschaftsraum europäischer Institutionen bedarf. Auch steht wohl nicht mehr in Frage, dass die Europäische Union über die notwendigen Kompetenzen verfügt, nämlich Art. 166 Abs. 1 i.V.m. 163 Abs. 1 EG für die Bereitstellung der Förderungsmittel, Art. 171 EG bzw. die Verordnung 58/2003<sup>11</sup> für die Einrichtung einer Institution, welche die Mittel verwaltet, und Art. 166 Abs. 1 bis 3 EG i.V.m. Art. 49 Abs. 1 VO 1605/2002 (Haushaltsordnung) für die Festlegung der Vergabekriterien und des Vergabeverfahrens.<sup>12</sup>

### **3.1. Subsidiarität**

Die Union darf eine Kompetenz nur nutzen, wenn nicht das in Art. 5 Abs. 2 EG verankerte Subsidiaritätsprinzip entgegensteht. Das ist eine Rechtsfrage, die aber auf ein fundamentales wissenschaftspolitisches Problem hinweist. An dieser Stelle werden die unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Optionen, die oben vorgestellt wurden, zum ersten Mal relevant.

#### **3.1.1. Unzulängliche mitgliedstaatliche Forschungsförderung**

Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf ein europäischer Rechtsakt nur beim Vorliegen eines Problems ergehen, dem die Mitgliedstaaten auf sich gestellt nicht adäquat Herr werden. Der vielgestaltige Rückfall der Europäischen Union gegenüber den Vereinigten Staaten kann plausibel mit der unzulänglichen und fragmentierten Wissenschaftsförderung durch die Mitgliedstaaten in Verbindung gesetzt werden.<sup>13</sup> Hinzu kommt das allgemeine Problem der gegenseitigen Abschottung der einzelstaatlichen Programme und Unterstützungssysteme trotz

---

<sup>11</sup> Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden, ABl. 2003, L 11, 1.

<sup>12</sup> Hans-Heinrich Trute, in: Rudolf Streinz (Hrsg.), EUV/EGV, 2003, Art. 163 EGV Rdnr. 23; Armin von Bogdandy/Dietrich Westphal, Der rechtliche Rahmen eines autonomen Europäischen Wissenschaftsrates, WissR 37 (2004), 224, 225 ff.

<sup>13</sup> Mitteilung der Kommission: Europa und die Grundlagenforschung, KOM (2004) 9 endg.; The Royal Society, The future funding of the European science base: A Royal Society background working paper: V1.0, Policy document: 28/03, 1 ff.



mannigfacher grenzüberschreitender Dimensionen der Forschungsprojekte.<sup>14</sup>

### 3.1.2. Bessere Problemlösungskapazität der EU

#### 3.1.2.1. Grundsätzliche Einwände

Schwieriger und komplexer ist der Nachweis, ob diese Defizite durch die EU behoben werden können. Bereits ein Blick auf die bisherigen finanziellen Programme der EU führt zu grundsätzlichen Zweifeln. Sowohl die Agrarbeihilfen wie auch die regionalpolitischen Förderprogramme werden mit Blick auf ihre Effizienz überwiegend stark kritisiert: die Mittel gelten in der konkreten Form ihrer Verwendung als wenig zweckdienlich und mit erheblichen negativen Konsequenzen belastet. Auch die EU-Forschungsprogramme erhalten kaum positive Beurteilungen seitens der Wissenschaft.<sup>15</sup> Die Durchführung der gegenwärtigen Programme im Rahmen des 6. Rahmenprogramms erfordert fast täglichen Kontakt mit den zuständigen Stellen in der EU-Kommission. Die Sorge, dass der Aufbau eines europäischen Wissenschaftsraums auf der Grundlage von EU-Mitteln zu einer bürokratischen Lähmung der Wissenschaft führt, kann nach den bisherigen Erfahrungen mit der EU-Wissenschaftsverwaltung nicht einfach vom Tisch gefegt werden. Die angekündigten Förderprogramme sind intensiv in dieser Hinsicht zu prüfen.

#### 3.1.2.2. Europäischer Mehrwert

Noch kritischer ist die Frage, worin der ‚Mehrwert‘ einer europäischen Forschungsförderung liegen soll. Dies hängt insbesondere ab von dem Typus der förderungsfähigen Projekte. In diesem Punkt sind die bisherigen politischen Ausführungen<sup>16</sup> viel zu vage, zumal ganz unterschiedliche Konzeptionen ohne hinreichende Abgrenzung

---

<sup>14</sup> Vgl. Mitteilung der Kommission: Europa und die Grundlagenforschung, KOM (2004) 9 endg., 10 ff.

<sup>15</sup> Nature, Vol. 426 (4. Dezember 2003), Issue no 6966, 481.

<sup>16</sup> Mitteilung der Kommission: Europa und die Grundlagenforschung, KOM (2004) 9 endg., 11 ff.; Mayor-Group (Anm. 5), 7 ff.; Irish Presidency Symposium: "Europe's Search for Excellence in Basic Research", 16. und 17. Februar 2004, Dublin, Conclusions-Final, 2; Gemeinsamer Brief von Gerhard Schröder, Jacques Chirac und Tony Blair an den Präsidenten des Europäischen Rates, Bertie Ahern, und den Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, 18. Februar 2004, 2.

zirkulieren. Die Kommission hat – nicht unklug – diese Fragen dem wissenschaftlichen Rat zur Lösung übertragen.

#### *Allgemeine Exzellenzförderung*

Derzeit scheint eine Präferenz zu bestehen, jedwedes exzellente wissenschaftliche Projekt in jedem Fach als prinzipiell förderungsfähig anzusehen. Dies würde bedeuten, dass etwa eine geschichtswissenschaftliche Studie zur bayerischen Geschichte des 16. Jahrhunderts, die auf Deutsch publiziert werden soll, grundsätzlich förderungsfähig wäre. Eine entsprechend breite europäische Förderung wird vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips mit dem Stichwort ‚europäischer Wettbewerb‘ gerechtfertigt.<sup>17</sup> Die Hürde des Subsidiaritätsprinzips soll damit genommen werden, dass ein europaweiter Wettbewerb um die EU-Mittel eine neue Qualität des wissenschaftlichen Wettbewerbs erzeuge und dieser Wettbewerb die Forschungsqualität verbessere.

Diese Argumentation vermag nicht recht zu überzeugen. Offensichtlich wird eine Analogie zum Wettbewerb im Binnenmarkt suggeriert, was verkennt, dass ein Wettbewerb von Forschern um EU-Mittel etwas grundsätzlich anderes ist als ein Wettbewerb von Unternehmen um die Kaufentscheidung von Kunden. Der Begriff des ‚Wettbewerbs‘ ist in diesem Kontext problematisch.<sup>18</sup> Der bloße Umstand der Förderung, also allein die Tatsache, dass mehr Geld in die Wissenschaft fließt, überwindet die Hürde der Subsidiarität nicht, da auch die Mitgliedstaaten mehr Geld in die Forschung pumpen können. Der Nachweis, dass bereits die Möglichkeit einer EU-Förderung eine bessere Wissenschaft und einen europäischen Mehrwert hervorbringt, ist von den Verfechtern des Projektes bislang nicht erbracht worden. Eine mögliche Idee, dem Problem zu begegnen, mag der ‚kleine Nobelpreis‘ für Nachwuchswissenschaftler sein, wenn dies mit einer entsprechenden wissenschaftlichen Öffentlichkeit verbunden ist. Dem wäre entsprechend besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich seiner Ausgestaltung zu widmen.

---

<sup>17</sup> Mitteilung der Kommission: Europa und die Grundlagenforschung, KOM (2004) 9 endg., 10, 13 („echter europaweiter Wettbewerb“; „Nutzen, den der Wettbewerb auf europäischer Ebene mit sich bringt“; „genuine competition on a continental scale“; „added value which comes from competition at EU level“).

<sup>18</sup> Renate Mayntz, Kommentar, in: Max-Planck-Gesellschaft (Hrsg.), European Research Structures – Changes and Challenges, E1/94, 27, 28 f.

*Förderung von Projekten mit europäischem Mehrwert*

Eine andere Möglichkeit wäre, nur exzellente wissenschaftliche Projekte mit einer spezifischen europäischen Dimension und/oder einem spezifischen europäischen Mehrwert zu fördern.<sup>19</sup> Hier wäre der Fokus enger und die Subsidiaritätshürde leichter zu nehmen; es stellt sich aber die schwierige Frage, was unter einer spezifischen europäischen Dimension oder einem Mehrwert zu verstehen ist.

Es gibt einen Weg, diese schwierige Definitionsfrage in den Rechtsakten zur Gründung des ERC, seiner Mittelausstattung und seiner Vergabeordnung offen zu lassen. Der Weg lautet ‚Prozeduralisierung‘. Es ist denkbar, dass ‚europäische(r) Dimension/Mehrwert‘ als ein Vergabekriterium in den maßgeblichen Rechtsakten abstrakt genannt wird und dessen Konkretisierung den implementierenden Organen überlassen bleibt. Angesichts des sich rasch entwickelnden Feldes und des Gesichtspunktes wissenschaftlicher Exzellenz scheint es rechtlich nicht erforderlich, den Begriff des ‚europäischen Mehrwertes‘ in den spezifischen Programmen oder gar bereits in dem Rahmenprogramm näher zu fassen. Dies kann der rechenschaftspflichtigen Praxis der Agentur überlassen bleiben. Ein solches Vorgehen wird insbesondere dann Zustimmung finden, wenn die Zusammensetzung und das Verfahren der Prüfungs- und Vergabegremien überzeugend einen entsprechenden internen Vergabediskurs institutionalisieren und die konkreten – publikationspflichtigen – Begründungsentscheidungen den europäischen Mehrwert eines geförderten Projektes darlegen.

*Der ERC als Instrument europäischer Wissenschaftsvernetzung*

Ein weiterer Weg zur Überwindung der Subsidiaritätshürde wäre das Ziel einer Vernetzung der nationalen Wissenschaften durch die Zusammenarbeit führender Wissenschaftler in den Vergabeverfahren eines ERC. Die eigentliche Förderung wäre nachrangig und instrumentell gegenüber der Entwicklung eines europäischen Wissenschaftssystems. Im Vordergrund stünde die Zusammenarbeit in den Planungs- und

---

<sup>19</sup> Der Entwurf „Council conclusions on Europe and basic research“ vom 19. Februar 2004, DS 80/1/04, REV 1, Seite 3, Punkt 7 („initiative on operational mechanisms which should add value to existing national approaches and provide a European dimension“, Hervorhebung hinzugefügt), bleibt vage.

Vergabegremien des ERC, die europaweite Verschickung von Förderungsanträgen sowie die Debatte über exzellente Projekte in den Entscheidungsgremien mit Blick auf die Generierung eines europäischen Mehrwertes.

Allerdings fragt sich, ob es insoweit der Schaffung eines ERC bedarf. Die Wissenschaftsvernennung kann grundsätzlich auch im Rahmen einer Durchführung der Forschungsrahmenprogramme durch die Kommission erfolgen. Jedoch wird man nur dann führende Wissenschaftler für eine Zusammenarbeit in der europäischen Forschungsförderung gewinnen, wenn diese Mitwirkung reputationssteigernd ist. Es ist hinreichend wahrscheinlich, dass nur eine weitgehend autonome Wissenschaftsorganisation diese Reputation vermitteln kann. Zudem dürfte es einer europäischen Forschungsförderung nur auf diesem Wege möglich sein, das Vertrauen der Wissenschaftsgemeinde nachhaltig zu erlangen.

### 3.2. Schutz der nationalen Kulturen

Ein Begutachtungsverfahren von Förderanträgen, das – will der ERC keine versteckte Regionalförderung betreiben – wohl zwingend transnational organisiert sein muss, steht vor dem Sprachenproblem. Es erscheint fraglich, ob ein ERC allein auf Englisch arbeiten könnte. Der EuGH hat zwar kürzlich eine gewisse Beschränkung auf einige wenige Arbeitssprachen bei einer Agentur zugelassen,<sup>20</sup> es steht jedoch nicht zu erwarten, dass ein nur auf Englisch operierender ERC rechtlich möglich ist. Es wäre sehr wohl mit Rechtsschutz gegenüber der Ablehnung eines etwa auf Finnisch oder Ungarisch eingereichten Antrags zu rechnen. Auch dieses heikle Problem ist in dem Kommissionsvorschlag nicht angesprochen und wohl durch den wissenschaftlichen Rat zu lösen.

Der EG-Vertrag erhebt den Schutz der nationalen Kulturen zu einem Verfassungsprinzip. In Art. 151 Abs. 4 EG heißt es: „Die Gemeinschaft trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen dieses Vertrags den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen“. Nach Art. 6 Abs. 3 EU „achtet“ die

---

<sup>20</sup> EuGH, Rs. C-361/01 P, Kik/Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt, Urteil vom 9. September 2003, Rdnr. 83 ff.

Union die „nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten“ und nach Art. 22 Grundrechtscharta<sup>21</sup> auch die „Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen“.<sup>22</sup> Die hier nicht unmittelbar einschlägige, da allein an die Organe der Union gerichtete Verordnung Nr. 1 legt deshalb in ihrem Art. 2 fest, dass Schriftstücke an Organe der Gemeinschaft nach Wahl des Absenders in einer der in der Verordnung genannten Sprachen abgefasst werden dürfen und ein Anspruch auf Erteilung einer Antwort in derselben Sprache besteht.<sup>23</sup>

Ein allein oder auch vorwiegend auf Englisch operierender ERC wäre ein weiterer Motor zur Umstellung der Wissenschaftssprache auf das Englische. Dies hätte kaum zulässige Auswirkungen auf die nationalen Kulturen: Eine Kultur ohne eigene Wissenschaftssprache verkommt zur Folklore (näher oben 2.3.). Diese Gefahr besteht vor allem im Hinblick auf den Bereich geisteswissenschaftlicher Grundlagenforschung. Nach alledem bedarf die Sprachenfrage gründlicher Erwägung und sollte in Rechtsakten zur Gründung eines ERC geregelt werden.

Ein möglicher Weg wäre, bei der Vergabe von Fördergeldern im Rahmen der Sozial- und insbesondere Geisteswissenschaften Kriterien aufzunehmen, die der europäischen Vielfalt nutzen. Als solche Kriterien kommen etwa in Betracht, dass die Antragsteller durch ihre Lebensläufe und ihre Publikationsstrategien glaubhaft nachweisen, dass sie bei ihren Forschungen die breite Vielfalt der einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen in Europa aufnehmen und diese Publikationslandschaft bereichern. Dies könnte etwa darin zum Ausdruck kommen, dass in den bisherigen Publikationen Arbeiten aus anderen Wissenschaftsräumen und gerade auch in anderen Sprachen substantiell verarbeitet werden, dass

---

<sup>21</sup> Entspricht Art. II-22 Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa (VVE).

<sup>22</sup> Eingehend Franz C. Mayer, *The Language of the European Constitution - beyond Babel?*, in: Adam Bodnar/Michał Kowalski/Karen Raible/Frank Schorkopf (Hrsg.), *The Emerging Constitutional Law of the European Union – German and Polish Perspectives*, 2003, S. 359.

<sup>23</sup> Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 1958, Nr. 17, 385) in der Fassung der verschiedenen Beitrittsverträge, zuletzt der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. 1994, C 241, 21, und ABl. 1995, L 1, 1).

die eigene Publikationsstrategie ebenfalls mehrsprachig angelegt ist, und dass nicht zuletzt die Interessentin bzw. der Interessent in ihren bzw. seinen wissenschaftlichen Aufenthalten zeigt, dass sie bzw. er nicht einseitig auf ein oder zwei Wissenschaftsräume ausgerichtet ist, sondern ein breites Interesse nachweist. Ich bin der Überzeugung, dass derartige Kriterien nachhaltig helfen könnten, eine lebendige europäische Kulturlandschaft zu unterstützen und auch weiter zu fördern

#### **4. Mögliche Autonomiegrade eines ERC**

Unter Autonomie sei im Folgenden verstanden, dass die Forschungsförderung von forschungsfremden politischen Vorgaben weitestgehend frei ist. Der inhaltliche Aspekt der Autonomie besteht darin, dass die finanziellen Mittel allein nach wissenschaftlicher Bedeutung des Projektes und (kumulativ) seines europäischen Mehrwerts zu vergeben sind. Der organisatorische Aspekt findet sich darin, dass die für die Entscheidung Zuständigen gegenüber politischer Einflussnahme rechtlich abgeschirmt sind. Hierzu ist festzuhalten, dass derzeit wohl kein Verfassungszwang zur wissenschaftsautonomen Organisation eines ERC besteht. Das einschlägige Unionsrecht deutet eher auf eine detaillierte politische Steuerung denn auf die Autonomie eines ERC hin.

##### **4.1. Politikferne eines ERC in seinem organisatorischen Aufbau**

Bislang wurden im Wesentlichen zwei Alternativen zur organisatorischen Ausgestaltung des ERC diskutiert: eine Exekutivagentur der Kommission auf der Grundlage der Verordnung Nr. 58/2003 oder aber eine Agentur auf der Grundlage von Art. 171 Alt. 2 EG. Bei einer Exekutivagentur ist eine Autonomie von der Kommission rechtlich unmöglich, bei einer Agentur nach Art. 171 EG ist ein starker Einfluss der Mitgliedstaaten kaum auszuschließen.<sup>24</sup> Die Kommission unterbreitet vor diesem wenig erfreulichen Hintergrund in ihrem Vorschlag vom 21. September 2005 eine juristisch phantasievolle, sachlich bemerkenswerte, allerdings auch wenig transparente Gestaltung des Forschungsrats.

---

<sup>24</sup> Ausführlich zu den beiden Alternativen von Bogdandy/Westphal (Anm. 11), WissR 37 (2004), 224, 242 ff. Die derzeit existierenden 16 Agenturen wurden zu diversen Themen geschaffen, vgl. die Auflistung unter [http://europa.eu.int/agencies/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/agencies/index_de.htm).

Nach gängigen Vorstellungen ist ein Rat eine einheitliche Organisation, man denke an den deutschen Wissenschaftsrat, oder ein spezifisches Organ, man denke an den Rat der Europäischen Union. Dagegen ist der Europäische Forschungsrat, wie er sich in Art. 4 und Art. 5 des Vorschlags zeigt, weder eine einheitliche Organisation noch ein spezifisches Organ, sondern eher ein ‚komplexer Zusammenhang von Institutionen und Verfahren‘. Er besteht aus der EU-Kommission, die alles Wichtige entscheidet, einem wissenschaftlichen Rat, der als beratender Ausschuss der Kommission eingerichtet wird, und einer Exekutivagentur, welche die Beschlüsse, die die Kommission auf Vorschlag des wissenschaftlichen Rates trifft, ausführt. Der wissenschaftliche Rat setzt sich laut Art. 5 Abs. 1 des Vorschlags ‚aus Wissenschaftlern, Ingenieuren und Akademikern höchsten Rangs zusammen, die von der Kommission bestellt und unabhängig von Fremdinteressen ad personam handeln‘.

Der Charme des Vorschlags besteht darin, dass eine wissenschaftsbasierte Einrichtung, nämlich der wissenschaftliche Rat, als Ausschuss der Kommission und nicht als Teil der Exekutivagentur eingerichtet wird und damit gestaltend tätig werden kann, ohne mitgliedstaatliche Einflussnahme zu befürchten, die bei einer Agentur nach Art. 171 EG zu befürchten wäre. Allerdings hängt die Politikferne weitgehend am ‚goodwill‘ der Kommission. Die einzige Sicherung ist laut Art. 4 Abs. 3 des Vorschlags: ‚Die Kommission wird die Autonomie und Integrität des Europäischen Forschungsrates gewährleisten‘. Auch ist die Besetzung des wissenschaftlichen Rates nicht weiter geregelt: Die Kommission ‚bestellt‘; im Anhang ist zwar von einer ‚Benennung in einem unabhängigen Verfahren‘ die Rede, das jedoch nicht spezifiziert wird. Der Kommission ist die derzeitige Zusammensetzung des wissenschaftlichen Rates nach Ansicht vieler Wissenschaftler durchaus gelungen; das Verfahren der exzellenzorientierten Bestellung bedarf jedoch rechtlicher Sicherungen. Insgesamt sind die organisatorischen Sicherungsmechanismen der Wissenschaftsorientierung dürftig, betrachtet man im Gegensatz dazu die organisatorischen und verfahrensmäßigen Sicherungen etwa der DFG. Sie können nur funktionieren, wenn und solange die Kommission das politische Ziel einer Exzellenzförderung verfolgt.

#### 4.2. Politikferne Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse

Wissenschaftsadäquate Autonomie eines ERC kann nicht allein durch wissenschaftsnahe Organisation gewährleistet werden. Vielmehr bedarf es auch inhaltlicher Freiräume im Hinblick auf die Entscheidungen, wofür die Fördermittel in der Grundlagenforschung vergeben werden sollen. Dieses Bedürfnis steht auf den ersten Blick in einer Spannung mit Art. 166 EG, der eine zweistufige programmisierte Förderungsstruktur vorsieht, die durch die politischen Organe festgelegt wird.

Art. 166 EG verlangt für eine Förderung zunächst ein Rahmenprogramm, das von Rat und Parlament erlassen wird. Ein solches Rahmenprogramm kann nicht allein Geld zuweisen, sondern muss eine gewisse forschungsstrategische Natur haben. Nach Spiegelstrich 1 des Art. 166 Abs. 1 EG müssen „die wissenschaftlichen und technologischen Ziele (...) sowie die jeweiligen Prioritäten“ wie auch die „die Grundzüge dieser Maßnahmen“ festlegen werden. Jedoch kann dies nur auf einem eher hohen Abstraktionsgrad erfolgen, weil es lediglich ein Rahmenprogramm für alle Maßnahmen der Forschungsförderung gibt und dieses für mehrere Jahre gelten soll. Angesichts dieser Funktion ist auf der Ebene des Rahmenprogramms nicht verlangt, einzelne Grundlagenforschungsrichtungen politisch festzulegen; entsprechend gestaltet sich der Vorschlag der Kommission für ein 7. Rahmenprogramm (KOM(2005) 119 endgültig). Die Durchführung des Rahmenprogramms hat durch spezifische Programme zu erfolgen, die ebenfalls vom Rat erlassen werden müssen, Art. 166 Abs. 4 EG. Diese müssen stärker steuern. Eine Autonomie kann hier durch eine autonomiefreundliche Interpretation des Begriffs ‚Programm‘ erreicht werden, die auch dem Vorschlag der Kommission vom 21. September 2005 zugrunde zu liegen scheint. So kann der Rat zu jedem Rahmenprogramm ein spezielles Teilprogramm ‚Grundlagenforschung‘ im Sinne von Art. 166 Abs. 3 EG beschließen. In ihm könnte als Ziel ‚Förderung der Grundlagenforschung‘ und als Grundzug der Maßnahme ‚autonome Vergabe durch den ERC gemäß dem Kriterium wissenschaftlicher Exzellenz und dem des europäischen Mehrwerts‘ angegeben sein. Damit bestünde ein hinreichender Raum für ein autonomes, wissenschaftszentriertes Operieren. Eine solche Ausgestaltung steht in Spannung zum Wortlaut. Dem Einwand, striktere rechtliche Vorgaben seien erforderlich, könnte



aber unter Hinweis auf die grundsätzliche ‚Nichtprogrammierbarkeit‘ von Grundlagenforschung begegnet werden.

Entsprechend liegt die Aufgabe der Konkretisierung der Förderung der Grundlagenforschung gem. Art. 5 Abs. 3 des Vorschlags beim wissenschaftlichen Rat. Er erstellt das Arbeitsprogramm für die Durchführung, legt die Arbeitsweise für das Gutachterverfahren und die Bewertung fest, auf deren Grundlage bestimmt wird, welche Projekte finanziert werden, und nimmt zudem zu allen anderen wissenschaftlichen Fragen Stellung. Jedoch erarbeitet er allein Vorschläge. Laut Art. 6 muss alles von der Kommission verabschiedet werden, damit es zur europäischen Forschungspolitik wird. In diesem Punkt findet sich eine interessante Sicherung der Wissenschaftsorientierung: Die Kommission darf von den Vorschlägen des wissenschaftlichen Rates nur abweichen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Bestimmungen dieses Programms nicht eingehalten wurden. In diesem Fall kann die Kommission ordnungsgemäß begründete Maßnahmen ergreifen, um die Kontinuität der Durchführung des spezifischen Programms und die Einhaltung der Ziele zu gewährleisten. Dies ist in der Tat eine bemerkenswerte und wissenschaftsfreundliche Regelung, die an die Grenze dessen gehen dürfte, was die Kommission an Bindung eingehen darf. Wichtig scheint nun, die Arbeit des wissenschaftlichen Rates zu beobachten und insbesondere dafür zu sorgen, dass ihm eine adäquate Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, welche die Ausarbeitung unterstützt. Es bedarf großer Sorgfalt, um ein überzeugendes Instrument der Wissenschaftsförderung zu entwickeln und die Chance, die in ihm liegt, zu nutzen.

### **5. Ausblick**

Meine Überlegungen haben mögliche Entwicklungspfade des deutschen Wissenschaftssystems in einem europäisierten und globalisierten Kontext aufgezeigt und auf Herausforderungen des Europäischen Forschungsrats als eines wesentlichen Instruments der Europäisierung und Globalisierung hingewiesen. Es ist heute der Moment, im Sinne der Option, die man am vorzugswürdigsten hält, tätig zu werden, insbesondere gegenüber den Mitgliedern im wissenschaftlichen Rat des geplanten Europäischen Forschungsrates, die derzeit die Förderungspolitik entwickeln.

Abschließend sei bemerkt, dass ungeachtet der unterschiedlichen Entwicklungsoptionen es auf absehbare Zeit ein deutsches Wissenschaftssystem geben wird, und es ist unsere Aufgabe als Mitglieder dieses Systems, für seinen Erfolg im neuen Umfeld zu sorgen. Dies verlangt die Besinnung auf seine Stärken, die nicht immer allen Verantwortlichen deutlich vor Augen zu stehen scheinen. Der internationale Vergleich zwischen eingesetzten Mitteln und wissenschaftlichem Output legt es zum Beispiel nahe, dass die Gliederung des deutschen Wissenschaftssystems in einen universitären und einen außeruniversitären Bereich seiner internationalen Stellung dient. Funktionale Differenzierung im Lichte des bisherigen Entwicklungspfads sollte die Losung für eine Zukunft sein, die einige Risiken, aber noch mehr Chancen birgt.

## Kurzvorträge

### Hochschulausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Europa –

Sind der europäische Arbeitsmarkt und der europäische Hochschulraum synchron?

#### Professor Dr. Dieter Jahn

BASF Aktiengesellschaft, Abteilungsdirektor GOH –  
Hochschulbeziehungen und Forschungsplanung, Ludwigshafen

#### 1. Vorbemerkungen

1. Der künftige Bedarf an Hochschulabsolventen ist im Gutachten des Wissenschaftsrates vom 27. Januar 2006 klar dargelegt, und wir bestätigen dies aus Unternehmenssicht:
  - Wir benötigen künftig (ca. ab 2010) mehr Hochschulabsolventen, um ausscheidende Mitarbeiter zu ersetzen.
  - Wir bestätigen den Trend zur Höherqualifikation unserer Mitarbeiter.
2. Bei der Betrachtung des Arbeitsmarktes dürfen nicht nur die großen Unternehmen in Betracht gezogen werden. In Europa gibt es z. B. in der chemischen Industrie 27.000 Unternehmen, 98 % mit weniger als 500 Mitarbeitern.
3. Die Unternehmen befinden sich in einem permanenten Wandlungs- und Internationalisierungsprozess, dies erfordert flexible und lernbereite Mitarbeiter. Die Hochschulen tun gut daran, die Studenten darauf vorzubereiten. In dieser Situation ist ein reines Spezialistentum eine riskante Sache. Ein Einstellungskriterium ist die nachgewiesene Fähigkeit, in internationalen Teams zu arbeiten.
4. Wir definieren schon heute Europa als unseren Heimatmarkt. Mit der Konsequenz auch für den Arbeitsmarkt. Deswegen verstärken wir die Kooperationen mit europäischen Hochschulen. Weltweit haben wir ca. 1.300 F & E-Kooperationen, davon ca. 50 % in Deutschland, 25 % in Europa.

5. Innerhalb Europas nehmen deutsche Universitäten eine Spitzenposition ein. Wir leben aber von der Substanz und die Wettbewerber holen auf. Deutschland fehlt es an der notwendigen Dynamik.

Die zentralen Fragen in Bezug auf den europäischen Hochschul- und Forschungsraum und den europäischen Arbeitsmarkt ist die Wettbewerbsfähigkeit aller Beteiligten: die der Absolventen der Hochschulen und der Wirtschaft.

Hochschulen und Unternehmen sind Partner, wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und der Industrie geht. Wir haben ein elementares Interesse an der Qualität der Lehre und der Forschung an unseren Hochschulen, weil wir auf qualifizierte Mitarbeiter und auf Forschungsergebnisse aus Hochschulen angewiesen sind. Hier fordern wir vom Staat: Mehr Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung!

Ich möchte den zweiten Teil meines Referates der Frage widmen: Was können wir tun, um die Wettbewerbsfähigkeit aller Beteiligten zu erhöhen. Hier gibt es interessante neue Ansätze der Kooperation.

## **2. Industry on Campus**

Wir haben vorgestern gemeinsam mit der Universität Heidelberg bekannt gegeben, dass wir zusammen ein Labor für Katalysatorforschung auf dem Campus einrichten, in dem sechs Wissenschaftler der Universität Heidelberg und sechs Wissenschaftler der BASF unter einem Dach zusammenarbeiten. Wir versprechen uns dadurch nicht nur wichtige Impulse aus der Grundlagenforschung, sondern wir wollen damit begabte Studenten (mindestens 50 % aus dem Ausland) anziehen. Ähnliche Einrichtungen gibt es an anderen Universitäten, wie z. B. SUSTECH an der Universität Darmstadt, wo die Firma Henkel ein ähnliches Konzept zusammen mit der Universität verfolgt. Sie werden im Laufe des Jahres noch von weiteren Projekten erfahren. In Frankreich haben wir erstmals ein solches Laboratorium in Strasbourg am ISIS etabliert, das sich sehr bewährt und deutlich ausgebaut wird.

Ich möchte betonen, dass aus unserer Sicht diese Labors eine wichtige Quelle für Innovationen darstellt und keine verlängerte Werkbank ist. Wir bekennen uns klar als chemische Industrie zur erkenntnisorientierten und ergebnisoffenen Grundlagenforschung, die nicht primär an unseren Interessen ausgerichtet ist. Wir gehen mit solchen Labors nur an Hochschulen mit exzellenter Grundlagenforschung und versprechen uns davon einen verbesserten Technologietransfer.

### **3. Verbesserung des Technologietransfers durch technologieorientierte Start-up-Unternehmen**

Technologieorientierte Start-up-Unternehmen sind ein weiteres wichtiges Instrument und Bindeglied zwischen Hochschule und Industrie. Sie schaffen hochqualifizierte Arbeitsplätze und eröffnen damit Wachstumschancen. Seit August letzten Jahres steht mit dem High-Tech Gründerfonds ein innovatives Finanzinstrument mit einem Fondsvolumen von 262 Mio. € zur Verfügung. Die Bundesregierung, die KfW, Siemens, Telekom und BASF sind die Investoren. Bislang wurden 25 Firmengründungen finanziert. Fast 50 % kommen aus den deutschen Hochschulen.

Ich möchte Sie ermuntern, an Ihren Hochschulen dieses Instrument einzusetzen. Wenn Sie dazu Fragen haben, bin ich gerne bereit, Ihnen diese zu beantworten.

### **4. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Internationalisierung unserer Forschungsteams**

BASF hat in den letzten Jahren konsequent die Internationalisierung ihrer Forschungsmannschaft in Deutschland vorangetrieben. 33 % aller neu eingestellten Naturwissenschaftler haben einen ausländischen Pass. Die Gründe liegen nicht in der mangelnden Verfügbarkeit deutscher Absolventen, sondern wir wollen unsere Innovationsfähigkeit durch Mitarbeiter mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund steigern. Die ausländischen Mitarbeiter bringen ihre Netzwerke ein und verschaffen uns somit zusätzliche Chancen außerhalb Deutschlands. Viele dieser Mitarbeiter haben in Deutschland studiert, promoviert oder Postdoc gemacht. Wir wollen mithelfen, dass Deutschland ein starker Magnet für Talente aus aller Welt wird. Die Hochschulen sind dabei sehr wichtige

Partner. Wir sehen hier auch Vorteile durch den Bologna-Prozess, der Deutschland für ausländische Studenten attraktiver macht.

### **5. Forschungsrahmenprogramm der EU**

Im 7. Rahmenprogramm der EU sollten wir mehr Mittel akquirieren. Die Chemie hat deswegen die ‚European Technology Platform Sustainable Chemistry‘ ins Leben gerufen. In dieser Plattform arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft eng zusammen und definieren eine sogenannte ‚Strategic Research Agenda‘. Europäische Projekte stellen nicht nur eine zusätzliche Finanzierungsquelle dar, sondern sie schaffen auch Netzwerke in Europa.

### **6. Fazit**

Wir betrachten Europa als Chance. Es ist ein schwieriges Feld. Es zu bestellen ist mühsam, aber es ist den Schweiß der Edlen wert.

**Karl Dittrich**

Vorsitzender der Niederländisch-Flämischen Akkreditierungsorganisation

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kollegen,

es freut mich, dass ich heute zu Ihrem Jahreskongress einen Beitrag leisten darf, vor allem weil das Thema außergewöhnlich aktuell und herausfordernd ist. Das gilt besonders für die Niederlande und Flandern. Beide sind kleine Gemeinschaften: Die Niederlande zählen 16 Millionen Einwohner, Flandern sechs Millionen. Beide Länder sind außerdem nicht mit einem großen Reservoir an Bodenschätzen gesegnet und dadurch nicht autark. Infolgedessen haben die Niederlande und Flandern extrem offene Wirtschaften und sind in einem erheblichen Maße abhängig von Handel, Dienstleistung und Transport. Das bedeutet, dass für beide Länder Internationalisierung von größter Bedeutung ist, was wiederum eine international orientierte berufstätige Bevölkerung erforderlich macht: Fremdsprachenkenntnisse, Interesse für ausländische Kulturen und Bräuche, Denken lernen in internationalen Kontexten, das alles muss gelehrt werden. Das gilt für einen großen Teil unserer berufstätigen Bevölkerung, aber sicher auch für zukünftige Führungskräfte in der Gesellschaft. Und das sind hauptsächlich diejenigen, die an Universitäten und Hochschulen ausgebildet werden. Die Notwendigkeit zur Internationalisierung führt zu einer Reihe von Implikationen:

- in den Unterrichtsprogrammen muss deutlich angesprochen werden, was die internationale Komponente einer Fachrichtung oder eines Berufes ist;
- Dozenten müssen ein offenes Auge für diese internationale Komponente haben;
- Studierenden müssen mit der ‚internationalen Szene‘ in Berührung kommen: Ausländische Studierenden sollten in die Niederlande und nach Flandern geholt werden und möglichst viele niederländische und flämische Studierenden sollten für mindestens drei Monate ins Ausland gehen;
- ein erheblicher Teil des Unterrichts sollte in Englisch angeboten werden.

Die notwendigen Ambitionen der Niederlande und von Flandern können nur wahr gemacht werden, wenn der Unterricht internationalen Qualitätsmaßstäben entspricht. Darum sind die Niederlande und Flandern auch so große Befürworter der 1999 in Bologna vereinbarten Systemveränderungen: Implementierung des Bachelor-Mastersystems, Implementierung des European Creditpoint Transfer Systems, die Notwendigkeit, überall ein System der externen Qualitätsprüfung einzuführen und die Entwicklung eines europäischen Qualifikationsrahmens. All diese Maßnahmen führen zu einem europäischen Hochschulunterricht, und das ist genau, was die Niederlande und Flandern für eine gute sozialökonomische Entwicklung brauchen.

Diese europäischen Strategien reichen an sich noch nicht aus, um die hochgespannten Ambitionen wahr zu machen. Es geht natürlich zuerst und vor allem um die Qualität, die das eigene System des Hochschulunterrichts bietet. Im Schnitt können wir damit nicht unzufrieden sein: Wenn ich mir vor Augen führe, dass 14 von den 20 niederländischen und flämischen Universitäten in der europäischen Top 100 Liste der Times und im Shanghai-Ranking vorkommen, dann ist das außergewöhnlich viel!

Ein Teil dieses Erfolges ist auf die Art und Weise zurückzuführen, wie der Staat mit uns umgeht: Wir werden relativ gut finanziert und die Autonomie ist groß. Das kann man sich erst richtig vergegenwärtigen, wenn man das niederländische und flämische System mit dem ausländischen vergleicht. Natürlich besteht immer der Wunsch nach mehr Geld und Autonomie, mit der Rolle unseres Staates können wir aber durchaus zufrieden sein! Ein anderer Teil des Erfolges ist dem großen Nachdruck zu danken, den die Universitäten und Hochschulen auf die Qualitätssicherung legen. Ab Mitte der 80er Jahre ist ein immer erwachsener werdendes System der Qualitätssicherung im Einsatz, wobei mit großem Ernst bekannte Instrumente wie Selbstevaluierung, externe Beurteilung durch Peers und öffentliche Publikation aufgenommen wurden. Dieses Instrumentarium wird auch nicht angefochten und als selbstverständlicher Teil des Werks betrachtet. Das System war stark auf die Verbesserung der Qualität ausgerichtet. Die Diskussion über das



richtige System der Qualitätssicherung ist erst richtig in Gang gekommen durch die Implementierung der Akkreditierung neben dem System der Visitationen. Außerdem hat sich durch die strengen Sanktionen bei Nichterreichen der Akkreditierung Angst im System breit gemacht, was sehr formalisierend, bürokratisierend und Risiko meidend wirkt. Die scharfen Kanten des Systems müssen also noch beseitigt werden, und das wird 2006 und 2007 auch geschehen.

Im Wesentlichen sollte die Akkreditierung sehr einfach sein: „Wird wahr gemacht, was auf einem national und international akzeptablem Bachelor- und Masterniveau versprochen wird?“ Das ist die Frage, um die es bei einer Qualitätsprüfung gehen sollte, was aber Klarheit verlangt: Klarheit über das Profil, die Ambition und die Ziele einer Ausbildung; Klarheit über das Niveau der realisierten Qualität derjenigen, die das Studium abgeschlossen haben; Klarheit auch über die Art und Weise, wie eine Ausbildung oder eine Einrichtung für Hochschulunterricht ‚in control‘ ist. Und darunter verstehe ich nicht kontrollieren, sondern zeigen, dass man auf Signale von außen und innen adäquat reagieren kann, auf Signale über einen möglichen Mangel an Niveau, einem möglichen Mangel an Aktualität und einem möglichen Mangel an berufsmäßigen Fertigkeiten. Das ‚in control‘ sein erfordert also ein gut ausgearbeitetes internes Qualitäts-Sicherungssystem, in dem Studierenden, Dozenten, Altstudenten und der Arbeitsmarkt alle einen Platz einnehmen!

Ich bin davon überzeugt, dass am Ende nur die Länder in die höchste Klasse des europäischen Hochschulunterrichts kommen werden, die garantieren können, dass ihr System diesen Qualitätsmaßstäben entspricht. Wenn Länder diese Garantie nicht unumstößlich liefern können, werden der Arbeitsmarkt und die Einrichtungen für Hochschulunterricht selbst die Qualitätsnormen bestimmen: Prestige und nachgewiesene Qualität werden dann zu verschiedenen Vereinbarungen über Zusammenarbeit von Universitäten und Hochschulen führen. Nicht umsonst entstehen allerlei Verbände und Ligen, in denen Einrichtungen für Hochschulunterricht, die sich selbst ein bestimmtes Profil oder eine bestimmte Qualität zuschreiben, miteinander zusammenarbeiten!

Meine Damen und Herren, ein gutes internes und externes Qualitätssicherungssystem ist meines Erachtens für jede Einstellung und für jedes System für Hochschulunterricht eine notwendige Voraussetzung, um auf der europäischen Bühne eine Rolle von Bedeutung spielen zu können. Für die Niederlande und Flandern aber gelten noch weitere Bedingungen.

Wenn Qualität ausschlaggebend ist, muss natürlich nicht allein auf die Systematik, sondern auf den Inhalt des Unterrichts geschaut werden. Und wenn wir wirklich an eine Wissensgesellschaft glauben, so muss in Bezug auf den Inhalt mehr unternommen werden, als dies bisher bereits der Fall war. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf den Aktualitätswert und die Innovationskraft des Unterrichts.

Hochschulen mehr noch als Universitäten bilden zu Berufen aus. Um unsere Länder konkurrierend und wettbewerbsfähig sein zu lassen, muss die Berufsausübung auf einem hohen Niveau stattfinden. Dieses Niveau wird durch die Qualität der Berufsausübung bestimmt, aber vor allem durch die Art und Weise, wie die Berufe innovieren. Und Innovation ist an der Tagesordnung: Globalisierung, Computerisierung, Digitalisierung und Geschwindigkeit haben alle Einfluss auf die Berufsausübung. Wir müssen also versuchen, Brücken zwischen den Berufstätigen und dem Unterricht zu schlagen. Dazu ist es notwendig, dass Dozenten gut auf der Höhe bleiben über die Berufsentwicklungen, und dass der Arbeitsmarkt bereit ist, über die gewünschten und realisierten Entwicklungen mit dem Unterrichtswesen zu kommunizieren, und dazu ist es nötig, dass Forschungsergebnisse auf die Berufsausübung und den Unterricht übertragen werden. Geschieht das alles bereits? Wir sagen schon, aber das ist lange nicht immer so. Ich möchte es etwas übertrieben ausdrücken: Dozenten sind der Ansicht, ein Alleinrecht auf die Art des Unterrichts und der Lehre zu haben; der Arbeitsmarkt klagt viel über das Niveau des Unterrichts und findet es danach eine Aufgabe des Staates, dieses Problem zu lösen; Forscher sind stolz auf ihre A-Publikation und beschäftigen sich so schnell wie möglich mit der nächsten.

Bezüglich der Abstimmung zwischen Unterricht und Arbeitsmarkt sind meines Erachtens noch große Fortschritte zu erzielen: Bekanntenkreise

von Forschern, Dozenten und dem Arbeitsmarkt liefern bereits gute Resultate; Wissensvoucher für Betriebe bei Bildungsanstalten tragen absolut zur Wissensvermehrung bei; absolut notwendig ist eine Professionalisierung der Dozenten durch zwangsmäßige Kenntnisnahme von Entwicklungen bei den Berufen, für die sie ausbilden; Kombinationen von lernen und arbeiten entwickeln sich immer mehr und immer schneller. Am Ende ist es aber vor allem eine Frage der Mentalität und Kultur: Aus der eigenen Ecke kommen und bereit sein, über die Grenzen seines eigenen Wirkens hinwegzuschauen! Für die Niederlande und Flandern gilt zum Beispiel, dass in den Hochschulen mehr geforscht werden muss. Keine Forschung, wie sie an Forschungsuniversitäten stattfindet, sondern auf die Berufsausübung ausgerichtete Forschung. Als Maß gilt dann, dass die Berufsausübung besser, effizienter und zweckmäßiger wird. Die Förderung der Forschungsaufgabe verfolgt ein doppeltes Ziel, denn neben der Berufsentwicklung werden auch die Studierenden angeregt und stimuliert, neugierig und innovativ zu sein! Nur so können unsere beiden Länder im harten internationalen Wettbewerb bestehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen. Internationalisierung, Qualitätssicherung und Innovation müssen die Zukunft der Universitäten und Hochschulen mitbestimmen. Das ist notwendig, weil die Zukunft unserer Länder davon abhängt. Wir sind schon weit, aber noch nicht weit genug. Insbesondere die Globalisierung zwingt uns dazu, neue Generationen von Führungskräften auszubilden, die neugierig sind und ein offenes Auge für Innovationen haben. Das macht bei unserem Unterrichtswesen erneut einen Umschlag notwendig. Wissen bleibt natürlich immer die Basis bei allem, was wir tun, aber es kommt jetzt noch mehr hinzu: nicht allein die allmählich bereits traditionellen Fertigkeiten wie Kommunikation, lehren lernen und Berufseinstellung, sondern auch ein Auge für Innovation und Entwicklungen in und auf den Berufsfeldern. Das ist eine neue Herausforderung, aber auch eine sehr wichtige und eine sehr schöne.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

# Schlusswort

## Hochschulen – Architekten eines neuen Europa

### Professor Dr. Margret Wintermantel

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hochschulen als Architekten des neuen Europa? Diese Frage steht am Ende unserer diesjährigen Jahresversammlung, und ich denke, wir alle hier verspüren die Neigung zurückzufragen. Ja, wer sollte sonst dieses europäische Haus planen und gestalten? Doch haben wir als Hochschulleute unsere eigene Perspektive, die wir nicht mit allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren teilen. Deshalb sollten wir versuchen – gerade im öffentlichen Diskurs – darzulegen, dass und warum es die Hochschulen sind, die die Herausforderung längst angenommen haben, das neue Europa mit zu gestalten, warum gerade sie es sind, die dies verantwortungsvoll tun können, welche aber auch die Voraussetzungen sind, die jetzt und in Zukunft gegeben sein müssen, damit die Hochschulen dieser Aufgabe gerecht werden können. Ich möchte meine Ausführungen in vier Stichworten gliedern.

### 1. Die Fundamente des neuen Europas

Wenn ein Bauplan für das, wie Gorbatschow es nannte, europäische Haus entworfen wird, müssen die Architekten das Fundament dieses Hauses kennen. Worauf gründet sich das neue Europa? Jenes Europa, dessen Einheit in den letzten Jahren deutlich in Frage gestellt wurde, etwa auch bei den Debatten über eine europäische Verfassung, und das doch, wie wir wissen, auf dem unumkehrbaren Weg zu einer Einigung ist, jenes Gebilde, welches geographisch, anders als andere Kontinente, keine abgrenzbare Einheit darstellt, dessen Länder und Regionen aber vergleichbare historische Erfahrungen gemacht haben. Gemeinsame historische Erfahrungen taugen zwar noch nicht als tragfähige Fundamente einer Gemeinschaft. Sie prägen jedoch die politischen und

kollektiven Identitäten, sie prägen die Orientierungen und die Werte, die die Menschen miteinander verbinden. Durchaus emphatisch, aber im Kern überzeugend, gab Friedrich von Hardenberg, genannt Novalis, am Ende des 18. Jahrhunderts in seinem Essay „Die Christenheit oder Europa“ eine Antwort auf die Frage nach der friedlichen Einheit, er nannte sie Versöhnung Europas, auf die die Europäer nach den bitteren Kriegserfahrungen vergangener Jahrhunderte warten und hoffen: „Hier die Andacht zum Altertum, die Anhänglichkeit an die geschichtliche Verfassung, die Liebe zu den Denkmalen der Altväter und der glorreichen Staatsfamilie, dort das entzückende Gefühl der Freiheit, die unbedingte Erwartung mächtiger Wirkungskreise, die Lust am Neuen und Jungen, die zwangslose Berührung mit allen Staatsgenossen, der Stolz auf menschliche Allgemeingültigkeit, die Freude am persönlichen Recht und am Eigentum des Ganzen und das kraftvolle Bürgergefühl.“ Nicht gerade diese Begeisterung, aber doch die Botschaft dieser Äußerungen ist aktuell, und sie ist eindrucksvoll. Sie machten eines klar: Europa ist kein Fixum, sondern eine Idee einer geistigen und kulturellen Einheit, eine Idee, die es zu gestalten gilt. Vor etwa drei Jahren haben Jürgen Habermas und Jacques Derrida den damals viel beachteten Versuch unternommen, diese Idee etwas weiter zu konkretisieren und eine kulturell begründete Vision als identitätsbildenden Kern Europas zu umreißen. Sie erstellten eine Liste von Merkmalen einer spezifisch europäischen Identität, darunter eine gesteigerte politische Sensibilität und Friedensorientierung als Resultat aus den Verlust- und Abstiegserfahrungen aller großen europäischen Nationen, darunter auch die durchgehende Säkularisierung des öffentlichen und politischen Lebens als Ergebnis der quälenden Glaubenskämpfe und nicht zuletzt ein solidarisches Sozial-Ethos, das in den europäischen Nationen aus der Überwindung lange nachwirkender Klassenunterschiede entwickelt wurde. Es ist eine Stärke der Habermas'schen Argumentation, dass sie sich nicht der Illusion einer gleichsam historischen, zwangsläufig erarbeiteten oder erwachsenden Völkeridentität hingibt. Sie arbeitet vielmehr heraus, dass eine europäische Identität konstruiert werden muss und welche Erfahrungen hierfür ausschlaggebend sind. Diese Erfahrungen begründen nicht automatisch Traditionen und Identitäten, sie kandidieren aber für eine Aneignung, die willentlich und rational vorgenommen werden muss.

Europa mithin eine Idee, die in einem komplexen, fortdauernden und offenen Kommunikationsprozess verhandelt wird, einem Prozess, dessen Teilnehmerkreis nicht von vornherein festgelegt ist. Doch dürften es diejenigen leichter haben, sich an dieser Kommunikation zu beteiligen, die den Gesprächen vergangener Jahrhunderte zuhören können.

## **2. Die Rolle der Hochschulen in Europa**

Dieser Kommunikationsprozess hat in der Vergangenheit konzentriert und verdichtet dort stattgefunden, wo es um das Verstehen und Erklären der Welt, um Erkenntnisgewinn und Weitergabe von Erkenntnis geht, nämlich in den Institutionen der Wissenschaft, den Hochschulen. Die Magna Charta Universitatum, die 1988 beim ersten Bologna-Treffen von den europäischen Rektoren unterzeichnet wurde, enthält und bekräftigt diese Orientierung nochmals: „Die Universitäten pflegen die Tradition des europäischen Humanismus und streben zugleich nach universalem Wissen. Zu der Erfüllung ihres Auftrags überschreiten die Universitäten alle geographischen und politischen Grenzen und bekräftigen die zwingende Notwendigkeit der gegenseitigen Kenntnis und der wechselseitigen Beeinflussung verschiedener Kulturen.“

Seit der Gründung der europäischen Universitäten im späten Mittelalter war dies das Selbstverständnis der Forscher und Lehrer: In Unabhängigkeit und Freiheit und die engen Grenzen der eigenen Nation überwindend, Unbekanntes zu erforschen, Neues zu entdecken und an die Lernenden weiterzugeben. Geprägt durch das Christentum entstand ein Menschenbild, das jedem Menschen gleich welcher Herkunft, Kultur, welchen Geschlechts oder Alters einen einzigartigen Wert zumisst, eine unantastbare Würde, die ihm individuelle Rechte verleiht, auf Leben und auf die Freiheit, allein seinem Gewissen verpflichtet, selbst über sein Leben zu bestimmen.

Auch wenn dieses Menschenbild inzwischen in andere Teile der Welt übernommen worden ist, ging es doch aus den historischen Erfahrungen der europäischen Länder und Regionen als Kandidat einer Bestimmung der europäischen Identität hervor.

Ich will mich nicht länger in der Vergangenheit aufhalten, doch ein wichtiger Schritt soll noch angesprochen werden. Es waren wieder die Hochschulen, in denen der Appell der Philosophen die Aufklärung ausgestaltet und zur Grundlage unserer modernen Wissenschaftskultur gemacht wurde, „Wage Dich Deines Verstandes zu bedienen“. Dies wurde in Italien, in Deutschland, in Frankreich, im Vereinigen Königreich und überall in Europas Hochschulen als Fundament eines gemeinsamen Hochschulraumes wahrgenommen.

Auch während in den letzten Jahrzehnten noch über Verträge und Freihandelsabkommen verhandelt wurde, war die Europäische Vision nirgends so präsent und real, wie an den Hochschulen – man denke an Forschungslabors, in denen Spanierinnen, Griechen, Deutsche, Iren und Norweger zusammenarbeiten.

### **3. Stichwort: Hochschulen und ihre Bedeutung für den europäischen Wirtschaftsraum**

Nachdem die wirtschaftliche Einigung Europas zunächst als Mittel zum Ziel des Friedens in Europa gesehen wurde, kürte man zur Jahrtausendwende offiziell die gemeinsame ökonomische Stärke des europäischen Wirtschaftsraums zu einem weiteren Kandidaten der europäischen Identität – vorbereitet allerdings durch eine Vielzahl von Einzelverträgen. Als Leitmotiv europäischer Politik wurde die Wettbewerbsfähigkeit ausgewählt und in der Lissabon-Strategie genauer dargelegt. Die EU-Regierungschefs hielten unter dem Titel „Der Weg in die Zukunft“ für die Staaten der Europäischen Union als strategisches Ziel: „Das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“

Wachstum und Arbeitsplätze sind das Ziel. Parallel dazu legte die Kommission ihr Konzept eines ‚Europäischen Forschungsraums‘ vor. Zwei Jahre später formulierte der Europäische Rat in Barcelona das Drei-Prozentziel, das inzwischen eine gewisse psychologische Kraft entwickelt und auch den Weg in die deutsche Regierungspolitik gefunden hat.

Erstaunlicher Weise wurden die Hochschulen in Lissabon, wo es um wissensbasierten Fortschritt ging, nicht explizit erwähnt, und der Bologna-Prozess, der inzwischen von 45 Staaten und ihren Hochschulen vorangetrieben wird, wurde noch 2002 vom Europäischen Rat nur am Rande wahrgenommen und kommentiert.

Inzwischen aber hat man begriffen, welche Bedeutung die europäischen Hochschulen für die Innovationsfähigkeit und damit für den Wohlstand Europas haben: Sie sind Kerne der Wissenschaftsgesellschaft, die im Idealfall die drei Pole des Wissensdreiecks, Ausbildung, Forschung und Innovation in sich abbilden. Im April 2005 bilanzierte die EU-Kommission in einer Fünfjahresbilanz die Lissabon-Strategie und versprach „Ideen zu unterbreiten, wie sich Potenzial und Qualität der Universitäten in Forschung und Entwicklung steigern ließen, damit sie attraktiver werden und bessere Verbindungen zur Industrie knüpfen können.“

Wir sollten nicht auf die Ideen warten, die man uns versprochen hat. Ideen haben die Hochschulen selbst. Sie haben längst begonnen, sich in europäischen Hochschulforschungsverbänden strategisch zu vernetzen. Andächtiges Warten im Elfenbeinturm, auf dass einen – ausgerechnet – die Politik wach küsst, würde anders aussehen. Sie bemühen sich in einer Vielzahl von Initiativen den hohen Erwartungen zu entsprechen und ihren Beitrag zur dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsregion jetzt schon zu leisten.

Doch zugleich haben sie als Zukunftswerkstätten Europas ihre Aufgabe weiter darin, Orientierungswissen bereit zustellen, Erkenntnisgewinn und Erkenntnistransfer auch in anderen Wissenschaftsbereichen, nicht nur in den technologischen, zu betreiben und dies auf höchstem methodischen und theoretischen Niveau. So wichtig Technologien sind, so wichtig die naturwissenschaftliche Forschung als Grundlage des dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraums ist, so erschöpfen sich die Aufgaben der Hochschulen nicht darin. Ihr positiver Ertrag für die Gesellschaft – das ‚Return of Investment‘ – ist nachhaltig und langfristig – und lässt sich nicht ausschließlich in Meinungsumfragen oder Quartalszahlen messen.



#### **4. Was brauchen die Hochschulen als Architekten des neuen Europa?**

Es ist nicht besonders originell, wenn ich hier auch wieder sagen muss: Die Hochschulen brauchen mehr Ressourcen und sie brauchen mehr Freiheit. In der EU hat man dies erkannt und z.B. in den European Research Council, von dem uns Fotis Kafatos gestern berichtete, gegründet.

Der ERC wird ein wichtiger Schritt in die Zukunft sein, wenn es wirklich gelingt, hervorragende Forschung durch eine großzügige Finanzierung möglich zu machen. Wir brauchen aber nicht nur eine angemessene finanzielle Ausstattung – mehr Geld –, sondern auch die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb der Hochschulen untereinander. Richtlinien, die die Mobilität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler behindern statt zu fördern, Studienstrukturen, die es den Studierenden unmöglich machen, ohne Zeitverlust ihre Hochschule zu wechseln, von landes- oder kommunalpolitischen Überlegungen getragene gesetzliche Detailvorgaben, all dieses brauchen wir nicht. Wir sind uns durchaus darüber im Klaren, dass wir von den Steuerzahlern in den Ländern finanziert werden und Ihnen gegenüber begründungspflichtig sind, über das was wir tun. Konkurrieren müssen wir aber – wenn die deutschen Länder von den deutschen Hochschulen langfristig profitieren sollen – mit den guten und besten wissenschaftlichen Instituten dieser Welt. Dafür benötigen wir Handlungsfreiheit und den Mut in unseren Hochschulen auch solche Entwicklungen möglich zu machen und zu fördern, bei denen direkte kurzfristige Erfolge nicht zu erwarten sind, die es aber wert sind, Unterstützung zu erfahren. Der Wohlstand dieser Gesellschaft geht ja zum Teil auf die Entwicklungen zurück, die ihren Ausgang vor über hundert Jahren an den europäischen Hochschulen nahmen. Gerade hier in Greifswald sind wir in einer Universität zu Gast, deren Stolz, Würde und ja, man kann sagen Durchhaltevermögen uns tief beeindruckt. Von verschiedenen Herren regiert, Kriege überstanden, in den Zeiten der Aufklärung eine Kulturbrücke zu Schweden gebaut und gepflegt, ist diese Universität ein besonderes Beispiel einer europäischen Universität, die seit 550 Jahren ihre Aufgabe erfüllt hat. Adolf Muschg hat es einmal so gesagt: „... ein Europa, das sich nichts weiter als

rechnen muss, hat seinen Mitglieder nichts mehr zu bieten, wenn es keine Überschüsse mehr zu verteilen gibt.“ Es ist diese Universität hier in Greifswald und es sind alle unsere Hochschulen, die dafür sorgen, dass ein Europa des Wissens, des Fortschritts und der intellektuellen Verantwortung Wirklichkeit werden kann.

Lassen Sie uns gemeinsam darauf hinwirken, dass weder eine nationale Politik der Zersplitterung noch eine bürgerferne Bürokratisierung der europäischen Realität diese Chancen zunichte machen.

# Teilnehmerliste

- Adam, Ulrich, MdB**, Vorsitzender der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern der CDU/CSU Bundestagsfraktion
- Aliwarga, Dr. Lienda**, Referent der Indonesischen Botschaft - Abteilung für Bildung und Kultur
- Alphei, Dr. Jörn**, Hochschulrektorenkonferenz
- Ahn, Prof. Dr.-Ing. Manfred**, Prorektor der Hochschule Wismar, University of Technology, Business and Design
- Arndt, Prof. Dr. Hans-Wolfgang**, Rektor der Universität Mannheim
- Bade, Dr. Ulf**, Direktor der ZVS Dortmund
- Banadir, Prof. Dr. Mufit**, Vizepräsident der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig
- Bartels, Prof. Dr.-Ing. Stefan**, Rektor der Fachhochschule Lübeck
- Bauer, Prof. Dr. Thomas**, Prorektor der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Becker, Prof. Dr. Eberhard**, Rektor der Universität Dortmund
- Beibst, Prof. Dr. Gabriele**, Rektorin der Fachhochschule Jena
- Bienefeld, Stefan**, Hochschulrektorenkonferenz
- Berg, Prof. Dr. Gunnar**, Vizepräsident des Deutschen Hochschulverbandes
- Biffar, Prof. Dr. Reiner**, Zentrum für ZMK, Universität Greifswald
- Bobillon, Dr. Jean-Marc**, Hochschulattaché der Französischen Botschaft
- Bogdandy, Prof. Dr. Armin von, M.A.**, Geschäftsführender Direktor Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht Heidelberg
- Bornewasser, Prof. Dr. Manfred**, Dekan der Philosophischen Fakultät Universität Greifswald
- Braun, Prof. Dr. Michael**, Rektor der Georg-Simon Ohm Fachhochschule Nürnberg
- Chválova, Eva**, Hochschulrektorenkonferenz
- Cochu, Michael**, ZVS Dortmund
- Demming, Prof. Dr. Dagmar**, Vizepräsidentin der Universität Erfurt
- Dittrich, Karl**, Vorsitzender der Niederländisch-Flämischen Akkreditierungsorganisation

- Doll-Sellen, Dr. Annette**, Leiterin der KOWI - Koordinierungstelle EG der  
Wissenschaftsorganisationen
- Dominiak, Prof. Dr. Peter**, Rektor der Universität zu Lübeck
- Dunckel, Prof. Dr. Heiner**, Rektor der Universität Flensburg
- Ebel-Gabriel, Dr. Christiane**, Generalsekretärin der  
Hochschulrektorenkonferenz
- Ehmke, Prof. Dr. Adelheid**, Vizerektorin der Universität Luxemburg
- Erdsieck-Rave, Ute**, Präsidentin der Kultusministerkonferenz
- Fisch, Prof. Dr. Rudolf**, Rektor der Deutschen Hochschule für  
Verwaltungswissenschaften Speyer
- Fischer, Prof. Dr.-Ing. Karl F.**, Rektor der Westsächsischen Hochschule  
Zwickau (FH)
- Fischer, Prof. Klaus**, Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt  
Nürtingen-Geislingen
- Fischer, Prof. Dr. Tilmann**, Rektor der Fachhochschule Lippe und  
Höxter
- Fischer, Prof. Dr. Wulf**, Rektor der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg
- Friedrichs, Claire**, Hochschulrektorenkonferenz
- Freimuth, Prof. Dr. Axel**, Rektor der Universität zu Köln
- Geiger, Prof. Dr. Andreas**, Rektor der Hochschule Magdeburg-Stendal  
(FH), Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Gerstenkorn, Petra**, Bundesvorstand ver.di
- Göbbels-Dreyling, Brigitte**, Hochschulrektorenkonferenz
- Glatthaar, Prof. Dr. Wolfgang**, Präsident der Privaten Universität  
Witten/Herdecke gGmbH
- Grabatin, Prof. Dr. Günther**, Präsident der Fachhochschule Gießen-  
Friedberg
- Greif, Prof. Dr. Gerhard**, Präsident der Tierärztlichen Hochschule  
Hannover
- Greitzke, Ute**, Hochschulrektorenkonferenz
- Grund, Dr. Uta**, Referentin des Bundesministerium für Bildung und  
Forschung, Abteilung 411 Hochschulpolitik und Entwicklung
- Grüner, Prof. Dr. Herbert**, Präsident der Fachhochschule für Technik  
und Wirtschaft Berlin
- Hampel, Prof. Dr.-Ing. Rainer**, Rektor der Hochschule Zittau-Görlitz  
(FH)
- Harendza, Dr. Sigrid**, Preisträgerin Lehrpreis Ars legendi

- Harms, Dr. Michael**, Hochschulrektorenkonferenz
- Hartmann, Prof. Dr. Richard**, Rektor der Theologischen Fakultät Fulda
- Hennecke, Birgit**, Hochschulrektorenkonferenz
- Heinrich, Prof. Dr. Peter**, Rektor der Fachhochschule für Verwaltung  
und Rechtspflege Berlin
- Heyen, Jan**, Botschaft von Neuseeland
- Hippler, Professor Dr. Horst**, Rektor der Universität Fridericiana zu  
Karlsruhe (Technische Hochschule)
- Hoffmann, Dr. Rolf**, Geschäftsführender Direktor der Fulbright  
Kommission
- Höller, Prof. Dr. Heinz-Peter**, Rektor der Fachhochschule Schmalkalden
- Hommelhoff, Prof. Dr. Peter**, Rektor der Ruprecht-Karls-Universität  
Heidelberg, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Höpfl, Prof. Dr. Reinhard**, Präsident der Fachhochschule Deggendorf
- Hormuth, Prof. Dr. phil.habil. Stefan**, Präsident Justus-Liebig-  
Universität zu Gießen, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Hoyer, Prof. Dr. Helmut**, Rektor der Fernuniversität Hagen
- Jahn, Prof. Dr. Dieter**, Abteilungsdirektor GOH der BASF
- Janisch, Prof. Dr. Rainer**, Rektor der Fachhochschule Brandenburg
- Jany, Prof. Dr.-Ing. Peter**, Rektor der Fachhochschule Ravensburg-  
Weingarten
- Johannink, Jonas**, Jury Lehrpreis Ars Legendi
- Jorzik, Bettina**, Referentin des Stifterverbandes für die Deutsche  
Wissenschaft
- Kaczmarczyk, Prof. Dr. Gabriele**, Charité Berlin
- Kafatos, Prof. Dr. Fotis C.**, Imperial College London, Vorsitzender des  
wissenschaftlichen Rats des europäischen Forschungsrates (ERC)
- Klotz, Dipl.jur. Brigitte**, Präsidentin der Fachhochschule Lausitz
- Köhler, Gerd**, ehemaliges Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung  
und Wissenschaft
- Kohlmann, Yvonne**, Referentin der Bundesvereinigung der deutschen  
Arbeitgeber BDA Berlin
- Köhler-Offierski, Prof. Dr. Alexa**, Präsidentin der Evangelischen  
Fachhochschule Darmstadt
- König, Dr. Arthur**, Oberbürgermeister der Hansestadt Greifswald
- Königs, Dr. Robert Paul**, Leiter der Abteilung II Fachliche  
Angelegenheiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft

- Kötting, Rebekka , MR**, Stellvertretende Generalsekretärin Bund Länder  
Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
- Kokenge, Prof. Dr. Hermann**, Rektor der Technischen Universität  
Dresden
- Kleinwächter, Dr. Claudia**, Referentin der Gewerkschaft für Erziehung  
und Wissenschaft, Hauptvorstand Frankfurt M.
- Kroemer, Heyo K., Prof. Dr. rer. nat.**, Dekan der Medizinischen  
Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
- Leist, Julia**, Hochschulrektorenkonferenz
- Leitner, Prof. Dr. Martin**, Geschäftsführer HIS GmbH Hannover
- Lieber, Prof. Dr. Winfried**, Rektor der Fachhochschule Offenburg,  
Hochschule für Technik und Wirtschaft
- Lingenberg, Ingrid**, Hochschulrektorenkonferenz
- Lippert, Bernhard M.**, Hochschulrektorenkonferenz
- Liskow, Egbert, MdL**, Mitglied des Landtages Mecklenburg-  
Vorpommern und Präsident der Bürgerschaft der Hansestadt  
Greifswald
- Loos, Prof. Dr. Dorit**, Hochschullehrerbund Stuttgart
- Lüthje, Dr. Jürgen**, Präsident der Universität Hamburg
- Matschke, Prof. Dr. Manfred**, Lehrstuhlinhaber der Ernst-Moritz-Arndt  
Universität Greifswald für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
- Melenk, Prof. Dr. Hartmut**, Rektor der Pädagogischen Hochschule  
Ludwigsburg
- Meyer-Dörpinghaus, Dr. Ulrich**, Hochschulrektorenkonferenz
- Menzel, Prof. Dr. Eberhard**, Rektor der Fachhochschule Dortmund
- Meyer auf der Heyde, Achim**, Generalsekretär des Deutschen  
Studentenwerkes
- Meyer-Fujara, Prof. Dr. Josef**, Rektor der Fachhochschule Stralsund
- Metzner, Prof. Dr. Joachim**, Rektor der Fachhochschule Köln
- Michalk, Barbara**, Hochschulrektorenkonferenz
- Mielenhausen, Prof. Dr. Erhard**, Präsident der Fachhochschule  
Osnabrück, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Mönch, Prof. Dr. Ronald**, Vize Präsident der GJU Amman
- Morath, Dr. Michael**, Präsident der Fachhochschule Mainz
- Müller-Arens, MinDirig. Hans-Jürgen**, Vorsitzender des  
Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz
- Müller, Prof. Dr. Wilfried**, Rektor der Universität Bremen

- Müller, Prof. Dr. Wolfgang**, Vorsitzender Fachbereichstag Physikalische Technik, Göttingen
- Neuhaus, Patrick**, Hochschulrektorenkonferenz
- Nienhaus, Prof. Dr. Volker**, Präsident der Philipps-Universität Marburg
- Niethammer, Prof. Dr. Dietrich**, Jury Lehrpreis Ars Legendi
- North, Prof. Dr. Michael**, Historisches Institut der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
- Oetker, Dr. Arendt**, Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft Essen
- Pausch, Norbert**, Hochschulrektorenkonferenz
- Peter, Dr. Rolf**, Hochschulrektorenkonferenz
- Platz-Waury, Prof. Dr. Elke**, Bundesvorsitzende des Verbandes Hochschule und Wissenschaft
- Pieper, Prof. Dr. Michael**, Präsident der Katholischen Stiftungsfachhochschule München
- Proksch, Prof. Dr. Roland**, Präsident der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg
- Putz, Prof. Dr. Reinhard**, Preisträger Lehrpreis Ars Legendi
- Rank, Prof. Dr. Ernst**, Vizepräsident der Technischen Universität München
- Rathjen, Jan**, Hochschulrektorenkonferenz
- Rauhut, Prof. Dr. Burkhardt**, Rektor der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Regge, Jürgen Chr.**, Vorstandsmitglied der Fritz Thyssen Stiftung
- Reil, Thomas**, Geschäftsführer ACQUIN
- Rennert, Prof. Dr. Martin**, Präsident der Universität der Künste Berlin
- Rieger, Prof. Dr. Franz Herbert**, Rektor der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin
- Ringstorff, Dr. Harald**, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Risch, Prof. Dr. Nikolaus**, Rektor der Universität Paderborn
- Rohland, Peter**, Hochschulrektorenkonferenz
- Rollberg, Prof. Dr. Roland**, Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
- Rollinger, Prof. Dr. Claus**, Präsident der Universität Osnabrück

- Ronge, Prof. Dr. Volker**, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal
- Rosenbaum, Prof. Dr. Klaus-Dieter**, Regionalbeauftragter des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft für Mecklenburg-Vorpommern
- Ruppert, Prof. Dr. Helmut**, Präsident der Universität Bayreuth,  
Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Scharff, Prof. Dr. Peter**, Rektor der Technischen Universität Ilmenau
- Schattschneider, Thomas**, AStA-Vorsitzender der Ernst-Moritz-Arndt  
Universität Greifswald
- Schilden, Susanne**, Hochschulrektorenkonferenz
- Smolarczyk, Rudolf**, Hochschulrektorenkonferenz
- Schmidt, Prof. Dr. Helmut J.**, Präsident der Universität Kaiserslautern
- Schmidt, Prof. Dr.-Ing. Michael**, Vizepräsident der Brandenburgischen  
Technischen Universität Cottbus
- Schöndorf, Prof. Dr. Harald**, Prorektor Hochschule für Philosophie  
München
- Sohl, Uwe**, Hochschulrektorenkonferenz
- Schopf, Prof. Dr. Roland**, Präsident der Fachhochschule Fulda
- Schraeder, Harald**, Hochschulrektorenkonferenz
- Schultz, Dr. Elmar**, Hochschulrektorenkonferenz
- Schweig, Prof. Dr. Karl-Heinz**, Prorektor der Fachhochschule  
Gelsenkirchen
- Schweitzer, Prof. Dr. Walter**, Rektor der Universität Passau
- Sitte, Dr. Petra, MdB**, Mitglied des Deutschen Bundestages,  
stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke.PDS
- Sitzler, Margret**, Geschäftsführerin ICCF Köln
- Spieß, Prof. Dr. Karl-Heinz**, Historisches Institut der Ernst-Moritz-Arndt  
Universität Greifswald
- Spoun, Dr. Sascha**, Präsident der Universität Lüneburg
- Stawicki, Prof. Dr. Michael**, Präsident der Hochschule für Angewandte  
Wissenschaften Hamburg
- Steinbach, Prof. Dr.-Ing. Jörg**, Vizepräsident Technischen Universität  
Berlin
- Steinheimer, Dr.-Ing. Karl H.**, Mitglied des ver.di- Bundesvorstandes
- Sternberg, Prof. Dr. Martin**, Rektor der Fachhochschule Bochum
- Stockemer, Prof. Dr. Josef**, Rektor der Hochschule Bremerhaven
- Storm, Andreas**, Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und  
Forschung



- Strauch, Prof. Dr.**, Vizepräsident der Technischen Fachhochschule Berlin
- Teuscher, Prof. Dr. Dipl. Micha**, Rektor der Fachhochschule  
Neubrandenburg
- Tewaag, Barbara**, Chefin des Protokolls der Landesregierung  
Mecklenburg-Vorpommern
- Timm, Andreas**, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern
- Tokarski, Prof. Dr. Walter**, Rektor der Sporthochschule Köln
- Tran, Dr. Anh Dung**, 1. Sekretär-Abteilungsleiter der Botschaft der  
S. R. Vietnam
- Turner, Prof. Dr. George**, Altpräsident der Hochschulrektorenkonferenz
- Wagner, Prof. Dr. Jörg**, Rektor der Fachhochschule Nordhausen
- Wahlers, Marijke**, Hochschulrektorenkonferenz
- Wasserhövel, Karl-Josef**, Staatssekretär des Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales
- Weber, Joachim D.**, Hochschulrektorenkonferenz
- Wendel, Prof. Dr. Hans Jürgen**, Rektor der Universität Rostock
- Wennekes, Vanessa**, Jury Lehrpreis Ars legendi
- Westermann, Prof. Dr. Rainer**, Rektor der Universität Ernst Moritz  
Arndt Greifswald
- Wiedemann, Prof. Dr. Dieter**, Präsident der Hochschule für Film und  
Fernsehen "Konrad Wolf" Potsdam-Babelsberg
- Winiger, Prof. Dr. Matthias**, Rektor der Rheinisch-Westfälischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Wintermantel, Prof. Dr. Margret**, Präsidentin der  
Hochschulrektorenkonferenz
- Wütrich, Prof. Dr. Thomas**, Vizepräsident der Universität der  
Bundeswehr München
- Zeidler, Prof. Dr. Hans Christoph**, Präsident der Universität der  
Bundeswehr Hamburg
- Zervakis, Dr. Peter**, Hochschulrektorenkonferenz
- Ziegler, Prof. Dr. Rainer**, Vorsitzender der Bundesdekanekonferenz  
Wirtschaftswissenschaften
- Zimmermann, Prof. Dr. Gerd**, Rektor der Bauhaus-Universität Weimar
- Zwanziger, Prof. Dr. Heinz W.**, Rektor der Fachhochschule Merseburg